

NEUE ZEIT

APRIL 1985

16

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1301 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

IN FRIEDENSMISSION IM KOSMOS





Im Frühjahr standen die Soldaten zwischen Budapest und Prag.

Es war ein herrlicher Frühling mit blauem Himmel und warmer, lockender Luft. Auf den Feldern taute der Schnee, an den Hügeln sproß erstes Grün. Doch das alles sahen die Soldaten nicht. Unter Tausenden Stiefeln und Panzerketten wurde der Schnee zu Matsch, und der Himmel war vom Rauch verdunkelt.

Am 6. April drangen die sowjetischen Einheiten in die Vororte Wiens ein. Das sowjetische Oberkommando warnte die Einwohner, die abziehende Hitlerwehrmacht könne die Stadt zerstören, und bat die österreichische Hauptstadt davor zu bewahren. Es kam dennoch zu heftigen Gefechten. Bildreporter Jewgeni Chaldej war mitten in dem Schlamassel, in der Gegend des städtischen Friedhofs, wo SS-Leute verzweifelten Widerstand leisteten. Sie wurden Schritt um Schritt aus den Wiener Straßen vertrieben. Chaldej wollte sich zu gern an eine Wiener Walzermelodie erinnern — es gelang ihm nicht im Bersten der Geschosse und Rattern der MGs.

Niemand bemerkte in diesem Kampfgetümmel, daß sich ein gut gekleideter Herr mit zwei kleinen Mädchen an der Hand dem Friedhof näherte. Er nahm keinerlei Notiz von den Gefechten und setzte sich auf eine Bank am Eingang. In diesem Augenblick zerriß eine Granate die Tür der Friedhofs-kapelle. Chaldej blickte ins Innere und wich entsetzt zurück — dort lagen Leichenberge, aus der ganzen Stadt hier aufgeförmte Opfer amerikanischer Bom-

benangriffe. Die erschütterten Soldaten hielten inne und zogen ihre Mützen. Sie hatten im Krieg so manches sehen müssen. Dieser Anblick jedoch...

Die Kämpfe flauten ab. Plötzlich knallte ein Pistolenschuß, und Chaldej stürzte zum Tor.

Eines der Mädchen lag unbeweglich auf der Bank am Eingang. Der Mann zerriß das weinende und sich wehrende zweite Mädchen zu sich:

„Papa, laß mich! Papa, ich will nicht!“

Chaldej konnte zwei Aufnahmen machen. Dann hörte er einen zweiten Schuß und bemerkte erst jetzt die Pistole in den Händen des Mannes. Ein dritter Schuß, und er fiel, nachdem er seine beiden Töchter getötet hatte, auf die Bank die gebrochenen Augen auf den Frühjahrshimmel gerichtet. Am Revers seines neuen Anzugs blitzte das Goldene Parteiabzeichen der Nazis.

Ähnliche Szenen spielten sich später auch in Berlin und in anderen deutschen Städten ab, als das Nazireich zusammenbrach.

Aus dem Friedhofschuppen trugen Soldaten inzwischen Kränze. „Wohin wollt ihr damit?“ staunte der Reporter. Die Soldaten riefen:

„Dort auf der Allee ist ein Strauß-Denkmal!“

So entstand Chaldejs drittes Foto an diesem Tag: Sowjetische Soldaten ehren das Andenken jenes Mannes, dessen Name untrennbar mit Wien verbunden ist. Dann blickte Chaldej auf und sah endlich klaren blauen Himmel über sich.

Frühling!

FRIEDEN AUF ERDEN UND IM WELTRAUM

Der 12. April ist der Welttag der Luft- und der Raumfahrt. Initiiert von der 61. Generalkonferenz der FAI 1968 wird er jährlich zu Ehren des ersten Weltraumflugs Juri Gagarins begangen. Die von der Föderation gestiftete Gagarin-Medaille in Gold wird jährlich an einen Kosmonauten vergeben, der im abgelaufenen Jahr die größten Leistungen bei der friedlichen Erschließung des Weltraums aufzuweisen hat. In dieser knappen Formel sind zumindest zwei wichtige Gedanken enthalten. Erstens die Anerkennung, daß Gagarin die Epoche der friedlichen Nutzung des Weltraums für Wohl und Fortschritt der Menschheit eingeleitet hat, und zweitens der Aufruf an die Menschen, sich der unbestreitbaren Tatsache bewußt zu werden, daß unsere Erde so groß nicht ist, um darauf mit Kernwaffen zu spielen oder sie zu einer Zielscheibe für Weltraumwaffen zu machen.

Bei ihrer friedlichen Mission sind die sowjetischen Kosmonauten und der Sowjetstaat gern zur internationalen Zusammenarbeit in diesem komplizierten und vielversprechenden Wissenszweig bereit. Als John Glenn knapp ein Jahr nach dem Flug Gagarins die Erde umkreiste, begrüßte Gagarin den "freundschaftlichen Wettstreit der Kosmonauten unserer Länder bei der Erforschung der Geheimnisse des Weltraums". Dieser Wettstreit erbrachte manches Positive: gegenseitige Besuche von Kosmonauten, Ingenieuren, Medizinern, den gemeinsamen Flug "Sojus-Apollo". Von Baikonur starteten Vertreter der CSSR und Polens, der DDR und Bulgariens, Ungarns und Vietnams, Kubas, der Mongolei und Rumäniens aber auch Frankreichs und Indiens in den Weltraum. Wissenschaftler vieler Länder nutzten unsere technischen Mittel, um ihre Geräte unter Flugbedingungen zu testen und ihre Hypothesen zu überprüfen. Die Großzügigkeit und Aufrichtigkeit, mit der die Sowjetunion ihre Weltraumforschungen weitergibt, ist allgemein anerkannt.

Der diesjährige Welttag der Luft- und Raumfahrt könnte zu einem frohen Fest der Zusammenarbeit werden, wäre da nicht die Besorgnis der Menschen über das amerikanische Programm der "Sternenkriege". Es könnte paradox erscheinen, doch zu einem der ersten Konflikte der gegensätzlichen Tendenzen bei der Erforschung des Weltraums — der militaristischen und der friedlichen — kam es nicht erst heute. Vor 80 Jahren brachte die russische Zeitung "Illustrierte Börsennachrichten" eine Meldung aus Amerika

über dort angeblich durchgeführte Experimente mit einer Kampf Rakete. Der Journalist der gehört hatte, daß der russische Wissenschaftler Ziolkowski die Theorie für eine gigantische Rakete entwickelt habe, die Menschen in den Himmel tragen könne, berichtete, eine solche Rakete werde in Amerika bereits erprobt und habe "mit Kugeln gespickte Granaten über große Entfernungen" befördert. Das war eine ausgemachte Zeitungsente, die den Vater der künftigen Raumfahrt jedoch zu trüben Gedanken veranlaßte. "Ich habe niemals daran gearbeitet, Kriegsmethoden zu perfektionieren", schrieb er empört an die Zeitung. "Ich hatte friedliche und hohe Ziele: Den Weltraum zum Wohl der Menschheit zu erobern." Die Verfechter der entgegengesetzten Tendenz bezeichnete Ziolkowski als weltverschlingende Haie, wobei er diesen treffenden Ausdruck dem amerikanischen Erfinder Edison entlehnte.

Was würden Ziolkowski und Edison sagen, wenn sie die gefährlichen Spielereien mit den Weltraumraketen der US-Administration miterleben müßten, deren Berater fordern, "den Gegner in die technologische Sackgasse zu treiben"? Wie immer in einer politisch ausweglosen Situation holt Washington "Beweise für die russische Bedrohung" hervor. Diesmal ist es der Bericht "Die militärische Stärke der Sowjetunion". Mit der Veröffentlichung dieser Verleumdungsschrift verfolgt das Pentagon, wie die japanische "Yomiuri" meint, drei Ziele: Man wolle die Woge der Kritik an dem Programm der Sternenkriege in den USA und im Ausland abschwächen, die Notwendigkeit der Entwicklung strategischer "Verteidigungswaffen" durch die USA betonen und von den Verbündeten die Unterstützung der Pläne zur militärischen Nutzung des Weltraums fordern. Man hat es eilig, weil man nicht übersehen kann, daß der Widerstand und die aktive Opposition der Weltöffentlichkeit gegen diese Wahnsinnspläne wächst.

Wir veröffentlichen in diesem Heft das "Prawda"-Interview Michail Gorbatschows. Unser Land, der Pionier im Weltraum, bietet erneut friedliche Wege zur Bereinigung von Konfliktsituationen an. Die Vorschläge eines Moratoriums für die Erforschung und Entwicklung jeglicher Weltraumwaffen, über das Einfrieren der strategischen Offensivwaffen, über die Einstellung der Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa und entsprechend unserer Gegenmaßnahmen untermauert die Sowjetunion mit einem neuen Akt des guten Willens: Sie verhängt ein Moratorium für die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen und setzt die Realisierung anderer Gegenmaßnahmen in Europa aus. Ein gutes Beispiel für alle, die nicht nur verbal Friede auf Erden und im Weltraum wollen.

Ich bin 14 Jahre alt und Schüler einer 9. Klasse. Es ist schwer für unsere Generation sich vorzustellen, was Krieg ist. Trotzdem darf man nicht aufhören, sich aktiv für den Frieden einzusetzen. Jeder Mensch, ob jung oder alt, kann seinen Beitrag dazu leisten. Wir in den Schulen mit Kuchenbazzaren, Unterschriftensammlungen und durch das Mitmachen bei Friedensdemonstrationen.

Unsere Familie wohnt in einem Neubaugebiet Rostocks mit direktem Blick auf den Überseehafen. Ich weiß, was es heißt, in einer sozial abgesicherten Welt ohne Arbeitslosigkeit und Krisen aufzuwachsen. Unser Leben und diese Werte vor einem Nuklearkrieg zu bewahren, ist das dringendste Gebot der Stunde. Noch nie war alles Leben auf der Erde so bedroht wie jetzt. Wir FDJ-Mitglieder werden alles tun, was in unserer Kraft steht, den Frieden zu erhalten.

Mario SCHMÖLLING
Rostock, DDR

Nur mit tiefer Anteilnahme liest man die Artikel über die Tragödie in den Betrieben der "Union Carbide" in Bhopal. In der langen Aufzählung der Opfer der Multis gibt es weitere 2500 Tote und Zehntausende Krüppel. Wahrhaft "braune" Ausmaße... Und ist es nicht wirklich schrecklich, daß ein Mordkonzern, der eine ganze Stadt auf dem Gewissen hat, sich keineswegs als schuldig betrachtet. Seine Verteidiger verschließen die Augen, um die entsetzlichen Fotos nicht zu sehen, und verstopfen sich die Ohren, um das Stöhnen der Verwundeten nicht zu hören, und behaupten, eine komplizierte Produktion berge nun einmal Überraschungen... Die Menschen sind also in den Augen der Monopole eben solcher Produktionsausschuß wie z. B. Schlacke?

A. KURGANOW
Kolomna, RSFSR

Vor kurzem brachten unsere Zeitungen eine Meldung über die Aussiedlung der Squatter aus Glebe, einem Vorort von Sydney. Squatter heißen Leute, die in verlassenen Gebäuden hausen, weil sie die hohen Mieten der Hausbesitzer nicht zahlen können. Manchmal können sich solche Menschen zusammenschließen und ein ganzes Haus mieten. Sonst aber ist das einzige, was ihnen bleibt, in Parkanlagen oder direkt auf den Straßen der Stadt zu nächtigen. In Sydney mit seiner 3-Millionen-Bevölkerung gibt es 10 000 Obdachlose. Viele junge Leute, die keine Arbeit und kein Zuhause haben, finden keinen anderen Weg ihre Existenz zu fristen als zu stehlen.

Erst heute sahen meine Freundin und ich einen Mann auf einer Bank, neben dem die Überreste seines bescheidenen Abendbrots lagen.

Gisele MESNAGE
Milson's Pt., Australien

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 16 APRIL 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GU-
STSCHIN, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur),
W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv.
Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Frieden auf Erden und im Weltraum (Wort des Redakteurs)	1
Interview Michail Gorbatschows für die „Prawda“	4
W. Grigorowitsch — RGW. Potenzial der Zusammenarbeit	6
W. Lawrenow — EG. Ein Sonnenstrahl	8
S. Borissow — Dialog UdSSR—Kanada (Kommentar)	9
B. Assoian — RSA. Am Rande des Aufstandes	10
V. Zoppi — Kampuchea. Im Morgengrauen, nach dem Taifun	12
D. Wolski — Von Libanon zu Sudan (Kommentar)	15
Notizen ♦ Glossen	16
S. Mikojan — Lateinamerika. Neue Welle (Interview)	18
W. Pustogorow — Eine Frage, die nicht mehr offen ist	22
N. Jakowlew — Zum 40. Jahrestag des Sieges. Marschall Shukow	24
V. Gustschin — Diskussion mit dem Leser	28
PS	29

Dokumente:

Appell der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen Israels am libanesischen und palästinensischen Volk	30
Schlußfolgerungen der 3. Tagung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen Israels am libanesischen und palästinensischen Volk	30



Vor 24 Jahren leitete Juri Gagarin die Ära der friedlichen Erschließung des Weltraums ein. Seit jener Zeit hat unser Land bedeutende Erfolge bei der Weltraumforschung erzielt. An gemeinsamen Experimenten beteiligten sich viele ausländische Wissenschaftler und Kosmonauten. Heute, da die Gefahr einer Militarisierung des Weltraums besteht, setzt sich die UdSSR wie die ganze fortschrittliche Menschheit entschieden dafür ein, daß der Weltraum ein Ort des Friedens und der Zusammenarbeit bleibt.

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.



In der Bundesrepublik Deutschland fanden wieder die Ostermärsche statt. Hunderttausende forderten auf Kundgebungen und Versammlungen den Stationierungsstopp der neuen US-Raketen und den Abzug der bereits vorhandenen. Unser Bild: Friedensdemonstration in Hellbronn

Telebild: ADN--TASS

Am 5. April veröffentlichte die sowjetische Presse eine Mitteilung über die jüngste Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Es nahm den Bericht Grigori Romanows über die Teilnahme der KPdSU-Delegation am XIII. Parteitag der USAP entgegen, billigte die Tätigkeit der Delegation und die Ergebnisse ihrer Unterredungen mit ungarischen Staatsmännern. Debattiert wurden die Ergebnisse der Gespräche Vitali Worotnikows und Wladimir Stscherbikis mit dem Bundesratspräsidenten der BRD und Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Lóthar Späth, der sich auf Einladung des Obersten Sowjets der UdSSR zu einem Besuch in der Sowjetunion aufgehalten hatte. Dabei wurde festgestellt, unsere beiden Länder hätten nicht wenige Möglichkeiten zur Entwicklung der beiderseits vorteilhaften Beziehungen auf der Grundlage des Moskauer Vertrags zwischen der UdSSR und der BRD unter entsprechender Berücksichtigung der Interessen der beiden Seiten. Das Politbüro erörterte die Durchsetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei, die Festigung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern, die

"NEUE ZEIT" 16.85

Gewährleistung des Weltfriedens und der Völkersicherheit.

Am 8. April veröffentlichte die sowjetische Presse ein "Prawda"-Interview Michail Gorbatschows (S. 4).

Am 3. April konferierte Andrej Gromyko im Kreml mit dem kanadischen Außenminister Joseph Clark, der zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR weilte. Es kam zu einem Meinungsaustausch über aktuelle internationale Probleme und Fragen der sowjetisch-kanadischen Beziehungen. Am 4. April wurde Clark von Vitali Worotnikow empfangen, wobei aktuelle internationale Probleme und einige praktische Fragen der sowjetisch-kanadischen Beziehungen, darunter die Entwicklungsaussichten der Kontakte der RSFSR mit kanadischen Provinzen, zur Sprache kamen (S. 9).

Am 5. April empfing Andrej Gromyko eine in Moskau weilende iranische Delegation unter dem stellvertretenden Außenmi-

nister Irans, Khossein Kazempour-Ardebili. Behandelt wurden in prinzipieller Hinsicht Fragen der sowjetisch-iranischen Beziehungen und einige andere Probleme. Bei der Erörterung von Fragen des Krieges zwischen Iran und Irak betonte Gromyko, die Sowjetunion setze sich entschieden für die baldigste Beendigung dieses Konflikts und den Übergang zur politischen Lösung der Streitfragen zwischen Iran und Irak ein.

Vom 1. bis zum 5. April hielt sich eine Delegation der KPTsch unter dem Kandidaten des Präsidiums des ZK und Sekretär des ZK der KPTsch, Josef Haman, in der Sowjetunion auf. Sie wurde von Wladimir Dolgich und dem Sekretär des ZK der KPdSU, Nikolai Ryshkow, empfangen. Es kam zu einem Meinungsaustausch über die Wege zur Vervollkommenheit der Formen und Methoden der Führung der Industrie und des Verkehrswesens durch die Partei sowie über Entwicklungsperspektiven der sowjetisch-tschechoslowakischen Zusammenarbeit.

Am 5. April empfing Pjotr Demitschew Pheli Khounlulak, erster Stellvertreter des Kulturministers der VDR Laos. Gesprächsgegenstand war die Weiterentwicklung der kulturellen Kontakte zwischen der UdSSR und der VDR Laos.

Das ungarische und das sowjetische Volk begingen feierlich den 40. Jahrestag der Befreiung Ungarns vom Faschismus. Das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR richteten an den Generalsekretär der USAP, Janos Kadar, den Vorsitzenden des Präsidiums der UVR, Pal Losonczi, den Vorsitzenden des Ministerrats der UVR, György Lazar, und an alle Werktätigen Ungarns ein Glückwunschschreiben. Kadar, Losonczi und Lazar drückten in einem Antwortschreiben ihren herzlichen Dank für den Glückwunsch aus. In Moskau fand eine Festversammlung statt. Auf einer Festsitzung in Budapest ergriffen Pal Losonczi und der Leiter der sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation, Wassili Kusnezow, das Wort. Kadar und Losonczi trafen mit Kusnezow zusammen. In Moskau wurden Tage der Kultur der UVR veranstaltet.

Am 9. April begann in Moskau die turnußmäßige Runde sowjetisch-chinesischer politischer Konsultationen. Zur Teilnahme daran traf der Sondervertreter der chinesischen Regierung, der stellvertretende Außenminister der VR

China, Qian Qichen, mit einer Berater- und Expertengruppe ein.

Am 7. April traf eine Delegation des US-Repräsentantenhauses unter seinem Sprecher Thomas O'Neill zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein. Sie hatte am 8. April im Obersten Sowjet der UdSSR eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des Unionssowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, Lew Tolkunow, und einer Gruppe Deputierter. Es kam zu einem Meinungsaustausch über die bilateralen Beziehungen sowie über aktuelle internationale Probleme. Am gleichen Tag konferierte die US-Delegation mit Außenhandelsminister Patolitschew und Landwirtschaftsminister Mesjaz.

Am 8. April fand im Obersten Sowjet der UdSSR eine Begegnung mit einer Parlamentarierdelegation Finnlands unter dem Parlamentsvorsitzenden Erkki Pystynen statt.

Vom 1. bis zum 4. April tagte in Paris die 19. Sitzung der Ständigen sowjetisch-französischen Kommission für wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Zur Debatte stand ein weiterer Fragenkreis der sowjetisch-französischen Handels-, Wirtschafts- und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und ihrer Entwicklungsaussichten.

Das Sowjetische Komitee für Solidarität mit den Völkern Lateinamerikas veröffentlichte eine Erklärung zu den neuen Greueltaten des faschistischen Regimes in Chile. Es verurteilte entschieden die brutale Ermordung namhafter Oppositionspolitiker Chiles und forderte die Beendigung des Terrors und der Repressalien der chilenischen Junta.

Am 6. April fand in Leningrad das traditionelle Frühjahrestreffen sowjetischer und finnischer Friedensfreunde statt.

Die sowjetische Presse brachte folgende TASS-Meldung: "Der durch seine Verlogenheit bekannte Sender 'Voice of America' hat neue Lügen in Umlauf gesetzt. In seinen Sendungen für Iran verbreitet er die Erfindung, Irak greife iranische Städte mit Sanktion der Sowjetunion an. TASS ist bevollmächtigt zu erklären, daß diese Erfindung keinerlei Grundlage besitzt."

Frage: Unsere Zeitung erhält viele Briefe von sowjetischen Menschen und aus dem Ausland, die internationalen Angelegenheiten gelten. Wie würden Sie die internationale Lage charakterisieren?

Antwort: Mir ist das gewachsene Interesse der Menschen für internationale Angelegenheiten begreiflich. Breite Volksmassen auf allen Kontinenten sind bestrebt, aktiven Einfluß auf das Weltgeschehen zu nehmen.

Und das kommt nicht von ungefähr. Vor der Welt stehen komplizierte politische, ökonomische und soziale Probleme. Es bestehen real zwei entgegengesetzte Gesellschaftssysteme — Sozialismus und Kapitalismus. In der Weltpolitik wirken aktiv Dutzende neue Staaten mit eigener Geschichte, eigenen Traditionen und eigenen Interessen. Das ist gleichfalls eine Realität.

Um die internationalen Beziehungen in der heutigen Welt aufbauen zu können, muß man dem Rechnung tragen. Man darf nicht die Interessen anderer Staaten ignorieren und erst recht nicht Versuche unternehmen, sie des Rechtes zu berauben, selbst ihren Entwicklungsweg zu wählen. Eben das ist im weiteren Sinne eine Politik der friedlichen Koexistenz, bei der jedes System mit der Kraft des Beispiels und nicht mit Waffengewalt beweisen wird, welches besser ist.

Eine andere Schlußfolgerung, die ebenso aktuell ist — das ist die Notwendigkeit der Beendigung des Wettrüstens. Die internationale Entwicklung hat eine solche Grenze erreicht, wo die Frage entsteht: Wohin geht es weiter? Ist es für Persönlichkeiten, die die Politik von Staaten bestimmen, nicht an der Zeit, Halt zu machen, Überlegungen anzustellen und die Annahme von Entscheidungen zu verhindern, die die Welt in eine nukleare Katastrophe drängen?

Es ist dringend nötig, bei der Anbahnung eines Dialogs und bei der Suche nach realistischen Lösungen, die die Spannungen in der Welt mindern und helfen würden, dem Wettrüsten die Wege zu verbauen, international zusammenzuarbeiten.

Daran sollen alle Staaten — die großen wie die kleinen — teilnehmen. Es ist verständlich, daß den Kernwaffenmächten, vor allem der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika, dabei eine besondere Rolle zukommt.

Unser Land führte eine aktive und konstruktive Außenpolitik im Interesse der Festigung des Friedens und wird sie auch weiterhin führen. Das wurde auf der jüngsten Plenartagung der ZK der KPdSU bestätigt, wo die außenpolitischen Prinzipien des Sowjetstaates dargelegt wurden.

Frage: In der Welt ist vieles mit dem Stand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen verbunden. Gibt es nun Ihrer Ansicht nach Möglichkeiten für ihre Veränderung zum Besseren?

Antwort: Die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA sind ein äußerst wichtiger Faktor der internationalen Politik. Wir sehen auf die Welt aber keineswegs nur durch das Prisma dieser Beziehungen. Wir wissen, welches Gewicht die anderen Länder in internationalen Angelegenheiten haben, und berücksichtigen das bei der Beurteilung der Weltlage.

Ob es jetzt Veränderungen in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zum Besseren gibt? Eine einfache Antwort auf diese Frage gibt es nicht. Einiges gibt Grund zur Hoffnung. Es gibt aber auch nicht wenig und sogar viel, was besorgniserregend ist.

In Genf haben die neuen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen begonnen. Das ist ein positiver Fakt. Gemeinsam mit den USA haben wir Gegenstand und Ziele der Verhandlungen bestimmt, kurz gefaßt so: Ein Wettrüsten im Weltraum nicht zu beginnen, es auf der Erde zu beenden und an eine radikale Reduzierung der nuklearen Rüstungen zu gehen, wobei unser Endziel in ihrer restlosen Liquidierung besteht.

Nun muß man diese Vereinbarung realisieren. Das sind wichtige Verhandlungen. Ich spreche davon vor allem deshalb, weil jetzt entschieden wird, wohin die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und die Entwicklung in der Welt insgesamt gehen wird. Wir stehen vor der Wahl: entweder ein Wettrüsten in alle Richtungen und das Anwachsen der Kriegsgefahr oder die Festigung der allgemeinen Sicherheit und ein stabilerer Frieden für alle.

Es gibt etliche Fortschritte auf anderen Gebieten der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, die jedoch sehr gering sind. Im großen und ganzen bleiben die Beziehungen gespannt.

In Washington setzt man auf Gewalt und macht auch kein Hehl daraus. Und man baut auf eine Übermacht, die Amerika die restliche Welt unterwerfen würde. Diplomatie und Verhandlungen sind dort Raketen und Bomben förmlich unterstellt. Steht es doch fest, daß die neuen strategischen Rüstungsprogramme im Kongreß auch von den Leuten durchgepeitscht werden, die im Namen der USA die Verhandlungen in Genf führen.

Alle haben viel von den "Sterbenkriegs"plänen gehört, die von der

INTERVIEW

MICHAIL GORBATSCHOWS

FÜR DIE „PRAWDA“

USA-Administration angekündigt wurden. Das Wort scheint aus der wissenschaftlich-phantastischen Literatur zu stammen. Man versucht jedoch, hinter ihm die reale, schreckliche Gefahr für unsere Erde zu verbergen. Phantastisch würde ich die Argumente nennen, die zur Begründung der Militarisierung des Weltraums vorgebracht werden. Man redet von Verteidigung und bereitet sich zu einem Angriff vor, man preist einen kosmischen Schild an und schmiedet ein kosmisches Schwert, man verspricht, die Kernwaffen zu liquidieren, und steckt sie in der Praxis auf und modernisiert sie. Man verheißt der Welt Stabilität und hat es auf Zerstörung des militärischen Gleichgewichtes abgesehen.

Da die Menschen intuitiv den gefährlichen Charakter der "Sternenkriegs"pläne erkennen, wollen die Autoren dieser Pläne glauben machen, es handle sich um harmlose wissenschaftliche Forschungen, bei denen noch technologische Vorteile winken. Unter Benützung dieses Köders will man auch seine Bündnispartner zur Teilnahme an diesem gefährlichen Unterfangen heranziehen.

Man behauptet sogar, man könne über die Schaffung von Weltraumwaffen zur Liquidierung der Kernwaffen gelangen. Das ist eine Finte. Ebenso wie das Aufkommen von Kernwaffen die konventionellen Waffen nicht liquidiert und nur zu einem forcierten Wettrüsten bei nuklearen und konventionellen Waffen geführt hat, so wird auch die Schaffung von Weltraumwaffen nur eins zur Folge haben: Das Wettrüsten wird intensiver sein und neue Sphären erfassen.

Ich unterstrich die Momente, die die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen vor allem komplizieren, sie zuweilen bis an den Rand scharfer Spannungen bringen. Dabei sieht so mancher in der USA diese Situation anscheinend als normal an und hält Konfrontation beinahe für einen natürlichen Zustand.

Wir sind nicht dieser Meinung. Konfrontation ist kein angeborener Fehler unserer Beziehungen. Sie ist eher eine Anomalie, deren Bestehen keineswegs unvermeidlich ist. Die Verbesserung der

sowjetisch-amerikanischen Beziehungen halten wir nicht nur für äußerst notwendig, sondern auch für möglich. Ohne Gegenseitigkeit kommt man hier natürlich nicht aus.

Frage: Großes Interesse ruft die Frage nach einer Möglichkeit Ihres Treffens mit dem USA-Präsidenten hervor. Wie sind hier die Perspektiven?

Antwort: Die Frage nach einem solchen Treffen wurde in unserer Korrespondenz mit Präsident Reagan angeschnitten. Ich kann sagen, daß beide Seiten sich positiv zur Durchführung des Treffens äußerten. Termin und Ort seiner Durchführung werden Gegenstand der nächsten Absprache sein.

In größerem Rahmen war in der Korrespondenz die Rede davon, gemeinsame Wege zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA zu finden und ihnen einen stabileren und konstruktiveren Charakter zu verleihen. Ich bin überzeugt, daß es nötig ist, den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen auf hoher politischer Ebene einen starken Impuls zu verleihen. Wir schlagen der USA-Regierung vor, so zu verfahren, daß unsere Völker und andere Länder sehen: Die Linien der Politik der UdSSR und der USA sind nicht auf Feindseligkeit und Konfrontation, sondern auf die Suche nach gegenseitigem Verständnis und auf friedliche Entwicklung ausgerichtet.

Frage: Aus dem von Ihnen Gesagten ist ersichtlich, daß man auf breiter Front vorgehen muß. Und wo sehen Sie trotzdem den Haupthebel für eine substantielle Wende?

Antwort: In intensiven gegenseitigen Bemühungen. Und wirklichen Bemühungen auf breiter Front. Das gegenseitige Verständnis hinsichtlich der Notwendigkeit, zur Regelung von Konfliktsituationen in der Welt beizutragen, würde sich positiv auf unsere und die internationalen Beziehungen auswirken. Bei der Entwicklung der bilateralen Verbindungen zwischen der UdSSR und den USA kann man vieles auch zum beiderseitigen Nutzen tun.

Und dennoch liegt das, was Sie den Haupthebel nannten, in der Sphäre der Sicherheit. Womit könnte man hier konkret beginnen?

Wenn man sich schon an den Verhandlungstisch gesetzt hat, um eine Reduzierung der Rüstungen zu vereinbaren, so müßte man zumindest von ihrer Aufstockung absehen. Deshalb schlagen wir vor, daß die UdSSR und die USA für die ganze Zeit der Verhandlungen ein Moratorium für die Schaffung, die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, eingeschlossen die Tests und die Stationierung kosmischer Angriffswaffen, einführen und ihre strategischen Offensivwaffen einfrieren.

Gleichzeitig soll die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa und dementsprechend die Weiterführung unserer Gegenmaßnahmen eingestellt werden.

Die führenden amerikanischen Persönlichkeiten erklären, sie seien für radikale Rüstungsbegrenzungen. Wenn dem so ist, ist es nur logisch, das Wettrüsten zunächst zu stoppen und dann sofort zu Reduzierungen überzugehen.

Wir sind für einen ehrlichen Dialog und bereit, unseren guten Willen erneut an den Tag zu legen. Und von diesem Tag an — das möchte ich betonen — führt die Sowjetunion ein Moratorium für die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen ein und setzt die Durchführung der anderen Gegenmaßnahmen in Europa aus. Das Moratorium gilt bis November des laufenden Jahres. Welche Entscheidung wir danach treffen, hängt davon ab, ob die USA unserem Beispiel folgen, ob sie die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen in Europa stoppen oder nicht.

Zusammenfassend kann ich sagen, daß Möglichkeiten für eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, für die Gesundung der gesamten internationalen Situation gegeben sind. Diese Möglichkeiten darf man nicht ungenutzt lassen. Man muß sie auf die Ebene der konkreten Politik und der praktischen Lösungen überleiten.

Neue grosse Wirtschaftsaufgaben der sozialistischen Ländergemeinschaft

POTENZEN DER ZUSAMMENARBEIT

Wladimir GRIGOROWITSCH

Das Jahr 1985 ist in vieler Hinsicht ungewöhnlich. Vor allem jährt sich der Sieg über den Faschismus zum 40. Male. Dieser Sieg hat die Menschheit von der braunen Pest erlöst und ihr das Recht und die Hoffnung auf eine Zukunft wiedergegeben. Ebenso die Gründung der UNO, die sich um den Schutz des Friedens auf der Erde ansehnliche Verdienste erworben hat. Was die Länder der sozialistischen Gemeinschaft angeht, so läuft in diesem Jahr die Erfüllung der neuen, gewaltigen Aufgaben im Bereich ihrer Wirtschaft und Zusammenarbeit an, die im Juni v. J. von der Moskauer Gipfelkonferenz des RGW vorgemerkt wurden.

Eine neue Stufe

Auf dieser Konferenz wurden nicht allein die reichen Erfahrungen bei der Organisation der gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit der souveränen sozialistischen Staaten ausgewertet. Die Konferenz hat in der Debatte über die Kardinalfragen der Gegenwart und die Aussichten ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit ansehnliche Reserven für die Ausweitung dieser Zusammenarbeit ermittelt und, von den vorhandenen Möglichkeiten ausgehend, die Perspektiven festgelegt, und das bis zum 21. Jahrhundert. Gemeinsam wurden die Wege zur Lösung der wichtigsten Wirtschaftsaufgaben erarbeitet. Auch wurde eine reale Perspektive für einen weiteren Ausgleich des Entwicklungsstandes der RGW-Länder vorgemerkt.

Der erste Abschnitt der Plankoordination dieser Länder für 1986–1990 ist zu Ende. Darüber hinaus hat das RGW-Komitee zur Zusammenarbeit bei der Planung die Resultate der nationalen Prognosen für die wichtigsten Kennziffern der wirtschaftlichen Entwicklung der RGW-Länder bis zum Jahre 2000 ausge-

wertet, die die Grundlagen ihrer gemeinsamen Wirtschaftsstrategie bilden. Nun arbeitet das RGW-Komitee für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit an einem Komplexprogramm für den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, das für die kommenden 15–20 Jahre gelten wird. Auch die Schwerpunkte dieses beispiellosen Programms sind im großen und ganzen vereinbart: die Elektronisierung der Volkswirtschaft; die komplexe Automatisierung, einschließlich flexibler automatisierter Produktionsanlagen; eine beschleunigte Entwicklung der Atomenergiewirtschaft; die Entwicklung und Nutzbarmachung neuer Stoffe und Technologien und schließlich die Biotechnologie.

Das Exekutivkomitee des RGW tritt viermal im Jahr zusammen. Im Januar fand seine 113. Sitzung in Moskau statt. Sie war für alle an dieser einmaligen internationa-

len Organisation beteiligten Länder ein wichtiges Ereignis. Auf den ersten Blick schien sie nichts weiter als eine der vielen Zusammenkünfte zu laufenden Fragen der Zusammenarbeit zu sein. Man braucht sich aber nur die Probleme, die Aufgaben, die sich die Bruderländer gestellt haben, vor Augen zu halten, um den gesunden, starken Puls ihrer Wirtschaft zu fühlen.

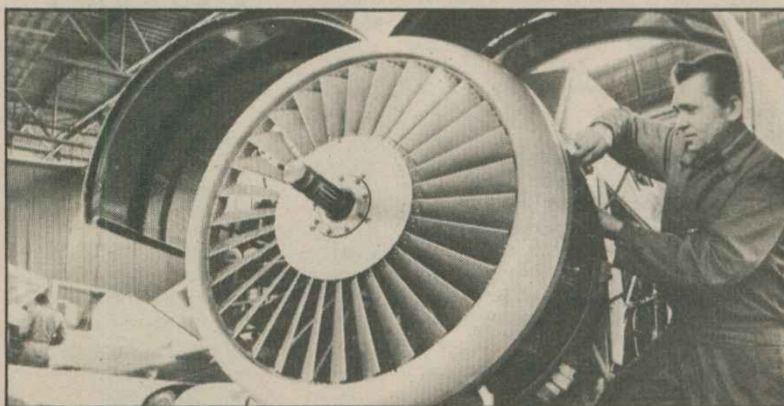
In der Sitzung des Exekutivkomitees standen rund 30 Fragen zur Debatte, die sich aus den Beschlüssen der Wirtschaftskonferenz auf höchster Ebene ergeben und die die 39. Ratstagung von Ende vorigen Jahres in Havanna zur Debatte zu stellen beschlossen hatte. Und schließlich wurden auch laufende Fragen des Jahres, darunter solche wie der Etat, behandelt.

Verweilen wir kurz bei einigen von ihnen.

Gemeinsame Anliegen

Heutzutage weiß wohl jeder, daß das Energieproblem für unsere Zivilisation lebenswichtig ist. In der 113. Sitzung des RGW-Exekutivkomitees ist die Konzeption der perspektivischen Entwicklung der Energiewirtschaft in den RGW-Ländern im

Im "LET"-Flugzeugwerk in der tschechoslowakischen Stadt Uherske Hradiste werden Landwirtschaftsflugzeuge für die RGW-Länder gebaut. Unser Bild: In der Montagehalle



Rahmen ihrer Vereinigten Elektroenergiesysteme (VES) bis zum Jahr 2000 bestätigt worden. Auch wurden die Hauptmethoden zu ihrer Ausführung vorgemerkt. Zur Debatte stand ferner eine eventuelle Ausdehnung der Zusammenarbeit mit Ländern Westeuropas im Bereich der Energiewirtschaft.

Wie aus den Beschlüssen des RGW-Exekutivkomitees hervorgeht, wird sich die Stromerzeugung in den Mitgliedsländern der sozialistischen Gemeinschaft bis zum Jahr 2000 ungefähr verdoppeln. Sie wollen dabei weniger flüssigen Brennstoff und Gas und mehr kalorienarmen Brennstoff verbrauchen. Das Potential der Wasserkraftwirtschaft wird erheblich zunehmen. Die Atomkraftwerke werden eine bedeutend größere Rolle spielen. Erzeugten sie im Jahr 1983 etwa 143 Md. kWh oder ca. 8,5% der Gesamtenergie, so wird bis zum Jahr 2000 ein Anwachsen dieses Anteils ungefähr auf das 5,5- bis 6fache erwartet!

Sehr eingehend befaßte sich das Exekutivkomitee mit dem Ausbau der nationalen und internationalen Energieverbundsysteme und Überlandleitungen, dank denen die Bruderländer imstande sein werden, Strom aus einem Netz ins andere zu leiten und gleichzeitig zu sparen. Bleibt hinzuzufügen, daß jetzt der erste Teil des Generalplans für die Entwicklung der Energiewirtschaft in den RGW-Ländern bis zum Jahr 2000 abgeschlossen worden ist.

Von der Sorge aller Beteiligten für die Zukunft zeugt die Debatte über das Verkehrswesen. Über seinen Platz in der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder, die auf drei Erdteilen Tausende Kilometer voneinander entfernt liegen, und über seine Bedeutung für diese Länder braucht wohl nicht erst gesprochen zu werden. Das RGW-Exekutivkomitee erörterte den Ausbau der Zusammenarbeit in allen Verkehrsarten: Bahn-, See-, Kraft- und Luftverkehr sowie Binnenschifffahrt. Es ging um einen Komplex von Maßnahmen zur Entwicklung des Verkehrswesens. In diesem Bereich bestehen ziemlich viel akute und schwierige Fragen. Ein Beispiel:

Der Umfang der Containertransporte ist seit 12 Jahren von knapp 1 Million auf 40 Mio t angewachsen. Verglichen mit 1980 sollen die Gütertransporte bis 1990 um 22% und die Personenbeförderung um mehr als 37% zunehmen. Die Angaben über den Güterverkehr gelten nur für den zwischen den RGW-Ländern selbst. Übrigens zeigen die Angaben einmal, wie rapide sich die Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft

wirtschaftlich entwickeln. Sie zeugen aber auch von Problemen, die sich dabei ergeben und die die bürgerliche Propaganda so gern breittreibt.

Übrigens ist jetzt im Westen das sogenannte Preisproblem innerhalb des RGW ein Lieblingsthema für allerlei Spekulationen. Ohne sich die Mühe zu machen, Beweise beizubringen, behaupten die Gegner des Sozialismus, daß die einen RGW-Länder mit Hilfe des im RGW geltenden Preissystems die anderen "aushalten", so daß die Zusammenarbeit für die einen Länder vorteilhafter als für die anderen sei.

Selbstverständlich leugnet niemand, daß das Problem der Preise im RGW wie auch in der übrigen Welt akut ist. Auf der Sitzung des RGW-Exekutivkomitees wurde es ebenfalls erörtert. Das Ergebnis hat Janusz Obodowski, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats Polens, auf einer Pressekonferenz kurz so dargestellt: "Schon 10 Jahre entsprechen die Preise im RGW den Weltmarktpreisen annähernd oder genau. Ich könnte kein Land nennen, das durch ein solches Preissystem etwas verlieren würde. Ich betone: Keins wird übervorteilt. Auf der Sitzung des Exekutivkomitees haben wir ein Protokoll unterzeichnet, in dem das Preissystem für das kommende Planjahr fünf festgelegt worden ist." Das wird zweifellos ein gerechtes System sein, das die Interessen von Partnern nicht schmälert.

Ungegangene Wege

Im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten könnte ich daran erinnern, daß die Länder, die sich vor 35 Jahren zum RGW zusammenschlossen, keine fix und fertigen Rezepte für die Zusammenarbeit hatten noch haben konnten. Bei den abgesteckten Zielen gingen die sozialistischen Länder damals und heute ungegangene Wege. Kein Wunder, daß Unzulänglichkeiten und Fehlschläge aus objektiven wie aus subjektiven Gründen vorgekommen sind. Aber nicht das war ausschlaggebend.

Ich erinnere mich noch genau, wie 1949 in sechs osteuropäischen Hauptstädten gleichzeitig die Gründung des RGW gemeldet wurde. Die bürgerliche Presse nannte ihn damals eine "Aktiengesellschaft von Bettlern" und prophezeite ihm einen baldigen Zusammenbruch. Das tat sie nicht nur aus einem bössartigen Klassenhaß heraus. Die meisten Länder Osteuropas waren im Westen tatsächlich immer als "Hinterhöfe Europas", als dessen Anhängsel, Lieferant agrarischer Rohstoffe, bekannt gewesen. Vor dem zweiten Weltkrieg galten Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien als bäuerlich, denn sie existierten hauptsächlich von der

Landwirtschaft. Die im RGW vereinten Länder waren geschichtlich gesehen immer getrennt, was ihr Produktionspotential und ihren wirtschaftlichen Entwicklungsstand betrifft, unterschieden sie sich immer stark voneinander.

Nicht viele konnten voraussehen, daß Osteuropa in unferner Zeit mehr Industrieerzeugnisse als Westeuropa produzieren wird. Und nur als Westeuropa? Bei einem Territorium, das etwa 19% der Erdoberfläche ausmacht, und bei 10% der Erdbevölkerung produzieren die RGW-Länder heute ein Drittel der globalen Industrie- und ein Fünftel der Agrarerzeugnisse. Auf sie entfällt fast ein Drittel des gesamten wissenschaftlichen und technischen Potentials, 32% des Weltstahlausstoßes und 35% der Erdgasgewinnung. Mit ihrer Pro-Kopf-Produktion an vielen Industrieerzeugnissen haben sie kapitalistische Industriestaaten überflügelt. In keiner Weltregion erreicht die Wirtschaft einen derart raschen Zuwachs wie in den RGW-Ländern. Heute käme niemandem — weder einem unvoreingenommenen Gegner noch einem naiven Skeptiker — in den Sinn, von den RGW-Ländern als von "Hinterhof Europas" oder "Rohstoffanhängseln" zu reden.

Die sozialistische Ländergemeinschaft ist erstarbt und gewachsen, das internationale Ansehen des RGW ist bedeutend gestiegen, sein günstiger Einfluß auf die Wirtschaft eines jeden der Bruderländer ist intensiver geworden. Die sozialistischen Staaten verstärken ihr wirtschaftliches, wissenschaftliches und technisches Potential, sie führen große Sozialprogramme aus, sorgen für eine stete Erhöhung des Wohlstandes ihrer Völker und fördern unablässig Wissenschaft, Bildungswesen, Kultur, Gesundheitswesen und Sozialfürsorge, während die kapitalistische Welt von Wirtschafts-, Währungs-, Finanz-, Energie- und sonstigen Krisen geschüttelt und ihre Wirtschaft immer tiefer von den Folgen der Inflation und Arbeitslosigkeit zerfressen wird.

Die Erfüllung der neuen grandiosen Aufgaben wird für die wirtschaftliche Fortentwicklung der Bruderländer einen weiteren Impuls geben und die sozialistische Integration festigen sowie die Wirtschaft jedes Landes effektiver gestalten. Die Erfolge der Zusammenarbeit werden das Ansehen und die Anziehungskraft des Sozialismus in der Welt weiter erhöhen. Die Bruderländer konzentrieren sich auf die Zukunft. Sie sehen weit voraus und gehen unverzagt dem 21. Jahrhundert entgegen. Darin liegt die Stärke und Lebenskraft der neuen Gesellschaftsordnung, deren Ziel und Zweck es ist, dem Volk zu dienen. ■

Der EG-Beitritt Spaniens und Portugals führt zur weiteren Verschärfung der Probleme der westeuropäischen Integration

EIN SONNENSTRAHL?

"Eine neue Seite in der Geschichte Europas wurde aufgeschlagen", resümierte der Sprecher des Elysee euphorisch die Ergebnisse des EG-Gipfels in Brüssel, der den Beitritt Spaniens und Portugals fixiert hatte. In Madrid und Lissabon wurde die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der "Zehn" mit einem Aufatmen registriert. Schließlich hatten die Beitrittsverhandlungen, wie Insider wissen wollen, acht Jahre und eine Nacht gedauert.

Doch die harte sozialökonomische Wirklichkeit in der EG läßt besonderen Optimismus nicht aufkommen. Daher hat die anfängliche Euphorie der Teilnehmer von Brüssel in den letzten Tagen einen erheblichen Dämpfer bekommen. Noch vor der Tagung des Europäischen Rates verkündete Spaniens Außenminister Moran überzeugt, die Spanier stünden bereits mit einem Bein in der EG. Ob aber Spanien und Portugal nun, nachdem die Chefs der westeuropäischen "Zehn" deren Beitrittsversuchen stattgegeben haben, beide Beine in der EG haben, ist gegenwärtig die dominierende Frage. Nicht umsonst glaubt die bundesdeutsche "Rheinische Post", der Beschluß über die Aufnahme Spaniens und Portugals in die EG könnte Papier bleiben.

Tatsächlich müssen Spanien und Portugal, um vollberechtigte EG-Mitglieder zu werden, nicht nur die Ratifizierung des Beitrittsabkommens durch alle Parlamente der "Zehn" bis zum 1. Januar 1986 abwarten, sondern auch eine lange "Übergangsperiode" der Anpassung ihrer Wirtschaft an die der EG-Länder in Kauf nehmen. Das aber wird keineswegs leicht sein, da die "Zehn", vor allem Frankreich, Italien und Griechenland, ziemlich harte Beitrittsbedingungen gestellt haben.

Für die Agrarproduktion Spaniens (hauptsächlich Obst und Gemüse für den EG-Markt) wurde eine zehnjährige "Übergangsperiode" festgelegt, in der es Madrid nicht gestattet ist, das begrenzte Exportvolumen für die Märkte anderer Länder der Gemeinschaft zu überziehen.

Der Verkaufserlös der Agrarprodukte bildet jedoch einen wichtigen Etatartikel des Landes. Wesentliche Beschränkungen wurden auch den spanischen Weinbauern auferlegt, die zu den größten Erzeugern von Tischweinen in der Welt gehören. Weiterhin wird es Spanien für lange Zeit untersagt sein, Wein über die festgelegte Quote von 27,5 Mio Hektoliter pro Jahr zu kelteren. Eine ernstliche Behinderung ergibt sich auch aus der Regelung für den Fischfang. Die Furcht vor der Konkurrenz der spanischen Fischereiflotte hat die "Zehn" zu einer drastischen Herabsetzung der Fangquote veranlaßt. Spaniens Fischer dürfen pro Jahr lediglich 18 000 statt der bisher 30 000 t Kabeljau an Land ziehen und nur 300 Schiffe in die 200-Meilen-Zone ihrer EG-Partner schicken.

Auch Portugal werden die Bedingungen der "Übergangsperiode" zu schaffen machen. Sein Agrarexport in die EG-Länder wird ebenfalls für 10 Jahre beschnitten. Unter anderem soll Lissabon innerhalb von 2 Jahren die Einfuhrzölle für alkoholische Getränke aus anderen EG-Ländern abschaffen, was bedeutet, daß Portugal bedeutende Zolleinnahmen verliert. Ebenso wie für Spanien gelten auch für Portugal Beschränkungen für den Fischfang in den Küstengewässern der "Zehn".

Sich selbst hat der Gemeinsame Markt eine "Übergangsperiode" auferlegt, in der die Ausfuhr von Milch, Fleisch und Weizenmehl nach Spanien für insgesamt vier Jahre begrenzt werden soll. Danach werden die Beschränkungen automatisch aufgehoben, wodurch die spanischen Bauern, die auf dem Binnenmarkt mit den stärkeren ausländischen Partnern konkurrieren müssen, in nicht geringe Schwierigkeiten geraten dürften.

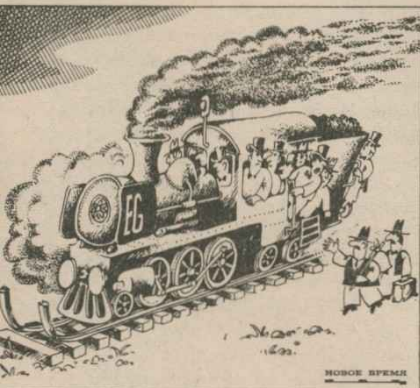
Nicht weniger problematisch wird für die beiden "Neuzugänge" auch der Handel mit Industriegütern. Die sukzessive Aufhebung der Zölle wird für die französischen, bundesdeutschen und italienischen Industriellen ohne Folgen bleiben, da EG-Importe spanischer und portugiesischer Firmen schon einige Jahre

unverzollt bleiben. Spanien und Portugal jedoch werden mit den Konkurrenzzeugnissen aus den EG-Ländern hart zu kämpfen haben, da die Industrie beider Länder an hohe protektionistische Zollschränken gewöhnt ist. Dabei darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß die Produktivität der spanischen Industrie 40% unter der der "Zehn" liegt, während Portugal eine noch geringere Kennziffer aufweist.

Auf der kürzlichen internationalen Konferenz von Wirtschaftsexperten in Lissabon zu Problemen des portugiesischen EG-Beitritts hieß es, die Integration des Landes in den Gemeinsamen Markt werde die rückständige Landwirtschaft, den Fischfang und viele Industriezweige wesentlich beeinträchtigen und die Arbeitslosenrate hochtreiben. Außerdem wird Portugal, wie das einflußreiche bürgerliche Magazin "Expresso" meint, in den ersten Jahren nach dem EG-Beitritt mehr an die EG-Kasse zu zahlen haben, als es von ihr erhält. Die Madrider "Cambio 16" stellt fest, daß sich auch die spanischen Unternehmer verspätet über die bedrohlichen Folgen des Beitritts klar werden. Vor allem werden sie sich auf wenig konkurrenzfähige Zweige auswirken, die ihre Technologie nicht modernisiert und ihre Produktionskosten nicht gesenkt haben: Hüttenbetriebe, Schwermaschinenbau, Chemie- und Möbelindustrie. Laut Aussage des spanischen Wirtschaftsministers Boyer wird die in den ersten drei Jahren erfolgende 52%ige Senkung der Zolltarife ein schwerer Schlag für die Industriellen werden. "Die spanische Industrie wird große Opfer bringen müssen", erklärte er.

Einbußen erleiden nicht nur die "Novizen". "Der Anschluß wird für beide Seiten schmerzhaft", schreibt die Pariser "Echos". "Es wäre absurd anzunehmen, daß sich Blessuren vermeiden lassen." Der Beitritt der beiden Pyrenäen-Staaten bedeutet, daß zu den gegenwärtig 13,6 Millionen Arbeitslosen in den EG-Ländern weitere 3 Millionen hinzukommen, was das Beschäftigungsproblem noch kompliziert und die sozialen Spannungen in der EG anheizt. Trotz der für Spanien und Portugal festgesetzten Beschränkungen der Erzeuger- und Absatzquoten für Agrarprodukte werden die französischen Bauern für die jüngste Erweiterung der Gemeinschaft mit neuem Einnahmeschwund und Ruin zu zahlen haben. Unter anderem muß Frankreich seine Weinanbauflächen um die Hälfte verringern. Auch seine Fischer, deren

Fangplätze im Atlantik und im Golf von Biscaya liegen, haben Verluste zu erwarten. Die Industriellen der "Zehn" sind über ein zunehmendes Vordringen von Industrieerzeugnissen (z. B. Kraftwagen) auf den EG-Markt besorgt, die von amerikanischen und japanischen Firmen in ihren vielen spanischen Tochterbetrieben hergestellt werden. Die größten Vorteile aus der Erweiterung der EG ziehen natürlich die Multis, vor allem bundesdeutsche Konzerne, die bedeutende Möglichkeiten zur Handelsexpansion und zur Ausbeutung der billigeren Ar-



"Nehmen Sie Platz, wenn Sie unsere Geschwindigkeit und Manövrierfähigkeit nicht erschreckt"

Zeichnung: N. Stscherbakow

beitskräfte in Spanien und Portugal gewinnen.

Was die allgemeine Bilanz der westeuropäischen Integration angeht, dürfte sie negativ sein, da die Unterschiede zwischen dem "reichen Norden" und dem "armen Süden" noch deutlicher hervortreten. Sehr treffend wurden die Aussichten der westeuropäischen "Zwölf" von der französischen "Croix" gekennzeichnet: "Das Abkommen über die EG-Erweiterung bringt mehr Probleme als es löst. Zwei Länder, die Schwierigkeiten haben, schließen sich anderen Ländern an, die in einer Krise stecken. Ihr Beitritt könnte das mangelnde Gleichgewicht in Europa verstärken, das bereits seine 'Armen' besitzt — sowohl ganze Länder als auch einzelne Regionen und Branchen. Mit dem Übergang von 'Zehn' zum 'Dutzend' multipliziert Westeuropa seine Schwierigkeiten."

Warum nun wagen die "Zehn" diesen Schritt, der ihnen keineswegs ein leichtes Leben verspricht?

Lange Zeit begründeten die EG-Chefs ihre Politik der Einbeziehung der beiden neuen Länder in die Gemeinschaft mit der "Sorge" um die Stärkung der Demokratie

in Spanien und Portugal. Dieses Argument aber zieht nicht mehr. Während der Beitrittsdiskussion wies Spaniens Außenminister Moran diese These mit der Erklärung zurück, Spanien drohe keine Destabilisierung, wenn es der EG nicht beitrete. Er fügte hinzu, eine Verweigerung der Aufnahme könnte die Spanier dazu bringen, "eine Wahl zugunsten der Politik der Blockfreiheit zu treffen". Dieser Zusatz eben enthüllt die wahren Motive für die neue Erweiterung der EG, der ausschließlich politische Tendenzen anhaften.

Für die herrschenden Kreise in der EG wird die Wirtschaftsintegration zum Synonym für "Anschluß", also Stärkung des "westlichen Lagers". Im Fall Spanien geht es außerdem konkret um den Wunsch, den Pro-NATO-Trend in der Außenpolitik Madrids zu stärken. Wären die Verhandlungen Madrids mit der EG in eine Sackgasse geraten, hätte das jenen Kräften das Leben schwer gemacht, die es nicht zu einem Austritt Spaniens aus der NATO kommen lassen wollen. Nicht zufällig schrieb die Pariser "Monde" unter Hinweis auf das Interesse der USA am EG-Beitritt Spaniens, wenn das nicht geschehen wäre, hätte Washington die EG unter wirtschaftlichen und finanziellen Druck setzen können.

Zur Durchsetzung ihrer politischen Klasseninteressen sind die EG-Chefs auch zu großzügigen Gesten bereit. Um den durch die Einbindung der wenig konkurrenzfähigen portugiesischen Wirtschaft in die "Zehn" ausgelösten Schock und die soziale Unzufriedenheit in Portugal zu mildern, plant die EG, Lissabon im Laufe von sieben Jahren Subventionen in Höhe von 1,2 Md. europäischer Währungseinheiten zu zahlen. Diese Geldspritze sprengt jedoch den EG-Haushalt, um den es in jüngster Zeit ohnehin nicht zum besten bestellt ist. Kurz, die neue Erweiterung der EG spitzt die finanziellen und Agrarprobleme des Gemeinsamen Markts drastisch zu und hemmt den gesamten Mechanismus der Integration. Mit dem EG-Beitritt Spaniens und Portugals werden die Widersprüche in der Gemeinschaft noch größer. Nach Ansicht des belgischen Außenministers Tindemans werden sich 12 Staaten wesentlich schwieriger als zehn lenken lassen. "Reformen sind dringend nötig", betonte er.

In seiner Bilanz zur Tagung des Europäischen Rates, die die beiden "Novizen" in die EG aufnahm, erklärte der italienische Ministerpräsident Craxi: "Es gelang, die Wolken zu vertreiben." Angesichts der neuen komplizierten Probleme, die sich vor der Gemeinschaft auftürmen, fragt man sich unwillkürlich: Gelang das wirklich?

W. LAWRENOW

NZ KOMMENTAR

DIALOG UdSSR — KANADA

Der offizielle UdSSR-Besuch des kanadischen Außenministers Joseph Clark und der ihn begleitenden Parlamentsabgeordneten Anfang April bestätigte die Absicht der kanadischen Regierung, international eine konstruktive Rolle zu spielen.

Kanada ist NATO-Mitglied und beteiligt sich aktiv an diesem Bündnis. Es begrüßte jedoch die in Genf aufgenommenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen. In diesem Zusammenhang wurde von sowjetischer Seite betont, die Verhandlungen seien Sache beider Partner und ihr Erfolg sei möglich, sofern natürlich der entsprechende Wille der USA vorhanden sei.

In Ottawa steht eine Beratung von Experten zu Fragen der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten bevor, die eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung aller Punkte der Schlußakte von Helsinki spielen soll. Von Kanada als dem Organisator wird der Erfolg dieser Begegnung wesentlich abhängen.

Die Sowjetunion und Kanada haben umfangreiche und vielfältige Kontakte, deren Möglichkeiten noch keineswegs erschöpft sind. Beide Länder setzen sich für den weiteren Ausbau dieser Kontakte ein. Das Protokoll über politische Konsultationen gilt der Fortsetzung und Vertiefung der politischen Kontakte sowie der Zusammenarbeit bei der Lösung aktueller internationaler Probleme.

Während der Gespräche in Moskau kam es zu einem nützlichen Meinungsaustausch über die Lage in verschiedenen Weltregionen. Die UdSSR und Kanada sprachen sich für die politische Beilegung der Probleme des Nahen Ostens und Mittelamerikas auf der Basis der entsprechenden UNO-Beschlüsse und unter strikter Einhaltung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten aus.

Im zweiten Weltkrieg waren die Sowjetunion und Kanada Alliierte im Kampf gegen den Hitlerfaschismus. Der 40. Jahrestag des Sieges sollte mit der Konsolidierung der vorteilhaften friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten unter Achtung aller durch die Nachkriegsentwicklung entstandenen territorialen und politischen Gegebenheiten begangen werden. Der Besuch kanadischer Politiker in der UdSSR hat gezeigt, daß sich dieses Ziel bei gutem Willen erreichen läßt.

S. BORISSOW

AM RANDE DES AUFSTANDES

Der Kampf gegen die Apartheid spitzt sich zu

Boris ASSOIAN

Einzigartig in der Geschichte der Republik Südafrika: Die Protestaktionen und Demonstrationen, die im August v. J. begannen, entwickeln sich allmählich zu einem richtigen Aufstand der Unterdrückten, und er zieht immer weitere Kreise.

Kennzeichnend für die gegenwärtige Etappe im Kampf der schwarzen Mehrheit (rd. 23 Millionen Personen, fast 75% der Bevölkerung) sind seine beispiellosen Ausmaße, die breite Beteiligung der Gewerkschaften und die Einheit von Losungen und Forderungen, die immer ausgeprägteren politischen Charakter tragen. Dem Regime fehlt es schon an Polizisten, um die Massenaktionen zu unterdrücken, und so hat es mehrere Tausend Soldaten gegen die unbewaffneten Afrikaner eingesetzt. Aus Kapstadt, Port Elizabeth, East London und anderen Städten wird jeden Tag über blutige Strafoperationen gegen die Demonstranten berichtet. In diesen acht Monaten gab es wohl kaum einen Tag, an dem nicht ein Opfer des südafrikanischen Rassismus begrabene worden wäre: beinahe 300 Arbeiter, Studenten und Schulkinder getötet, mehr als 1000 Personen verwundet.

Scheinreformen

Pretoria scheint durch eine solche Entwicklung überrumpelt worden zu sein. Das in der RSA und im Westen groß angekündigte Programm von "Reformen" zielt ja darauf ab, dem Befreiungskampf die Spitze zu nehmen, eine Einigung der Afrikaner nicht zuzulassen und die Apartheid sozusagen in neuer Verpackung aufrechtzuerhalten. Die westlichen, vor allem US-amerikanischen Anwälte Premierminister Bothas führen aus, in der RSA seien "tiefgreifende Prozesse" im Gange, die sich an die Grundfesten der Apartheid heranwagten. Botha sei aufrichtig bestrebt, die Rassen-diskriminierung zu beseitigen — allerdings tue er das langsam, das sei so die Burenmentalität. Reagans Politik der "konstruktiven Zusammenarbeit" sei viel wirksamer als jeder grobe Druck auf die RSA, einschließlich wirtschaftlicher Sanktionen.

Aber Botha spielte seinen Anwälten übel mit. Er demonstrierte die wahre Fratze der Apartheid, als er unbewaffnete

Menschen zusammenschießen ließ und seine zynischen Erklärungen abgab. Leute, die erst gestern die guten Absichten der südafrikanischen "Liberalen" (zu denen zählt sich auch Botha) priesen, müssen heute zugeben, daß die Apartheid als System im Grunde unangetastet bleibt und daß die "Reformen" für die Afrikaner nur noch grausamere Repressalien bedeuten. Der Beobachter A. Lewis schreibt in der "New York Times": "Es kann nicht mehr allen Ernstes behauptet werden, Präsident Botha und seine Regierung wollten mit der Apartheid aufräumen, man brauche nur noch leicht nachzustoßen. Sie haben — unter Gewaltanwendung! — demonstriert, daß sie keinerlei Veränderungen im Herrschaftssystem der Weißen wünschen."

Bothas "Reformen" haben denn die Apartheid um kein Iota geändert. Ebenso wie früher betrachtet die Regierung die Afrikaner als Bürger von Bantustans, öden Landstrichen in den elendsten Teilen der RSA. In den letzten Jahren wurden in diese Reservate nahezu 3,5 Millionen Schwarze gewaltsam deportiert. Nur die Gefahr landesweiter Aufstände zwang die Regierung, "zeitweilig" von den Plänen der Umsiedlung von weiteren 2 Millionen abzulassen. Der Umstand, daß im vorigen Herbst ein aus drei Kammern bestehendes Parlament geschaffen wurde, zu dem auch Farbige und Inder (zusammen etwa 3,5 Millionen) zugelassen wurden, betonte nur noch mehr die Rechtlosigkeit der Afrikaner. Der dünne Geduldssaden riß.

Das einzige, was sich in Südafrika seit Verkündung von Bothas "Reformen" verändert hat, ist der Grad, in welchem das Regime Gewalt anwendet. Die amerikanische "Baltimore Sun" schrieb dazu, es habe "die Fähigkeit eingebüßt, die Situation im Lande zu kontrollieren". Bothas Politik hat alle Widersprüche nur noch mehr verschärft und den Afrikanern keinen anderen Weg übriggelassen, als zu entschlossenen Aktionen gegen das Rassistenregime überzugehen.

Die Verstärkung der Repressalien ist vor allem auf die Angst der Rassisten vor der unabwendbaren Vergeltung zurückzuführen. Die Angst macht ihnen die Suche nach immer neuen Schutzmaßnahmen zu einem Zwang. Ende März berichtete Verteidigungsminister Malan über die Pläne, an den RSA-Grenzen

einen Stacheldrahtverhau anzulegen, der unter Strom von 20 000 V stehen soll. Ein Teil der Grenze zu Simbabwe ist bereits auf diese Weise ausgerüstet worden. Aber wie können sich die Machthaber von den 23 Millionen schwarzen Südafrikanern absperren? Ob da der Stacheldraht und der Strom nicht knapp werden?

Hader im "weißen Stamm"

Die Behörden haben es auch deshalb immer schwerer, weil der "weiße Stamm", wie die Afrikaner und anderen in Südafrika eingewanderten Europäer von Rassisten genannt werden, lange nicht mehr so einheitlich ist wie einst. Die Regierung Botha ist sich noch nicht restlos darüber im klaren, aber der Haß auf die Apartheid staut sich auch unter den Weißen, denen es immer schwerer fällt, die abscheuliche Wirklichkeit mit dem eigenen Gewissen zu versöhnen. Real denkende Südafrikaner sehen, daß die Apartheid weder mit Stacheldraht noch mit MPI-Garben zu verteidigen ist.

Die Anhänger von Bothas "Reformen" werden Liberale genannt. Aber das sind sie höchstens vor dem Hintergrund des südafrikanischen Rassismus. Kaum einer von ihnen, und sei er noch so liberal, würde je das Prinzip "Ein Mann — eine Stimme" akzeptieren oder aufrichtig die volle Aufhebung der Apartheid herbeiwünschen, denn sie sichern ihnen nicht nur materielle Vorteile als Folge ihrer Vorrechte, sondern auch die rassenmäßige Überlegenheit.

Selbst die Geschäftskreise der RSA, die häufiger als alle anderen auf tiefer greifenden Reformen bestehen, denken nicht im geringsten an gleiche Rechte für die Afrikaner. Ihrer Meinung nach ist die Apartheid in ihrer heutigen Form einfach zu teuer; man müsse sie modifizieren, den wechselnden Zeiten anpassen, aber im Prinzip doch beibehalten.

Gewiß ist es nicht so leicht, das vielschichtige Gefühl der rassenmäßigen Überlegenheit, mit dem viele Generationen der Weißen aufgewachsen sind, aufzugeben. Doch ist es heute klarer als je zuvor, daß sie sonst alles verlieren können. Viele von ihnen erklären ihre Abneigung, die Mehrheit an die Macht zu lassen, mit der Befürchtung, die Afrikaner würden sich dann zu ihnen genauso verhalten, wie sich heute die Weißen zu den Afrikanern verhalten. Ein solches indirektes Eingeständnis der Tatsache, daß das bestehende System amoralisch ist, hat sich in der weißen RSA weit verbreitet. Die Vernünftigen verstehen, daß die Apartheid unweigerlich zusammenbrechen wird, und erheben ihre Stimme, um den Kampf der Afrikaner zu unterstützen.

Die Weißen spüren schon am eigenen Leibe, daß das Fortbestehen der Apartheid sie teuer zu stehen kommen kann. Die RSA-Wirtschaft erlebt eine ernsthafte Flaute. Die Preise für Gold, den Hauptposten des RSA-Exports, bleiben auf niedrigem Niveau. Die Inflation nimmt ständig zu, ebenso die Arbeitslosigkeit, ganz zu schweigen von den Verlusten durch den Krieg, den das Rassistenregime schon seit Jahren gegen die Afrikaner sowohl im eigenen Land als auch in Namibia, Angola, Mocambique und Simbabwe führt. Ständig erhöhen sich die Militärausgaben. Im Finanzjahr 1985/86 werden sie sich auf 4,2 Mrd. Rand belaufen. Das bedeutet weitere Hunderte Menschenopfer. Das bedeutet eine weitere Generation der 20jährigen "nambischen Veteranen", die, moralisch verheert, an Gewalt und Grausamkeit gewöhnt sind und an nichts mehr glauben. Für Tausende Familien bedeutet es, daß ihre Söhne vor der Einberufung zur Armee auswandern müssen oder wegen antimilitaristischer Überzeugungen ins Gefängnis geworfen werden.

Die Ultrarassisten, die zum Kampf gegen alles Schwarze, einem Kampf "bis zum letzten Weißen" aufhetzen, peitschen die Angst und Ausweglosigkeit noch an. In den konservativen weißen Kreisen nimmt der Einfluß der hartgesottesten Rassisten zu. Sie werfen der Regierung Botha "den Verrat an den Afrikaner-Idealen" vor und drohen bewaffneten Kampf an, falls die "Liberalen" nicht mit ihren Reformen aufhören. Die beiden größten Gruppierungen — die Konservative Partei unter A. Treurnicht und die "Wiedergeborene Nationalpartei" unter J. Marais — reden immer häufiger von der Möglichkeit einer rechten "Einheitsfront" zum Schutz der Apartheid.

Die politische und wirtschaftliche Labilität, die wachsende Angst vor der Zukunft verschärfen die sozialen Probleme unter

den Weißen. In den letzten Jahren hat sich die Kriminalität sprunghaft erhöht. Wie ein namhafter dortiger Psychiater behauptet, "kommen auf einen Mörder 10 eines Mords fähige Personen". Jährlich versuchen fast 100 000 Menschen einen Selbstmord. Die weißen Südafrikaner bewaffnen sich fieberhaft: Die 4,7 Millionen besitzen über 2 Mio. Feuerwaffen.

Ehe es zu spät ist

Die massierten Repressalien gegen die Afrikaner lösen in der ganzen Welt, darunter auch im Westen, Empörung aus. "Wenn Pretoria ein Gemetzel nach dem anderen anrichtet, wird es noch erleben, wie auch seine besten Verbündeten von ihm abfallen", schrieb warnend "Le Monde" (Paris). Die BBC meinte unter Berufung auf eine Erklärung des britischen Außenministeriums, das Vorgehen der RSA-Polizei sei "durch nichts zu rechtfertigen". Breite Ausmaße hat die Bewegung gegen die Apartheid in den USA angenommen. Mindestens in 20 Städten dauerten dort antirassistische Demonstrationen monatelang. Fast 2000 Manifestanten, darunter bekannte Vertreter der Öffentlichkeit und Politiker, wurden verhaftet. Die Amerikaner fordern von ihrer Regierung, mit den Investitionen in der RSA-Wirtschaft (der gegenwärtige Stand: beinahe 16 Mrd. Dollar) Schluß zu machen und alle Kontakte zum Rassistenstaat abubrechen.

Überhaupt fordert die Weltöffentlichkeit von den westlichen Regierungen immer nachdrücklicher verschiedene Maßnahmen und wirtschaftliche Sanktionen gegen die RSA. Die Regierungen der NATO-Länder verurteilen zwar die Apartheid verbal, unterstützen sie aber in

Die Afrikaner von Soweto (Vorort von Johannesburg) protestieren zornig gegen das verhaßte Apartheidregime

Aus der Zeitschrift
"Parade"



Wirklichkeit weiter. Mehr noch, die US-Regierung ist weit davon entfernt, auf die Zusammenarbeit mit der RSA zu verzichten, vielmehr baut sie sie in allen Bereichen aus.

In einer Fernsehsendung der NBC im Januar 1985 genierte sich Außenminister Shultz nicht, die Politik der "konstruktiven Zusammenarbeit" als Mittel für die Verbesserung der Lage der Afrikaner zu bezeichnen. "Die amerikanischen Investitionen sichern der schwarzen Bevölkerung Beschäftigung", sagte er. Solche heuchlerischen Erklärungen sollen das eigennützige Interesse am Überleben des rassistischen Bündnispartners verschleiern. Die "konstruktive Zusammenarbeit" hat ja den Schwarzen nichts gebracht, höchstens neue Leiden.

Hartnäckig weigert sich die Reagan-Administration, wirtschaftliche Sanktionen einzuführen oder alle Kanäle für die Lieferung von Waffen, Munition und nuklearen Technologien an das Apartheidregime zu schließen, und paktiert offen mit den rassistischen Kräften. Kein Wunder, daß Reagan die Schuld an der Erschießung der wehrlosen Teilnehmer des Trauerzuges, der am 21. März in Uitenhage stattfand, zynisch den Afrikanern zuschreibt und das Vorgehen der Polizei rechtfertigt. Eine solche Reaktion des Präsidenten ist zutiefst kennzeichnend, widerspiegelt sie doch das eigentliche Wesen der US-Position in der RSA-Frage: volle Billigung der Rassistenpolitik.

Das Regime in Pretoria hat immer weniger Zeit zum Nachdenken. Selbst Afrikaner, die sich gestern zu gewaltlosem Widerstand bekannten, verlieren die Geduld und schalten sich in den Kampf ein. Trotz der ethnischen, sozialen, religiösen und anderen Unterschiede ist die unterdrückte Mehrheit Südafrikas fest entschlossen, Gerechtigkeit zu erlangen, und mit der Rassendiskriminierung Schluß zu machen. Als einigende Kraft agiert der Afrikanische Nationalkongreß Südafrikas. Sein Einfluß auf verschiedene Bevölkerungsschichten nimmt zu. Zu einem machtvollen Faktor des Widerstands des Volkes hat sich die Demokratische Einheitsfront entwickelt. Sie wurde vor zwei Jahren von fast 700 Organisationen und Gruppen, die sich gegen die Apartheid in der RSA wenden, gebildet.

Die Ausmaße und die Leidenschaftlichkeit des Protests in Südafrika bezeugen: Bald ist die kritische Masse erreicht, die das ganze System in die Luft sprengen kann. Die Repressalien können diesem Prozeß keinen Einhalt mehr gebieten, er ist längst unumkehrbar. Die südafrikanische "weiße Bastion" hat, so stark und unbesiegbar sie scheint, im Grunde keine Wahl: Will sie die Apartheid nicht friedlich abschaffen, dann wird sie früher oder später gewaltsam hinweggefegt werden.

Ein Land, das neues Leben, neuen Mut
gefunden hat, einen neuen Glauben an sich
und an sein Schicksal

IM MORGENGRAUEN, NACH DEM TAIFUN

Von unserem
Sonderkorrespondenten

Viktor ZOPPI

Die Großstadt verstummte, die Abenddämmerung mit all ihren Farbtönen breitete sich aus.

Der goldene Himmel wurde majestätisch bronzefarben. Ein schlankes Mädchen schloß ihren Buchstand ab. Lachend, zwitschernd schwang sie sich auf den Hintersitz eines Fahrrades, hinter dessen Lenker ein junger Mann mit weißem Hemd saß. Ab ging die Fahrt...

Der Himmel verfärbte sich grün, mit orangenen Farbspritzern. Ein Rikschafahrer mit Strohhut stoppte unter meinem Balkon... Die jetzt violettfarbene Dämmerung verdichtete sich. Die Händlerinnen, die Fladen, Zigaretten, Nüsse, Bratfisch, Bananen und Zuckerrohrsaft anpriesen, breiteten ihre Bastmatten auf dem Bürgersteig zum Schlafen aus und löschten die Petroleumlampen...

Die Silhouetten der Häuser verschwanden in der dunkelblauen Dämmerung. Aus den geöffneten Fenstern waren die Stimmen immer leiser, immer seltener zu vernehmen. Die Großstadt schlief unter den leuchtenden Sternen am undurchdringlich schwarzen Firmament ein...

Ein Konzert

Phnom Penh schlief nach einem harten Arbeitstag, schöpfte neue Kräfte... Doch die Ruhe war nicht ungestört. Um neun Uhr abends wurde es nicht nur deshalb auf der Straße still, weil die Nacht ihre Herrschaft antrat. Um neun Uhr beginnt das Ausgeheverbot in der Hauptstadt wie im ganzen Lande. Auf der Kreuzung blinkte warnend die Laterne des Militärkontrollpostens. Radio Phnom Penh hatte in den Nachrichten von Kämpfen an der Westgrenze berichtet, davon, daß die



Das Leben geht weiter

kampucheanischen Streitkräfte zusammen mit Einheiten der vietnamesischen Freiwilligen den Pol-Pot-Banditen neue Schläge versetzten, daß dem Gegner schwere Verluste an Menschen und Material beigebracht und Hunderte von Gefangenen gemacht wurden... Doch die meisten Meldungen galten dem Wiederaufbau des Landes, der friedlichen Arbeit der Werktätigen in den Provinzen und Städten, dem kulturellen Leben.

Unwillkürlich mußte ich in dieser schönen Januar-Nacht daran denken, daß vor wenig mehr als sechs Jahren über

Kampuchea noch die schwarze Nacht des Terrors herrschte. Der Himmel war schwarz, und es gab keinerlei Hoffnung. Eine gnadenlose Sonne schaute auf die toten Straßen einer toten Stadt herab, auf das dem Verderben geweihte und einst so schöne Land.

"Wie heißt du?"

"Sin Ni."

"Warum bist du hier?"

"Hier ist mein Haus."

"Fühlst du dich da wohl?"

"Ja..."

Meine Gesprächspartnerin ist 13. Damals aber war sie erst fünf.

"Ich kann mich nur noch erinnern, daß frühmorgens irgendwelche Leute, nicht aus unserem Dorf, in unser Haus kamen und dem Vater befahlen, mit ihnen zu

gehen. Und er ging. Die Mutter weinte. Am Abend wurde auch sie geholt. Sie weinte wieder, wurde von diesen Leuten mit den Gewehren irgendwohin gebracht. Wir blieben zu dritt: mein älterer achtjähriger Bruder, und der jüngste, vier Jahre alt. Wir aßen das, was Mutter für uns zubereitet hatte. Die ganze Nacht warteten wir auf die Rückkehr unserer Eltern. Doch die kamen nie wieder. In unserem Dorf blieben nur so kleine Kinder wie wir. Einige Tage später wurden wir auf die Straße gejagt und mußten mitansehen, wie unsere Häuser brannten — das ganze Dorf steckten sie in Brand. Man sagte uns, wir würden jetzt in eine Kinderkommune kommen. Wir lebten im Schatten dreier großer Bäume, direkt auf der Erde. Wir wurden alle nachts mit einem Strick

zusammengebunden, im Morgengrauen aber wurden wir aufs Feld getrieben, wo wir Jauche sammelten und mit schweren Schaufeln Gräben aushoben. Zu essen bekamen wir eine Schüssel Wasser mit Reis täglich. Viele Kinder erkrankten. Als sie schon nicht mehr gehen und Jauche sammeln konnten, erschlugen die Aufseher sie mit Stöcken. Mein Kopf tat sehr weh. Unser Aufseher — ich glaube, er war etwa vierzehn —, stieß mir die Faust ins Gesicht und sagte dann: 'Reiß dir ein Stück Rinde vom Baum und iß das.' Ich aß die Rinde. Mußte mich übergeben... Eines Nachts zerrissen wir drei und mit uns zusammen weitere fünf Kinder den Strick und liefen fort..."

Als das Land im Januar 1979 befreit wurde, kamen Sin Ni und ihre Brüder in dieses Kinderheim in der Provinz Prey Veng. Die Leiterin des Kinderheimes, Tep Sivon, berichtete, anfangs habe man hier nur ein Sonnendach für die Kinder aufgerichtet. Bauern, die Pol Pots KZ überlebt hatten, brachten den Waisen Früchte, Brot, Kleidung. Dann erhielt das Provinzrevolutionskomitee die Mittel, um ein richtiges Ziegelsteinhaus zu bauen, wo diese Kinder — 85 Jungen und 50 Mädchen — jetzt leben. Alle besuchen die Schule in der Stadt und lernen in der Regel gut, nicht schlechter als die Kinder, die Eltern haben.

"Was willst du einmal nach der Schule werden?"

"Lehrerin."

Am Abend des gleichen Tages wurde ich Zeuge eines erstaunlichen Konzerts. In einem neuerrichteten Dorf, Cheung Teak, etwa 10 km von der Hauptstadt entfernt, hatte man direkt auf der ungepflasterten, staubigen Straße eine Bühne mit einem aus Flecken genähten Vorhang aufgebaut. Die Menschen kamen aus der gesamten Umgebung. Die buddhistischen Mönche in ihren safran-gelben Gewändern saßen auf einem flachen Podest. Daneben Dutzende, vielleicht Hunderte von Witwen, sie bilden hier fast drei Viertel der erwachsenen Bevölkerung.

Der Vorhang ging auf. Eine zärtliche Melodie erklang und tönte über das Dorf. Tänzer betraten die Bühne. Drei Mädchen und drei Jungen in leuchtenden Kostümen, mit roten Wangen und nachgezogenen Augenbrauen.

"Erkennst du sie?", fragte mich flüsternd mein treuer Begleiter aus der Zeitung "Kampuchea", Prom Vichet.

"Nein."

"Das Mädchen da rechts ist Sin Ni und der Junge neben ihr Chap Soar."

Der Tanz war unbeschreiblich elegant, plastisch, graziös. Mich faszinierten Sin Nis feine Hände — sie erinnerten mich an die zarten Flügel eines Märchenvogels.

Tod oder Knechtschaft

Wie ist sie doch unzerstörbar, die menschliche Freude! Die Waisen bereite-

ten diesen noch jungen und nicht mehr jungen Witwen Freude. Das Leben geht weiter.

"In unserer Provinz leben heute 737 500 Menschen. Viel mehr Frauen als Männer. Die Pol-Pot-Banden haben hier 461 000 friedliche Einwohner ermordet." Thong Boret, Sekretär der Provinzorganisation Prey Veng der Revolutionären Volkspartei Kampuchas, nennt diese Zahlen mit gedämpfter Stimme. "Sie haben alle umgebracht, keine gesellschaftliche Gruppe ist dem schrecklichen Schicksal entgangen. Unsere Provinz war stets eine Bastion der nationalen Befreiungsbewegung. Die Faschisten wußten das und ermordeten vor allem Veteranen des Kampfes gegen den französischen Kolonialismus, gegen den US-Imperialismus und gegen dessen hiesige Helfershelfer. Sie brachten ganze Familien, selbst die Säuglinge, um. Sie ermordeten die Lehrer als 'Träger einer fremden Weltanschauung', brannten die Schulen nieder, außer jenen, die sie in Kasernen oder Verliese verwandelten. Sie ermordeten die Arbeiter — Zimmerleute, Bauleute, Schmiede, alle, die materielle Werte, die 'der Revolution fremd waren', schufen. Der Tod ereilte Tausende von Schülern, deren ganze Schuld darin bestand, daß sie gelernt hatten, in ihrer Muttersprache zu lesen und zu schreiben — würden sie ja, älter geworden, das Denken lernen, die 'Revolution' Pol Pots aber brauchte keine denkenden Menschen. Viele Jungen wurden von den Bestien psychisch verkrüppelt. Man zwang sie, zu morden, menschliches Blut gemischt mit Fusel zu trinken und die noch warme Leber der Ermordeten zu essen..."

Als wir im Januar 1979 die Provinz Prey Veng befreiten, bot sich uns ein Bild der völligen Zerstörung und des wirtschaftlichen Chaos. Die Grundlage der Volkswirtschaft war vernichtet: Die Pol-Pot-Banden hatten das Bewässerungssystem, die Stromversorgung, die Nachrichtenverbindungen und die Straßen zerstört; die meisten öffentlichen Gebäude hatten sie gesprengt... Es war, als hätte hier ein Wirbelsturm gewütet. Nein, auch der schlimmste Taifun kann nicht solchen Schaden anrichten. Alles mußte nicht einmal vom Nullpunkt aus, sondern tief darunter, neu begonnen werden. Und wir allein hätten wohl bis heute alle schrecklichen Folgen nicht überwinden können. Die vietnamesischen Brüder, mit denen zusammen ich an der Befreiung Prey Vengs und der Provinz Kompong Cham teilnahm, erfüllten heldenhaft ihre internationalistische Pflicht, halfen, das friedliche Leben wiederherstellen zu lassen. Vietnam, das genug eigene Probleme nach dem langjährigen Krieg gegen die Amerikaner hat, schickte uns Samen. Immense Hilfe leistete uns die Sowjetunion — Nahrungsmittel, Arzneien, Stoffe, Schulhefte, Pumpen für die Reisfelder und Motoren für die Fischerboote. Von großer Bedeutung war auch die Hilfe einiger internationaler

Organisationen. Und so kamen wir allmählich wieder auf die Beine."

Thong Boret erinnert sich daran, daß bereits ein Jahr nach der Befreiung der Hunger in der Provinz überwunden war und sich seitdem die Landwirtschaft, vor allem der Reisanbau, gut entwickelt. Der Zugviehbestand nahm zu. Allerdings war das vergangene Jahr ungünstig — zunächst Dürre und dann Überschwemmungen. Doch die Bauern von Prey Veng haben nicht nur sich ernährt, sondern auch viele Nahrungsmittel, die in noch stärker betroffene Provinzen und an die Front geschickt wurden, an den Staat verkauft.

"Wir vergessen nicht eine Minute, daß an der Grenze zu Thailand noch schwere Kämpfe mit den Banden Pol Pots und seiner Satelliten geführt werden. Sie wären schon seit langem verschwunden, wenn sie nicht von außen ausgehalten würden. Kürzlich haben wir feierlich ein Bataillon unserer Rekruten zur Armee verabschiedet. Wir erhielten bereits Briefe von ihnen — sie kämpfen tapfer und versprechen, daß sie keine Störung unserer friedlichen Arbeit zulassen werden."

Beim Abschied riet mir Thong Boret, unbedingt Dörfer zu besuchen, in denen Gruppen für gegenseitige Hilfe geschaffen wurden.

Solidarität

Die ca. 15 km, die das gleichnamige Zentrum der Provinz von dem Dorf Thnoung trennen, bewältigten wir mühsam in gut einer Stunde. Unser treuer Geländewagen geriet mit seinen Rädern alle fünf bis zehn Meter in einen Bombenkrater. Die Straße hatten Pol-Pot-Banden zerstört. Neben der Straße ein Panzerwrack...

Wir haben das Dorf erreicht. Eine Reihe neuer, aus dicken Bambusröhren und Palmenblättern errichteter Häuser auf Bambuspfehlern — die Häuser müssen hier unbedingt etwa zwei Meter über dem Boden stehen, der in der Regenzeit überflutet ist. Bei der Einfahrt in das Dorf wiederum ein Bambusbogen, diesmal mit der Losung: "Die Gruppe für gegenseitige Hilfe des Dorfes Thnoung hat sich verpflichtet, 1985 das Analphabetentum vollständig zu beseitigen."

Es war Mittag. Die Menschen kamen von Feldern und Gärten nach Hause, um zu essen und die Hitze abzuwarten. Doch als sie erfuhren, daß jemand aus der Sowjetunion gekommen war, versammelten sie alle sich vor der Laubhütte des Vorsitzenden der Gruppe, Sei Kheing.

"Als wir 1979 aus Pol Pots 'Kommunen' zurückkehrten, wollten wir unseren Augen nicht trauen: Statt des Dorfes war nur ein Haufen Ziegelsteine dort zu sehen, wo die Schule und die Pagode standen. Im Schatten jener Bäume da entdeckten wir einige Greise aus dem Dorf. Sie waren am Rande einer Grube am Verhungern. Aus der Grube aber ragten Skelette. Viele Skelette. Einige alte Männer waren

wahnsinnig geworden — derart Entsetzliches hatten sie durchmachen müssen! Anfangs waren wir ratlos: Womit sollten wir beginnen? Sollten wir uns wieder hier ansiedeln oder fortziehen? Wir beschlossen, hier zu bleiben. Das ist unser Boden. In der Stadt wurden uns einige Hacken und Spaten gegeben, und dann auch ein Paar Büffel mit einem Pflug. Für alle zusammen. Zunächst waren wir uneins, welcher Boden zuerst bearbeitet werden sollte. Dann aber vereinbarten wir, daß alle Abschnitte des Reisfeldes

Als wir uns verabschiedeten, trat ein älterer Bauer, Yom On, an mich heran und sagte:

"Bestellen Sie bitte den sowjetischen Brüdern, daß die Solidarität für uns das Wichtigste ist. Unsere Gruppe für gegenseitige Hilfe ist auch Solidarität. Die große Solidarität der Sowjetunion und Vietnams mit uns, sie hat uns gerettet. Sie hilft uns jetzt, ruhig, ohne Angst vor dem Morgen zu leben."

Ich mußte lange über Yom Ons Worte nachdenken. Solidarität. Von diesem



Die Jutefabrik in der Provinz Battambang arbeitet heute wieder auf vollen Touren

dem ganzen Dorf gehören sollten. Doch jede Familie besitzt noch ihren eigenen 1500 qm großen Gemüsegarten. Jemand schlug vor, unsere gemeinsame Wirtschaft als Kommune zu bezeichnen. Doch der wurde fast verprügelt: Hatten ja die Pol-Pot-Banditen so ihre KZs, aus denen wir uns mit Müh und Not gerettet hatten, genannt. Also beschlossen wir, daß bei uns wie überall in Kampuchea eine Gruppe für gegenseitige Hilfe entstehen sollte. Wir arbeiten alle zusammen und teilen die Ernte gerecht. Gemeinsam haben wir die Schule errichtet. Und in den Nachbardörfern läuft alles ebenso. In den 60er Jahren gab es in unserer Umgegend nur sechs Klassen. Unter Pol Pot keine einzige. Jetzt aber haben wir 32 Klassen!"

Die gastfreundlichen Dorfbewohner schenken mir Kokosmilch direkt aus einer riesigen Nuß ein. Sie zeigen mir die gepflegten Gemüsegärten, wo Zwiebeln, Kohl, Salat, Radieschen und Rüben gedeihen, Plantagen von Kokospalmen, Zuckerrohr, Bananen, Papayen, Brotbäumen und die Flächen für die Reissetzlinge.

Wir standen schweigend an einem mit rosa Lilien verwachsenen Teich — das war jene entsetzliche Grube... Die Dorfbewohner hatten die sterblichen Überreste der Ermordeten herausgeholt und daneben ein Podest mit einer Schädelpyramide errichtet. Solche Mahnmale sah ich überall in Kampuchea. Bis heute stehen sie mir vor Augen...

heiligen Prinzip ließ sich das Sowjetvolk vor 40 Jahren leiten, als es mit nie dagewesenen Opfern den Völkern ganz Europas half, sich von der faschistischen Sklaverei zu befreien und die von Hitler geplante Auslöschung ganzer Völker zu verhindern. Aus Solidarität kam die Sowjetunion bereits 1945, als sie erst damit begann, die Kriegswunden zu heilen, der chinesischen wie der vietnamesischen Revolution zu Hilfe. Später dann der kubanischen und der algerischen Revolution... Die Völker der portugiesischen Kolonien, der arabischen Länder, die Völker Afghanistans und Nikaraguas erfuhren den Wert der Solidarität des Sowjetlandes mit ihnen... In den Jahren des heroischen Kampfes gegen die US-Aggressoren beschleunigte die solidarische Unterstützung der sozialistischen Länder den großen Sieg des vietnamesischen Volkes. Und das seinerseits kam sogleich den kampucheanischen Brüdern zu Hilfe. Solidarität!

Heute jammert der imperialistische Westen über die immer neuen Niederlagen, die der Allianz der Feinde des kampucheanischen Volkes unter dem Namen "Demokratisches Kampuchea" durch die kampucheanische Armee und

die vietnamesischen Freiwilligen beigebracht werden. Diese offene Sympathie für "Demokraten", sprich Henker, kommt nicht von ungefähr. Die gleichen "Verteiler der Demokratie" unterhalten Beziehungen "konstruktiver Zusammenarbeit" mit den RSA-Rassisten, pflegen ihre "strategische Allianz" mit den israelischen Aggressoren, die arabische Kinder morden und versorgen die Profikiller in Nikaragua mit Waffen. So sieht ihre "Demokratie" aus. Und alles wird klar, wenn sich die fanatischen Antikommunisten zu den treuesten Freunden, Gesinnungsgenossen und Verteidigern des "Kommunisten" Pol Pot erklären.

Treffen an der Übersetzstelle

Prey Veng ist keine Hafenstadt. Doch sie hat einen langen Kai mit einer Brüstung. Von dort aus sieht man eine grenzenlose Wasserfläche mit vereinzelt Inseln und Palmenkronen.

"Das Wasser kommt in der Regenzeit", sagte mir Cheam Yeap, früher Geschichts- und Geographielehrer, jetzt Vorsitzender des Volksrevolutionskomitees der Provinz Prey Veng. "Dann aber läuft es ab, wobei fruchtbarer Schlamm zurückbleibt. Und das Meer wird zum Feld. Schauen Sie, am Ufer ist schon weniger Wasser." Unser kleiner Motorkutter brauste über das Wasser. Wir fuhren an spitznasigen langen Booten mit einem großen Ruder am Heck vorbei. Cheam Yeap erklärte:

"Hier, von diesem Boot aus, wird ein Netz für große Fische ausgeworfen, von dem da aber werden Garnelen mit besonderen Rechen vom Meeresboden geholt..."

An einem kleinen Küstenabschnitt aber, voller lebensspendendem Naß, wurde bereits gepflügt — starke schwarze Büffel, auf denen barfüßige Jungen thronen, zogen einen Pflug.

Dann wurde die Küste steiler, das Meer führte uns an ein Flößchen, das in den Bassac, einen der großen Nebenflüsse des Mekong, mündet. Das Flößchen erwies sich als gesperrt von einem Tor aus geflochtenem Rohr. Der Motorbootfahrer tutete, vom Ufer sprang ein Junge ins Wasser und öffnete, bis zum Hals im feuchten Naß stehend, die Torflügel.

"Das Dorf heißt Takeo", sagte mein Begleiter. "Hier sind alle Fischer. Und alle sind Mitglieder der Gruppe für gegenseitige Hilfe, der der Staat einen Flußabschnitt überläßt."

Der Vorsitzende der Gruppe, Ponn Vong, berichtete:

"Wir haben 15 Familien und sieben Boote, davon zwei Motorboote, sowie Barken — sie dienen vier Monate im Jahr als Unterkunft, wenn das Hochwasser den Hügel überschwemmt, wo jetzt die Hütten stehen, wo Kartoffeln, Erdnüsse und sogar etwas Reis wachsen. Doch der eigene Reis reicht nicht. Die Gruppe für gegenseitige Hilfe verkauft Fisch zu festen Preisen an den Staat. Die Reisanbaugruppen für

gegenseitige Hilfe kaufen ihn viel billiger als bei Privatleuten: Wir aber kaufen bei ihnen Reis, und ebenfalls nicht teuer. So ist also die Solidarität eine gute Sache."

Bei meiner Reise durch Kampuchea hörte ich wiederholt diese Worte. Von Solidarität sind die Beziehungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, verschiedenen Provinzen, zwischen Stadt und Land, zwischen Volk und Armee durchdrungen, die tapfer und mit immer größerem Erfolg Schulter an Schulter mit den vietnamesischen Freiwilligen gegen die Pol-Pot-Banden an der Westgrenze des Landes kämpfen.

Die Solidarität Vietnams... Vietnamesische Ärzte unterrichten an der Medizinischen Hochschule von Phnom Penh. Vietnamesische Techniker beteiligen sich am Wiederaufbau von Straßen, Industriebetrieben, Krankenhäusern, Schulen...

Was die vietnamesischen Soldaten und Offiziere angeht, so ist ihre Aufgabe klar: die Gefahr einer Rückkehr des Pol-Pot-Mordregimes abzuwehren und dem Volk von Kampuchea dauerhaften, festen Frieden zu garantieren. Das ist ihre internationalistische Pflicht.

... An jenem heißen Mittag warteten wir recht lange auf die Fähre über den Tonle

"Ich stamme aus Hue, doch ich hab schon ganz vergessen, wann ich das letzte Mal zu Hause war."

Der Offizier Lam erwies sich bei näherem Hinsehen als nicht mehr so jung, wie es mir aus der Ferne schien. Er sagte, er sei an die 50, und davon kämpfe er 35 Jahre mit kleineren Unterbrechungen.

"Zunächst gegen die Franzosen. Dann im Süden gegen die Amerikaner. Dann an der Nordgrenze. Jetzt..." er wies mit dem Kopf in Richtung der sich von uns entfernenden Fähre.

"Wie sieht es jetzt dort, an der Grenze zu Thailand, aus?"

"Es wird gekämpft", sagte er ohne Pathos. "Gut gekämpft", fügte er professionell hinzu. "Der Gegner hat es immer schwerer. Einige seiner befestigten Lager haben wir in dieser Trockenzeit eingenommen. Die Banditen sind in Panik. Die einen flüchten nach Thailand, andere, immer mehr, ergeben sich."

"Und wird hier noch lange Krieg geführt werden?"

"Das hängt nicht nur von uns ab", antwortete der Offizier. "Wir würden schon heute gern nach Hause gehen. Offenbar werden wir etappenweise abziehen, wie bislang — ein Teil unserer Einheiten ist bereits in die Heimat zurückgekehrt. Doch alles hängt davon ab, wie bald die kampucheanische Armee erstarken wird..."

"Wie geht's, Sergeant?" rief mein Gesprächspartner einem jungen kampucheanischen Fahrer zu, der seinen schweren LKW am Ufer neben uns abgestellt hatte.

"Alles in Ordnung!" tönte jener. "Sind zur Überfahrt bereit!"

"Das sind Prachtkerle", nahm der vietnamesische Offizier das Gespräch wieder auf. "Sie kämpfen ausgezeichnet — lassen sie ja den Pol-Pot-Abschaum... Noch haben sie nicht solche Kampferfahrungen wie wir. Doch dafür stehen ihnen unsere Erfahrungen zur Verfügung. Ihre Feinde sind auch unsere Feinde... Ich bin kein Diplomat, ich bin Soldat. Mir gefällt es, wenn alles glasklar ist. Schauen Sie, wir schlagen jetzt zusammen mit den Kampucheanern die Pol-Pot-Banden. Doch was sind die Pol-Pot-Leute? Söldner! Wer braucht den Krieg? Wir etwa? Die Kampucheaner? Niemand! Außer jenen, die den Menschen kein ruhiges Leben nach eigener Wahl im eigenen Land gönnen wollen. Pol Pot und seine Komplizen sind zum Scheitern verurteilt. Früher oder später werden sie ihr Ende erleben. Solange das aber noch nicht soweit ist, müssen wir kämpfen. Und das, obwohl wir so gern nach Hause zurück und arbeiten wollen. Ich wurde in der Armee Mechaniker, am liebsten würde ich jetzt Traktoren, nicht aber Panzer reparieren..."

Lam verabschiedete sich, setzte sich an das Steuer eines erbeuteten amerikanischen Jeeps und fuhr nach den letzten drei LKWs auf die Fähre. Ich winkte ihm nach.



In einer Hauptstraße von Phnom Penh

Fotos: TASS

Sap, einen Nebenfluß des Mekong. Am Ufer waren viele Menschen — Fußgänger, mit Fahr- und Motorrädern, in Bussen. Niemand wurde auf die Fähre gelassen: Zuerst sollte eine Kolonne schwerer LKWs mit Munitionskisten übergesetzt werden. Die Kolonne rollte nach Westen. In der Fahrerkabine jedes LKWs saß ein kampucheanischer Soldat am Steuer, neben ihm ein vietnamesischer.

Ein vietnamesischer Offizier, der Leiter der Kolonne, dirigierte noch drei weitere LKWs auf die Fähre. Unter ihrer Last sackte sie spürbar ab und kämpfte sich langsam über den Fluß, gegen die Strömung durch. Ich trat an den Offizier, stellte mich vor.

"Sie sind aus Moskau, Genosse?"

"Ja, und Sie woher?"

"NEUE ZEIT" 16.85

NZ

KOMMENTAR

VON LIBANON ZU SUDAN

Vermeiden wir das Herumräteln, wozu der Militärputsch führen wird, der nach dem Ausbruch des Volkszorns gegen das proamerikanische Regime Nimeiri in Sudan erfolgte. Klar ist nur, daß hier erneut das alte Paradox auftritt: Je beharrlicher Washington seine Präsenz im Nahen Osten betreibt, desto unsicherer werden seine dortigen Positionen. Wozu brauchte Washington Sudan! Natürlich nicht, um dessen hungernde Bewohner zu ernähren, die sich gegen die Forderungen des von den USA kontrollierten Internationalen Währungsfonds empörten, ihren ohnehin niedrigen Lebensstandard noch zu senken. Doch Sudan ist nicht nur ein Objekt der Ausbeutung. Wichtig ist auch, daß dieses große Land für das Pentagon einen potentiellen strategischen Vorposten in der arabischen Welt und in Tropisch-Afrika darstellt.

Erinnern die jetzigen Vorgänge in Sudan nicht sehr an das, was vor 6 Jahren in Iran und danach in anderen Formen in Libanon geschah! Es ist klar, daß die antiamerikanischen Stimmungen in der gesamten arabischen Welt von der israelischen Aggression gegen Libanon geschürt wurden. Anders kann es auch nicht sein, wenn die USA sogar so eindeutig widerrechtliche Aktionen des Aggressors unterstützen, wie die kürzliche Verschleppung von 1200 Häftlingen des südlibanesischen Lagers Ansar nach Israel.

Müssen die arabischen Völker und alle Moslems sich über eine derartige Linie nicht empören! Müssen sie nicht begreifen, daß der US-Imperialismus ihr ständiger Gegner ist, so sehr er sich auch als Beschützer des Islam ausgibt! Unter Berücksichtigung seiner Niederlage in Iran, wo es sich dem moslemischen "Fundamentalismus" entgegenstellte, setzt Washington jetzt auf solche Regimes, die eine "Islamisierung" des Lebens vornehmen. Auf das pakistanische Regime Zia ul-Haq und auf das Regime Nimeiri. Die Hinwendung zum Mittelalter scheint die letzte "Weisheit" der USA in der islamischen Welt zu sein. In Sudan schlägt es bereits nicht mehr an. "Die Bevölkerung des Landes zeigte starke Unzufriedenheit über die Einführung der harten moslemischen Gesetze", meldete ein BBC-Korrespondent.

Kein Zweifel, daß Washington seine Position in Sudan zu regenerieren versuchen wird. Doch darf man annehmen, daß der Prozeß, der die dortige Explosion auslöste, nicht in diesem Land haltmacht.

D. WOLSKI

ULTIMATIVINITIATIVE

Eigentlich hat man immer geglaubt, Friedensinitiative und Ultimatum seien zwei linke Schuhe. Die am 4. April mit großem Pomp vom Weißen Haus ausposaunte "Friedensinitiative" Präsident Reagans aber läßt sich wahrhaftig nur als Ultimatum bezeichnen. Daher wurde sie von der Regierung Nikaraguas auch zurückgewiesen.

Was die US-Blätter zu der Initiative zu sagen haben, sieht so aus: Der Präsident hat Managua mit seiner Aufforderung zur Feuer-einstellung bis zum 1. Juni und zur Aufnahme von Friedensverhandlungen mit der bewaffneten Konterrevolution die Fehde angesagt. Gleichzeitig verlangt er vom Kongreß unverzüglich 14 Mio Dollar als "humanitäre Hilfe" für die Contras. Wenn die Sandinisten innerhalb von 60 Tagen "keinen Geist der Zusammenarbeit erkennen lassen", im Klärtext, wenn sie vor dem Diktat nicht kapitulieren, werden diese Millionen in Waffen für die Contras gesteckt, präzisiert das Weiße Haus. Die Reagan-Administration, resümiert Kommentator Lewis, stellt Managua also das Ultimatum: "Wir liefern euren Feinden keine Waffen mehr, wenn ihr mit ihnen Kapitulationsverhandlungen aufnehmt."

Wie denkt sich Washington nun den "Geist der Zusammenarbeit", den die sandinistische Regierung vorweisen soll? Man spekuliert darauf, daß Neuwahlen unter Einbeziehung der in Nikaragua wütenden Banditen (Lesart des Weißen Hauses: "Freiheitskämpfer") abgehalten, die Gesellschaftsordnung umfunktioniert, die revolutionären Streitkräfte reduziert, die freundschaftlichen Beziehungen zu Kuba, zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern abgebrochen werden. Weiß Gott, nicht viel...

An diesen Vorschlägen ist nichts neu. Die Amerikaner haben sie bereits früher bei den dann von Washington einseitig abgebrochenen Verhandlungen mit den Sandinisten in der mexikanischen Stadt Manzanillo vorgebracht. Daß man sie jetzt wieder hervorzoht, liegt daran, daß die republikanischen Kongreßabgeordneten Reagan gewarnt hatten, die für die Contras geforderten Millionen würden vom Repräsentantenhaus blockiert. Der Kongreß hatte dieses Ersuchen bereits viermal abgewiesen.

Daher also hat man in den Politlabors des Weißen Hauses diese "diplomatische Formel" zur Lösung des Nikaragua-Problems

zusammengebraut. Da die Administration nichts wirklich Neues anzubieten gewillt ist, hat man sich auf archivierte Vorschläge beschränkt, in der Hoffnung, sie würden vom Kongreß geschluckt. Die "Washington Post" schrieb dazu: "Präsident Reagans politische Initiative für Nikaragua ist im Grunde der Plan, Frieden mit dem Kongreß, nicht aber mit Nikaragua zu machen."

Pikanterweise hat Reagan seine Pseudofriedensinitiative kurz vor der auf den 11. und 12. April angesetzten Begegnung zwischen der Contadora-Gruppe, die sich unmittelbar mit der Beilegung der Konflikte in Mittelamerika befaßt, und Vertretern Nikaraguas, Honduras', El Salvadors, Guatemalas und Kostarikas, vom Zaune gebrochen. Der Hintergedanke: man wollte die Staaten der Contadora-Gruppe überzeugen, Nikaraguas Unzugänglichkeit verhindere den Frieden in der Region.

US-Journalisten ließen wissen: Wenn die zusätzlichen Dollarmillionen für die Contras beim Kongreß in der "neuen diplomatischen Verpackung" beantragt werden, werde sich der Präsident des Begriffs "Militärhilfe" enthalten. Wen im Kapital aber kann diese Wortequilibristik täuschen? Nur Leute, die getäuscht werden wollen.

A. WLADIMIROW

ALLES G

Als ein israelischer Pressemitarbeiter des CBS hatte, war die Empörung. Die CBS-Leitung bezeichnete ihn als "unprovokiert" auf Zeugenaussagen bei Marina Jacquemin hatte erkannt, daß wir Journalisten und interviewten, aber

CBS-Präsident Joyce Rich israelischen Ministerpräsident. "Wir sind enttäuscht durch Journalisten, die Augen nicht auf die Realität haben. Nun wäre es naiv zu glauben, daß sie ernst genommen werden. Nicht von Fernsehgesellschaften. Eine Führung gemacht wird, und die Führung haben sich selbst bewiesen. Bei dem Überfall auf Israel über 30 US-Bürger. Aviv floß dennoch weiter. Eine finanziellen Entscheidung.

Auch diesmal ist Israel. CBS hat jedenfalls zurückgezogen. Zweifelte nach einer persönlichen Zeugenaussagen an und von einem "zufälligen Unfall".

Das genügte Tel Aviv. Es werde nicht fortgesetzt. Man weiß auch ja ohnehin. Hätschelkind des Weißen Hauses.

KEIN LADEN UNTER DER SONNE

Kalifornien, Sonne, Meer, Strand, Palmen, gebräunte Girls. Und ein Laden, vielleicht auch ein kleiner, aber einkömmlicher, damit's für ein gutes Leben reicht.

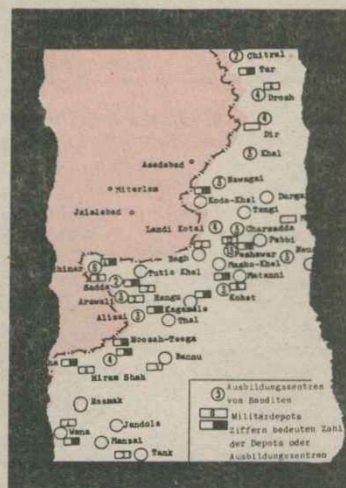
Dieser Traum schien Mahmud, Mitglied einer der antiafghanischen Banden in Pakistan, ganz real. Er hatte sich gerade von amerikanischen Instruktoren in einem Lager bei Peshawar in Diversionstrainingen lassen. Nun hoffte er, man werde ihn unter die 50 "Befähigten" einreihen, die die CIA zum weiteren Drill auf Stützpunkte in Kalifornien und Texas schicken wollte. Dort angekommen, hätte Mahmud seine riskante Beschäftigung aufgeben und wäre US-Bürger geworden. Er war sich ganz sicher: Amerika wartete geradezu auf ihn, denn er wußte, wie

liebevoll der Präsident der USA von den Konterrevolutionären redet und hatte mit eigenen Ohren gehört, daß der Außenminister den "Mujaheddin" versicherte: "Wir sind mit euch, ich bin einer von euch."

Wenn Mahmud erstmals einer von ihnen geworden wäre, hätte sich auch der Laden gefunden. Das Dumme war nur, daß der amerikanische Weg von Life und der Handel nicht nur Mahmud verlockten. Für die vorgesehenen 50 Plätze fanden sich Hunderte Anwärter. Daher beschlossen die "Mujaheddin"

Lager der afghanischen Konterrevolution in Pakistan: ständige Querelen.

Karte aus dem "Weißbuch" des DRA-Außenministeriums



den W...
den. D...
Amerik...
gesetz...
März —
Peshaw...
sation...
Anwärter...
Vier g...
Flamme...
Stadt...
minus...
Den...
Weltbe...
kaliforn...
dem di...
gese vo...
kende...
Mahl tr...
voran h...
Der I...
mud In...

T

üdlibanon zwei libane-
BS-Büros abgeschossen
sellschaft zunächst groß.
Aord an den Korrespon-
ätzlich", wobei sie sich
französische Journalistin
otokoll gegeben: "Sie
aren, wir fotografierten
esen bewußt auf uns."
ar ein Schreiben an den
eres, in dem es hieß:
sie die Aussagen der
aren, ignoriert haben."
er Protest sei in Tel Aviv
uß man, daß die Politik
onden von der Regie-
patien für die israelische
ganz anderen Dingen
gypten 1967 hatten die
Amerikas Hilfe an Tel
gton begnügte sich mit

ssiert. Die aufgebrachte
hr Vizepräsident Leiser
egegnung mit Peres die
e die israelische Version

urung, die Untersuchung
st abgeschlossen. Aber
suchung, daß für das
alles geht.

M. OSSOKIN

selbst herauszufinde
alles von den
orbene Wissen ein-
st — es war Mitte
e eine Bombe im
quartier der Organi-
Hekmatians. Sechs
amit von der Bühne.
e Läden gingen in
krachte es in der
ah. Weitere sechs

kt erreichte der
den Laden an der
ne an jenem Tag, an
enden Gruppierung-
zugestellte starkwir-
setzten. Nach dem
Mann mit den Beinen

Ladenschild "Mah-
sgeträumt. L. JELIN

GEWERKSCHAFT IM ABSEITS

Der Versuch der Arbeiter des südkoreanischen Textilwerks "Daewoo Apparel", eine Gewerkschaft ins Leben zu rufen, ähnelte eher einem Hindernislauf. Zu überwinden waren krumme Gesetze und der offene Widerstand der Firmenchefs. Schließlich schienen die Textilarbeiter aber am Finish zu sein: Der Arbeitsminister Südkoreas registrierte die neue Gewerkschaft.

Damit fand das Gerangel jedoch kein Ende. Die Firmenleitung verweigerte dem Be-

schluß kategorisch ihre Anerkennung. Daraufhin veranstalteten die Arbeiter einen Sitzstreik im Gebäude des Landesverbandes der Textilgewerkschaften. Die Manager nahmen die Herausforderung an und umstellten das Gebäude mit ihren Leuten.

Die weitere Entwicklung verlief so: Die Firmeninhaber entdeckten plötzlich ihre ungezügelte Liebe zum Sport. Schleunigst wurden die besten "Sportler" ausgewählt und eine eigene "Fußballmannschaft" aufgestellt. "Unsere Fußballer sind kräftige Burschen und einige von ihnen überhaupt wilde Boys", prahlte der Gene-

raldirektor der "Daewoo Apparel", Kim Yung Hak.

Das Team besteht tatsächlich ausschließlich aus "Stürmern". Die "Fußballer" kickten keine Bälle, sondern vergriffen sich in dunklen Ecken an Gewerkschaftsaktivisten. Da das "Spiel" nach den Regeln der Firmenchefs ausgefragt wurde, brauchten die "Sportler" weder Pfliffe von Schiedsrichtern noch von Polizisten zu fürchten. Bereits nach der ersten "Halbzeit" waren fünf Arbeiter krankenhausreif. Das ist in Südkorea der Preis für das Recht der gewerkschaftlichen Vereinigung.

W. KSEININ

FASCHISMUS STECKT AN

"Ist Le Pen ansteckend?" interessierte sich ein Pariser Magazin vor einigen Monaten, kam aber zu dem tröstlichen Schluß: Nicht sehr. Man solle also dieser Witzblattfigur, dem Chef der Nationalen Front, nicht zu viel Bedeutung schenken. Er sei eine zum Aussterben verurteilte Erscheinung, denn die Predigten von Rassenhaß, zoologischem Antikommunismus und ähnlichen faschistischen "Idealen" würden sich über kurz oder lang totlaufen.

Seither konnten sich die Franzosen mehrfach dafür überzeugen, daß das eine irrtümliche Prognose war. Die schwarze Chronik der letzten Tage ist ein neuer Beweis dafür.

Am 29. März überfielen drei Rassisten auf dem Bahnhof der Stadt Clermont-Ferrand den von der Insel Reunion stammenden Robert Pascal, der auf Arbeitssuche nach Frankreich gekommen war. Sie rissen ihm die Kleider herunter, übergossen ihn mit Spirit und zündeten ihn an. Ob Robert überlebt ist unbekannt.

Am gleichen Tag explodierte im Pariser Filmtheater "Rivoli-Beaubourg" bei der Vorführung eines Films über die Verbrechen des Nazi-Mordgesellen Eichmann eine Bombe.

In der Nacht zum 31. März wartete der 18jährige algerische Arbeiter Nouredine Hassan Daoudji in Miramas, Department Bouches-du-Rhone, an einer Haltestelle auf seinen Bus. Da bremste ein mit zwei Mann besetzter PKW. Nouredine wurde herbeigerufen und erschossen. In dieser Nacht erschienen an vielen Mauern von Miramas Plakate mit dem Aufruf: "Kommt zu Le Pen".

Wenige Tage vorher hatten in Menton zwei Terroristen, von denen einer aktives Mitglied der Le-Pen-Partei ist, den Marokkaner Aziz Madak umgebracht.

Das demokratische Frankreich reagierte auf diese Verbrechen mit machtvollen antifaschistischen Demonstrationen, in deren vordersten Reihen Kommunisten marschierten. Wieder meldete sich entschlossen die Bewegung "SOS-Racisme". Die Franzosen dachten noch einmal sehr gründlich über die Gefahr nach, die ein Vordringen der Neofaschisten um Le Pen, dessen braunen Ruhm die Massenmedien in jüngster Zeit hochjubeln, auf die



Sternbild am schwarzen Himmel: Le Pen, das Keltenkreuz, das seiner Partei das Hakenkreuz ersetzt, das ungeschminkte Hakenkreuz und die Apartheid. Auf der Erde der gewöhnliche Rassismus.

Zeichnung aus: "Humanité" (Frankreich)

politische Szene bedeutet. Die heutige Antwort auf die Frage: "Ist Le Pen ansteckend?" liegt in der folgenden Entschlüsselung der Bezeichnung Nationale Front — NF: N = Nazismus, F = Faschismus.

W. CHROMOW

LATEINAMERIKA. NEUE WELLE

Mit Dr. sc. Sergo MIKOJAN, Mitglied des Präsidiums des Sowjetischen Solidaritätskomitees für die Völker Lateinamerikas, Chefredakteur der wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Zeitschrift "Latinskaja Amerika", sprach unser Kommentator Alexander Baryschew



NZ: Dr. Mikojan, wir interessieren uns für Ihre Einschätzung der grundlegenden sozialen und politischen Prozesse in Lateinamerika. Für 1984 ist ebenfalls eine Aktivierung der außenpolitischen Tätigkeit einiger Länder der Region charakteristisch.

Was ist Ihrer Meinung nach für diese Prozesse am bezeichnendsten? Kann man schon heute von einer "bipolaren" westlichen Hemisphäre sprechen angesichts der zunehmenden Widersprüche zwischen den USA als führender imperialistischer Macht und ihren südlichen Nachbarn?

Von einer "Bipolarität" in der westlichen Hemisphäre kann man wohl kaum sprechen. Die Einheit der Länder Lateinamerikas, von der Simon Bolívar träumte, ist immer noch nicht erreicht. Deshalb ist ein zweiter Pol einstweilen noch nicht erkennbar. Einige wichtige gemeinsame Interessen tragen tatsächlich zur Herausbildung einer gemeinsamen Haltung in einer Reihe von Fragen bei, doch leider gibt es auch viele Differenzen. Wenn man von den Interessen spricht, so drängen einige von ihnen zu einer gemeinsamen Haltung, andere aber zum Versöhnertum mit dem amerikanischen Imperialismus. Hier sei daran erinnert, von wessen Interessen wir hier sprechen. Die Politik eines Staates wird von den Interessen der herrschenden Klassen oder Gruppierungen bestimmt. So sind die Interessen der Oligarchien in El Salvador, Guatemala und Honduras, diesem Konglomerat von Großgrundbesitzern, korrumpierten Militärs und der Großbourgeoisie, in vielem ähnlich, doch keineswegs decken sie sich mit den Interessen, die die Regierungen von Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Argentinien vertreten. Andere derartige Beispiele ließen sich nennen. Andererseits verlangen die ökonomischen Faktoren im Rahmen der Nord-Süd-Beziehungen einen gemeinsamen Kampf gegen die Auslandsverschuldung, gegen den Kapital- und Profitabfluß sowie den ungleichen Handel. Doch leider gelingt es dem Imperialismus selbst in diesen Fragen nicht selten, die Front seiner Partner durch zweiseitige Verhandlungen, bei denen manchen von ihnen besondere, angeblich vorteilhaftere Bedingungen versprochen werden, zu spalten. In Wirklichkeit aber sind sie alle die Verlierer, nur der "Patron" gewinnt.

Zugleich sei betont, daß die Zeiten der Klientelstaaten der Vergangenheit angehören. Zwar gibt es noch einige georgische Marionetten à la Duarte in El Salvador oder wie die Militärclique in Honduras. Doch insgesamt hat sich die politische Karte der westlichen Hemisphäre grundlegend geändert — und das ganz offensichtlich nicht zugunsten der USA.

Eben deshalb ist heute eine interessante Erscheinung zu beobachten: Washington versucht verzweifelt, die "Einheit" innerhalb der westlichen Hemisphäre wiederherzustellen, die Nachbarn im Süden von der Gemeinsamkeit der politischen und ökonomischen Interessen und Ziele für die Staaten und Völker des Kontinents und die herrschenden Kreise der USA zu überzeugen. Doch wer nimmt dem Wolf im Schafspelz schon seine Friedfertigkeit ab?

NZ: Eine große Rolle bei der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und ihren lateinamerikanischen Verbündeten spielte der faktische Verrat der Reagan-Administration an Argentinien während des britisch-argentinischen Krieges um die Falklandinseln (Malwinen). Welchen Einfluß hat heute der Falkland-Faktor auf diese Beziehungen?

Der unmittelbare Schock durch den Verrat ist heute natürlich vorüber. Offenbar deshalb kann man bisweilen selbstzufriedene Kommentare dazu in der amerikanischen Presse lesen. Doch vergeblich meint man, der Sturm, der vom April bis Juni 1982 über den Kontinent brauste, habe keinerlei Spuren hinterlassen. Im Gegenteil wurde das "nicht verstummende Echo der Malwinen" zu einem ständigen Faktor, der die Mentalität der Staatsmänner dieser Region beeinflusst. Haben sie ja ein für allemal verstanden, wie wenig ihre Interessen für die USA bedeuten, was die Berge von Papier und die verbalen Beteuerungen zum "Panamerikanismus", zur "Schicksalsgemeinschaft der westlichen Hemisphäre" in Wirklichkeit wert sind. Manche ziehen Schlußfolgerungen in ihrer konkreten Politik. So meine ich, daß die Bildung der Contadora-Gruppe gekennzeichnet ist durch ein Scheitern der Illusionen, daß die USA eine gewisse moralische Schwelle nicht überschreiten könnten und vor etwas Halt machen würden, was ihre Verbünde-

ten aus dem Vertrag von Rio de Janeiro einmütig nicht gutheißen.

NZ: Natürlich mußten sich all diese zunehmenden Differenzen auch auf die Tätigkeit der Organisation amerikanischer Staaten auswirken. Noch vor kurzem wurde die OAS zurecht als "Kolonialministerium der USA" bezeichnet. Doch die jüngsten Tagungen der Generalversammlung dieser Organisation, insbesondere im Oktober v. J., geben schon kaum Anlaß, die OAS, in der Washington faktisch ständig auf der Anklagebank sitzt, so zu etikettieren. Und ist nicht deshalb auch ein gewisser Rückgang des Interesses der USA an der OAS zu verzeichnen? Wie real sind dann angesichts solcher Tendenzen, die auch früher schon vorgelegten Pläne für die Schaffung einer lateinamerikanischen OAS, d. h. einer OAS ohne die USA?

Ich stimme Ihrer Feststellung zu, daß die OAS schon nicht mehr an ein "Kolonialministerium" erinnert. Ich besuchte das OAS-Gebäude in Washington. Der mich begleitende Beamte wies auf den leerstehenden Sessel der Republik Kuba im Tagungssaal und sagte dann: "Wir hoffen, daß er einst erneut von einem Vertreter dieses Landes eingenommen wird." Was meinte er? Ich fürchte, nicht eine Veränderung der Organisation, sondern eine Veränderung Kubas. Und vielleicht hoffte er, die US-Marineinfanterie könne zu dieser "Veränderung" beitragen? Unterdes ist Washington auch mit der Stimmabgabe einiger anderer OAS-Staaten nicht immer zufrieden. Ja, die USA waren bei Debatten in dieser Organisation bereits wiederholt weitgehend isoliert. Ich will nur drei Fälle nennen: Im Juni 1979 lehnte die OAS die Forderung des State Department ab, zu versuchen, durch den Einsatz "interamerikanischer Streitkräfte" den Sieg der Sandinisten in Nicaragua zu verhindern; 1982 verurteilte sie die USA im Zusammenhang mit der Krise um die Falklandinseln (Malwinen); im Herbst 1983 sprach sich die OAS eindeutig gegen die Intervention der US-Streitkräfte in Grenada aus.

Was die Schaffung einer OAS ohne die USA angeht, so ist gerade das Bolívars Gedanke. Er träumte sogar von einer Föderation. Der wichtigste Schritt in diese Richtung war die Schaffung des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems (1975). Dieser Schritt erfolgte gerade in einem Bereich, wo sich die Interessen aller Länder der Region decken. Doch diese Organisation koordiniert immer noch nicht wie geplant die Außenwirtschaftspolitik der Mitgliedsländer. Der Grund ist immer der gleiche — ihre ökonomische Abhängigkeit von den USA.

Insgesamt, meine ich, ist es wohl verfrüht, davon zu sprechen, daß der Sessel der USA im OAS-Tagungssaal

endgültig zur Anklagebank wird. Folglich ist in nächster Zukunft auch kaum die Schaffung einer OAS ohne die USA zu erwarten.

NZ: Einige amerikanische Forscher, die die heutige Krise des interamerikanischen Systems analysieren, behaupten, anstelle der früheren "Solidarität der Hemisphäre" bilde sich ein Vakuum, das sich außerkontinentale Mächte zunutze machen, die es als eine Art "Einladung" betrachteten. Angespielt wird damit natürlich auf die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder, und verbunden wird das mit der globalen Blockstrategie. Was ist Ihre Meinung dazu? Ist die Monroedoktrin heute kein Werkzeug der USA-Politik in der westlichen Hemisphäre mehr?

Die Behauptungen der westlichen Propaganda von einem "Vakuum" sind für die Staaten Lateinamerikas beleidigend. Sie zeigen die Verachtung, die sich bei einigen Politologen der USA gegenüber den Ländern festgesetzt hat, die keine Mächte mit starkem Militär- und Wirtschaftspotential sind. Die Praxis der internationalen Beziehungen in den letzten Jahrzehnten zeigt, daß eine solche Haltung weniger die Wirklichkeit zum Ausdruck bringt als vielmehr die Begrenztheit des eigenen imperialen Denkens. Nehmen Sie das zunehmende internationale Ansehen Kubas unmittelbar nach der Revolution, seinen Weg von einem Objekt der Politik in ein angesehenes Mitglied der Völkergemeinschaft. Nehmen Sie das kleine Panama in den Jahren des Kampfes für eine Revision des Kanal-Vertrages. Hat etwa Omar Torrijos eine starke Armee aufgestellt? Er stützte sich nur auf den Enthusiasmus des Volkes, machte ihm Mut. Nehmen Sie Peru zu Zeiten von Velazco Alvarado — wie stiegen das Ansehen, der internationale Einfluß des Landes, als es sich für eine eigenständige Politik entschied, als der Patriotismus zur Grundlage der Innen- und Außenpolitik wurde! Und schließlich ist das revolutionäre Nicaragua stark nicht durch sein Militär- und Wirtschaftspotential, sondern durch seine Entschlossenheit, die Unabhängigkeit zu verteidigen. Nicaragua braucht die Armee nur zur Verteidigung.

Was die globale Blockstrategie angeht, so soll sie den skrupellosen Druck auf kleine, erbarmungslos ausgebeutete Länder des Kontinents rechtfertigen, um der imperialen Politik in den Augen der westlichen Spießbürger ein größeres Gewicht zu geben.

Und schließlich zur Monroedoktrin. Gehört sie endgültig der Vergangenheit an? Das hängt vom Betrachter ab. Real ist sie natürlich seit langem tot. Doch für einige halstarrige und beschränkte Politiker ist sie Objekt für Wiederbelebungsversuche.

NZ: Die wohl deutlichsten Differenzen zwischen den USA und Lateinamerika traten auf der OAS-Generalversammlung in Brasilia zutage, als die Lage in Mittelamerika erörtert wurde, und bei der anschließenden Entwicklung der Krise in der Region. Man kann konstatieren, daß

die strategischen Aufgaben, die sich Washington in der Region setzt, auf folgendes hinauslaufen: dem Regime El Salvadors umfassende Militär- und Wirtschaftshilfe zu leisten, um einen Sieg der patriotischen Kräfte zu verhindern und dem Regime einen "konstitutionellen" Anstrich zu geben, Honduras in ein militärisches Aufmarschgebiet für eine Intervention in Nicaragua und in El Salvador zu verwandeln und Maßnahmen zu einer solchen "Destabilisierung" der Regierung Nikaraguas zu ergreifen, die zu deren Ablösung durch ein proamerikanisches Regime führen würde. Was hiervon ist Ihrer Meinung nach der jetzigen US-Administration gelungen und was nicht?

Einstweilen ist ihr das gelungen, was von ihr selbst abhängt: dem Regime El Salvadors zu helfen, Honduras in ein Aufmarschgebiet zu verwandeln und weitere Wahlen in El Salvador durchzuführen. Der Einzugs Duarte in den Präsidentenpalast im Ergebnis dieser Wahlen wurde als "Beweis" der Legitimität und sogar der Demokratisierung des Regimes in El Salvador benutzt.

Der US-Administration gelang das nicht, was ihre Kräfte überforderte: die revolutionäre Regierung Nikaraguas auszuwechseln. Übrigens war das, was Sie sagen, allen seit langem klar. Doch die Administration stritt das ab. Sie behauptete, alle antinikaraguanischen Handlungen erklärten sich aus dem Streben heraus, die "Aggression", mit der Nicaragua seine Nachbarn angeblich bedrohe, zu unterbinden. Es war merkwürdig, derartige phantastische Beschuldigungen zu lesen, ja sie sogar von Leuten zu hören, die, obwohl nicht dumm, allen Ernstes derartiges behaupteten. Was soll man da sagen — sie erfüllten eben ihre dienstliche Pflicht so, wie sie diese verstanden. Noch ein weiteres Argument wurde benutzt — Managua sollte gezwungen werden, die Unterstützung für die Partisanen in El Salvador einzustellen. Doch erst am 22. Februar erklärte Präsident Reagan selbst in aller Öffentlichkeit, die Regierung Nikaraguas passe dem Weißen Haus eben nicht. Sie sei "marxistisch" und stifte Unruhe, weil sie die Führungsrolle von Onkel Sam nicht anerkennt. Und deshalb müsse diese Regierung ausgewechselt werden. Sehen Sie, wie einfach alles ist! Ihm gefällt die Regierung eines anderen Landes nicht, und folglich müssen die USA Maßnahmen ergreifen, um sie auszuwechseln. Natürlich bringt das die Kongreßabgeordneten in eine ziemliche Zwickmühle: Das eine ist es, Geld zur Verteidigung gegen das entsetzliche und den Nachbarn solche Furcht einflößende Nicaragua zu geben, und etwas anderes, offen Summen für den gewaltsamen Umsturz der Regierung eines unabhängigen Staates bereitzustellen.

NZ: Die amerikanische Gesetzgebung verbietet die Bewilligung von Geldern für derartige Zwecke. Wie wird sich das Weiße Haus da aus der Klemme ziehen?

Bedauerlicherweise schafft die Gesetzgebung der USA kein unüber-

windliches Hindernis. Vor allem ist dabei zu berücksichtigen, daß der US-Präsident im Grunde Vollmachten wie ein Monarch hat — ich denke da an die Monarchen des 18. und 19. Jh., denn die heutigen Monarchen repräsentieren meist mehr, als sie regieren. Nicht von ungefähr sollte George Washington gekrönt werden. Klugerweise lehnte er ab, doch gerade in einer solchen Atmosphäre wurden damals die Vollmachten des Präsidenten festgelegt. Was vermag der Kongreß? Im Grunde kann er nur Bewilligungen verweigern. Sie sagen, das ist nicht wenig. Ich bin damit nicht einverstanden. Ein Beispiel. Nachdem der Kongreß im Juni 1984 die Finanzierung der nikaraguanischen Contras verweigert hatte, wurden hierfür 10 Mio Dollar von Privatfirmen "gespendet". Und die Geheimfonds der CIA? Und die Hilfe seitens Israels? Überdies bestätigen die Erfahrungen der Grenada-Invasion, daß der Präsident einen Krieg beginnen kann, indem er den Kongreß vor vollendete Tatsachen stellt.

Heute stehen in Honduras, an der Grenze zu Nicaragua, rund 7000 GIs. Sie halten Dauermanöver zusammen mit der honduranischen Armee ab. In einer solchen Atmosphäre ist es nicht schwer, eine Provokation zu verüben. Erinnern Sie sich, wie Hitler 1939 den Grenzzwischenfall mit Polen inszenierte, wobei er Warschau der Aggression bezichtigte und den Krieg begann. Das ist eine bewährte Methode der Geschichte. Was soll der Kongreß tun, wenn er vor das Dilemma gestellt wird, dem Präsidenten das Mißtrauen auszusprechen oder aber für einen bereits entfesselten Krieg zu stimmen? Vergessen Sie nicht, daß der Kongreß schließlich keineswegs nur aus ihrem Gewissen verpflichteten Humanisten, die das Völkerrecht respektieren, besteht. Solche Kongreßabgeordneten müssen eher mit der Lupe gesucht werden.

Schlußfolgerung: Das Weiße Haus wird weniger von der Lage im Kongreß als viel mehr von den Aussichten eines Abenteuers in Nicaragua zurückgehalten. Worauf kann es sich verlassen? Auf die honduranische Armee? Sie hat die stärksten Luftstreitkräfte auf dem Isthmus, doch ihre Kampffähigkeit zu Lande ist überaus fraglich. Und die Somozistas? Die sandinistische Armee schlug sie 1979, unter viel schwereren Bedingungen als heute. Die Armeen von El Salvador und Guatemala sind vollauf damit beschäftigt, in ihrem Land die Guerillabewegungen zu unterdrücken. Übrigens zweifle ich keinen Augenblick daran, daß Washington, würden die Regierungstruppen in den beiden Ländern morgen einen Sieg erringen, diese übermorgen mit Honduras für einen "Kreuzzug" gegen Nicaragua vereinen würde. Zudem ohne irgendeine Erlaubnis des Kongresses!

NZ: Vielleicht ist das der eigentliche Grund der Forderungen an Nicaragua, sich von den Guerillabewegungen zu distanzieren, der falschen Versprechen, gegen solchen Gehorsam die Unterstüt-

zung für die Somozistas einzustellen! Wird ja im Grunde von Nicaragua verlangt, den USA zu helfen, optimale Bedingungen für die eigene Erdrosselung zu schaffen.

Genau so ist es. Und darauf kann Managua nur eine Antwort geben — die eigene Verteidigung zu festigen und das ganze Volk zu bewaffnen. Das Weiße Haus steht vor der Alternative, entweder die "Destabilisierung" mit den derzeitigen Methoden fortzusetzen oder die eigenen Streitkräfte einzusetzen. Die Sandinisten haben bereits wiederholt erklärt, eine Aggression von Honduras oder den USA werde sie zwingen, den Volkskrieg zu erklären. In einem solchen Krieg würde die Internationalisierung des Konflikts ihrem logischen Höhepunkt entgegensteuern — sie würde über die Staatsgrenzen der Länder Mittelamerikas hinwegschwappen. Als Antwort auf den "Kreuzzug" werden die Guerilleros und die revolutionären Verbände ihre Anstrengungen in der gesamten Region vereinen. Hier drängt sich eine Analogie zu Vietnam geradezu auf. Eben diese Aussicht stoppt Washington.

Das Weiße Haus rechnet sich offenbar verstärkt Chancen und Gegenchancen am Computer aus. Damit beschäftigen sich auch das Pentagon, das State Department und die CIA. Leider sind die USA nicht gewohnt, solche Faktoren wie Heldentum, Selbstaufopferung und die Entschlossenheit eines ganzen Volkes zu berücksichtigen.

NZ: Die Contadora-Gruppe besteht schon zwei Jahre. Die Beobachter schätzen die Ergebnisse ihrer Tätigkeit unterschiedlich ein. Die einen meinen, daß die Gruppe auf der Stelle trete und in eine "diplomatische Sackgasse" geraten ist, ja es wird sogar von ihrem "politischen Tod" gesprochen. Andere sind optimistischer gestimmt. Offenbar gehen letztere davon aus, daß die Contadora-Gruppe trotz aller Schwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert wird, dazu beiträgt, den Prozeß aufzuhalten, der zu einem Krieg in der Region führt, und die Spannungen abzubauen, zumindest war es so in der angespannten Lage Ende 1982 — damals spielte die Tätigkeit der Contadora-Gruppe eine bedeutende positive Rolle. Wie würden sie die Aussichten des Contadora-Prozesses auf dessen jetziger Entwicklungsetappe einschätzen?

Ich stimme voll und ganz dem positiven Urteil über die Contadora-Gruppe zu. Doch in letzter Zeit werden ihre Anstrengungen von Washington torpediert — zu heuchlerischen Beteuerungen, man unterstütze und billige ihre Initiativen. Auf Betreiben der USA weigerte sich Kostarika im Februar d. J., an der turnusmäßigen Tagung der Gruppe teilzunehmen. Honduras und El Salvador schlossen sich unverzüglich San Jose an. All das geschah wenig später, nachdem Managua — zur Enttäuschung der USA — seine Zustimmung zum Friedensplan der Contadora-Gruppe be-

kanntgegeben hatte. Das heißt, eine politische Vereinbarung aller Seiten schien beschlossene Sache zu sein.

Alle verstanden, wie künstlich der Vorwand für die Nichtteilnahme war und wer die Anweisung dafür gegeben hatte. Doch aus Washington folgen, als sei nichts geschehen, auch weiterhin Versicherungen, man unterstütze die Contadora-Gruppe und wünsche eine politische Lösung der Mittelamerika-Krise. Doch der König ist nackt — das sehen, wie ich sagen würde, nicht nur die Kinder, sondern selbst die Kinder. Die Heuchelei schlägt alle Rekorde, doch kann das niemanden irreführen. Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Panama verstehen, wer sie in die Enge treibt.

Übrigens wird Mexiko und Panama suggeriert, Nicaragua bedrohe auch sie. Wie paradox: Jene, die "bedroht" werden, sind ganz anderer Meinung und unterstützen sogar jene, die sie angeblich bedrohen. Sie sehen die Bedrohung von einer ganz anderen Seite.

NZ: US-Außenminister Shultz ließ sich über die Entschlossenheit der Administration aus, den Terrorismus zu bekämpfen. Benutzt wird auch eine aus Carters Zeiten übernommene Lösung - von den Menschenrechten. Leicht erkennt man, daß die gesamte derartige Rhetorik darauf angelegt ist, die nationale Befreiungsbewegung in Mißkredit zu bringen. Wie nehmen sich derartige Methoden vor dem Hintergrund Lateinamerikas aus?

Es gibt da einen alten Spruch: Papier ist geduldig. In unserem Zeitalter von Fernsehen und Rundfunk würde ich hinzufügen: Das Mikrophon ist auch geduldig. Eigentlich eine unmögliche Situation: pathologische Mörder und Henker in Guatemala, El Salvador, Paraguay, Haiti und Chile zu unterstützen, doch ... die salvadorianischen Patrioten, die Regierungen Nicaraguas und Kubas des Terrorismus zu bezichtigen? Das Mikrophon aber übermittelt gewissenhaft Sätze ohne Sinn oder sinntstellende Phrasen. Natürlich sind Mr. Shultz die vielen Menschen, die jede Woche dem Terror der Reaktion in El Salvador zum Opfer fallen, völlig egal. Ich fürchte sogar, gewisse Leute in Washington teilen gar die zynische Bemerkung "Der beste Kommunist ist ein toter Kommunist". Ermordet werden größtenteils nicht Kommunisten, sondern jene Gewerkschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Priester, Arbeiter und Angestellte der verschiedensten Überzeugungen, deren Verhalten den faschistischen Gangstern irgendwie mißfällt. Überdies darf man, wie sich herausstellt, sogar US-Bürger ungestraft ermorden, wenn das nur "unsere Hundesöhne" (um es mit den Worten Franklin Roosevelts über Somoza sen. zu sagen) tun. Vor vier Jahren wurden in einem Hotel von San Salvador zwei US-Berater erschossen, die bei der Ausarbeitung des Programms für eine

Bodenreform geholfen hatten, an deren Zweckmäßigkeit damals noch einige junge Offiziere der salvadorianischen Armee geglaubt hatten. Die Mörder wurden identifiziert. Sie kommen aus einer Terrororganisation Roberto d'Aubuissons, die auch die Ermordung von Erzbischof Oscar Arnulfo Romero direkt am Altar der Kathedrale auf dem Gewissen hat.

So sorgt man sich also um den Schutz des Lebens von US-Bürgern! Übrigens wird dieser Vorwand zur Rechtfertigung einer Aggression nur zu gern benutzt. Den Amerikanern auf Grenada drohte niemand — nichtsdestoweniger wurde ihr "Schutz" zu einem Argument für die Invasion. Wenn aber Amerikaner in El Salvador ermordet werden, verschließt man davor die Augen. Sinnlos, die Logik dort zu suchen, wo man sich für sie ganz offensichtlich nicht interessiert.

Etwa ebenso steht es auch um die Menschenrechte. Von welchen Menschenrechten kann man in El Salvador und Guatemala sprechen? Nichtsdestoweniger wird in Washington ein diesbezüglicher "Fortschritt" konstatiert. Was sie dafür nur an Kriterien haben?! Statt dessen tönen sie lautstark über die Verletzung der Menschenrechte in Nicaragua. Dort aber fanden am 4. November Wahlen statt, bei denen für Daniel Ortega prozentual mehr Stimmen als einige Tage später in den USA für Ronald Reagan abgegeben wurden. Die Wahlen konnten Hunderte von Beobachtern aus vielen Ländern verfolgen. Doch was macht's? Reagan erklärt völlig ungeniert, die Regierung Nicaraguas sei nicht vom Volk gewählt.

NZ: Ich möchte mich jetzt so bedeuten den Ländern des Kontinents wie Brasilien, Argentinien, Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Peru zuwenden. Ich meine, daß die Prozesse, die sich im Süden Lateinamerikas vollziehen, jetzt besondere Bedeutung erlangen. Vor allem die Schwächung der Positionen der militaristischen Kreise und die Liberalisierung der Gesellschaft, der Kampf für eine Demokratisierung in Argentinien, Brasilien und Uruguay.

Jetzt, nach den Veränderungen in Argentinien, Uruguay und Brasilien sowie angesichts der Situation in Chile und in Paraguay kann man eine gewisse Bilanz der langjährigen Herrschaft der Militärs in diesen Ländern ziehen und darüber nachdenken, warum die Militärs letztlich die politische Kontrolle abgeben mußten.

In den drei — von Ihnen erwähnten Ländern — in Argentinien, Brasilien und Uruguay — sind die Militärs "in die Kasernen zurückgekehrt". Sie haben also auf die direkte Einmischung in die Politik verzichtet, haben Parteien und Zivilisten die Kontrolle über den Staatsapparat überlassen. Wenn wir "Militärs" sagen, meinen wir natürlich das Oberkommando, das mittels der militärischen Disziplin die ganze Armee, die gesamten Streitkräfte in

ein Instrument zur Durchsetzung seines Willens verwandelte und sie dem Volk gegenüberstellte.

Auf verschiedene Weise und unter unterschiedlichen Bedingungen sind die Militärs "in die Kasernen zurückgekehrt".

In Brasilien war es ein langwieriger Prozeß.

In Argentinien wurde der Zusammenbruch der Militärdiktatur durch die Niederlage im Krieg um die Falklandinseln (Malwinen) im April bis Juni 1982 beschleunigt. Die Niederlage führte zur völligen Diskreditierung des Oberkommandos vor den Untergebenen, ganz zu schweigen davon, daß in der Bevölkerung zum Haß wegen der brutalen Repressalien die Verachtung wegen der professionellen Inkompetenz, der Kurzsichtigkeit und des Abenteuertums der Generale hinzukam. All das ermöglichte es, die Verbrechen der Generalclique in den Jahren der Diktatur (1976–1983) zu untersuchen.

In Uruguay kompromittierte sich die Armee, die erstmals seit vielen Jahren im Juni 1973 an die Macht kam, durch ihre brutalen Repressalien, die bestialischen Folterungen und die Massenhinrichtungen von Patrioten. Zugleich erwiesen sich die Militärs als völlig unfähig, das Land zu leiten. Die völlige Isolierung und der verstärkte Protest fast der gesamten Bevölkerung zwangen sie gleichfalls, die Regierungsgeschäfte der traditionellen bürgerlichen Colorado-Partei zu überlassen.

Es gibt einige gemeinsame Züge der Lage in diesen drei Ländern. Erstens war der "Rückzug" erzwungen, und zwar von einer Massenbewegung, für deren Geschlossenheit und Aufschwung die Oppositionsparteien, darunter die Kommunisten, viel getan hatten. Zweitens wurden die Türen der Kasernen nicht hermetisch verschlossen, sondern sozusagen nur angelehnt. Es bleibt also eine gewisse Wahrscheinlichkeit — unter anderen Bedingungen, wenn die herrschenden Klassen die Gefahr sehen, daß die politische Situation ihrer Kontrolle entgleitet —, daß die Militärs auf die Bühne zurückkehren und erneut versuchen werden, die Massen zu zügeln und einzuschüchtern.

Prognosen lassen sich hier nur schwer aufstellen. Doch ich meine, daß der Prozeß schwerumkehrbaren Charakter angenommen hat. Die Gefahr einer Rückkehr der Militärs aber bleibt offenbar ein Faktor des politischen Lebens. Doch die Rückkehr selbst ist wenig wahrscheinlich, da die demokratische Bewegung in den letzten Jahren breiteste Schichten der Volksmassen erfaßt und so eine neue Qualität erlangt hat. Der Süden Lateinamerikas ist heute nicht mehr der gleiche wie vor 10 oder 20 Jahren.

Die Lage im heutigen Chile kann mit der Situation in Uruguay und Argentinien vor drei bis vier Jahren verglichen werden. Pinochet klammert sich verzweifelt an die Macht, die Militärs aber ist meiner Meinung nach insgeheim schon bereit, ihn zu opfern, um nur das Aushängeschild auszuwechseln, wobei das Regime selbst

unangetastet bliebe. Doch das chilenische Volk würde sich damit nicht abfinden. Geht es ja nicht um den Namen des Diktators. In Argentinien und Uruguay änderten sich die Namen, die Diktatur aber blieb. Deshalb kann die harte Kontrolle Pinochets über die Generalität den Volksmassen nur deutlich machen, daß keine "kosmetischen" Veränderungen zugelassen werden dürfen und der Schlag gegen das gesamte korrupte, schwankende Regime, gegen die faschistische Militärdiktatur zu führen ist.

Unklar sind die Aussichten des Kampfes gegen die Stroessnerdiktatur in Paraguay. Zum Unterschied vom benachbarten Bolivien, wo das politische Barometer ständig schwankt, wo die Rechtskräfte meist nur für einige Jahre eine Diktatur zu installieren vermögen, die dann vom Volkszorn hinweggefegt wird, ist Paraguay nun schon seit Jahrzehnten Reservat einer Diktatur. Zudem versucht letztere nicht einmal, irgendein wirtschaftliches Wachstum, irgendeine Lösung der angehäuften sozialen Probleme zu gewährleisten. Die Rückständigkeit der Massenbewegung, verglichen mit Chile, verlangt eine vorsichtigere Einschätzung der Aussichten des Kampfes gegen die Diktatur. Und doch ist Lateinamerika ein Kontinent oft unvorhersagbarer Ereignisse. Wer erwartete den baldigen Sturz Somozas in Nikaragua Ende der 70er Jahre? Auf eine Beschleunigung des Prozesses in Paraguay kann sich auch all das, was um das Land herum geschieht, auswirken.

NZ: In Washington wird oft gesagt, von der Entwicklung Brasiliens hänge die Zukunft des ganzen Kontinents ab. Sie haben unlängst dieses Land besucht und dessen Probleme studiert.

Viele Brasilianer sind offenbar optimistisch gestimmt. Die Zeitung "O Globo" veröffentlichte die Ergebnisse einer Meinungsumfrage. Ihr zufolge meinten 66,6 Prozent der Befragten, die neue Regierung werde die Hauptprobleme des Landes lösen können. Was denken Sie über die Entwicklung dort?

Natürlich ist Brasilien ein riesiges Land. Doch die von Ihnen erwähnten Worte simplifizieren die Problematik, indem alles von der Größe des Territoriums, der Einwohnerzahl sowie dem Militär- und Wirtschaftspotential abhängig gemacht wird. Die historischen Erfahrungen lehren aber, daß die Welt nach viel komplizierteren Gesetzen lebt, zumindest keineswegs im Zahlenkorsett. Brasilien gefällt mir sehr — ich war dort zweimal, im Abstand von 20 Jahren. Die Brasilianer, diese temperamentvollen, wohlwollenden, fröhlichen Menschen, gefallen mir. Die Natur und die Architektur sind faszinierend... Doch wie kann man, ohne die Leistungen anderer Völker des Kontinents zu schmälern, sagen, Brasilien bestimme deren Schicksal?

Die neue Regierung Brasiliens nimmt die Arbeit unter kompliziertesten Bedin-

gungen auf. Sie hat die belastende Erbschaft schwer lösbarer Probleme angetreten. Offenbar sind radikale Umwandlungen in vielen Bereichen erforderlich. Ob die Regierung entschlossen genug vorgehen wird? Wenn ja, wird sie eine solche Möglichkeit haben? Der Optimismus der von "O Globo" Befragten stützt sich offensichtlich auf Gefühle, die jeder Brasilien-Besucher bemerkt: auf die Erwartung von Veränderungen, die die Massen ersehnen und an die sie glauben. Schließlich könnte ein Land mit solchen Ressourcen all seine sozialen und ökonomischen Probleme lösen: Armut, Analphabetentum, fehlende medizinische Betreuung für einen Großteil der Bevölkerung und Millionen verwaiste Kinder... Doch bedeutende Ergebnisse können nur durch tiefgreifende Umgestaltungen erreicht werden. Wünschen wir dem brasilianischen Volk, daß seine Hoffnungen in Erfüllung gehen mögen!

NZ: Bekanntlich war der schwedische Schriftsteller Arthur Lundkvist, der Ende der 50er Jahre Südamerika bereiste, einer der ersten, der diesen Kontinent als einen "Vulkan" bezeichnete. Wie weit paßt Ihrer Meinung nach eine solche Charakteristik heute auf die Region vom Rio Grande bis Feuerland? Kann man von einem gemeinsamen politischen Angelpunkt für die Entwicklung in dem sturmgeschüttelten Mittelamerika und im südlichen Lateinamerika sprechen, wo man um die Demokratie bei den Wahlen ringt? Gibt es ja unterschiedliche Vulkane — aktive und noch ruhige oder relativ ruhige.

Vor allem glaube ich nicht an die wundersame Kraft von Wahlen in Ländern, die unter dem doppelten Joch der einheimischen Oligarchie und des US-Imperialismus stehen. Die Geschichte insgesamt, insbesondere die Geschichte dieses Kontinents zeigt, daß es die herrschenden Klassen gelernt haben, den Mechanismus der bürgerlichen Demokratie so zu manipulieren, daß diese ihr Monopol auf die politische Macht nicht untergräbt. Wenn aber die Situation außer Kontrolle gerät und die Werktätigen direkten Zugang zur Staatsmacht erhalten, dann liquidieren die Oberschichten mit Leichtigkeit die bürgerlich-demokratischen Verhältnisse. Deshalb gründet sich mein Optimismus bezüglich der Zukunft Lateinamerikas eher auf den Glauben an die revolutionäre Tat der Massen — innerhalb und außerhalb des Parlaments, in Fabriken und Dörfern, in Universitäten und Institutionen, auf den Straßen der Städte und in der Selva. Allein der Befreiungskampf in den verschiedensten Formen — entsprechend den konkreten Bedingungen — vermag radikale Veränderungen in die soziale, ökonomische und politische Struktur der Länder Lateinamerikas zu bringen. Eine neue Welle dieses Kampfes wächst überall in Lateinamerika an. Darin eben sehe ich den gemeinsamen Angelpunkt, von dem Sie sprechen. Das ist sozusagen die Grundlage der vulkanischen Tätigkeit auf dem Kontinent.

Bis heute spricht man im Westen von den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges, besonders verzerrend über

EINE FRAGE, DIE NICHT MEHR OFFEN IST

Dr. Wladimir PUSTOGAROW

In Westeuropa rüstet man zum 40. Jahrestag der Beendigung des zweiten Weltkrieges auf unterschiedliche Art. In der Bundesrepublik benutzen recht einflußreiche Kräfte das Datum als Vorwand, eine Revision der politischen und territorialen Nachkriegseinrichtung in Europa zu propagieren. Verschiedene Argumente werden ins Treffen geführt, darunter juristische — sie namentlich sollen den rechtswidrigen Forderungen einen legitimen Anstrich geben.

Nicht nur Revanchistengruppen, sondern auch die derzeitige Bundesregierung vertreten folgenden Standpunkt: Ein Friedensvertrag mit Deutschland sei noch immer nicht geschlossen, weshalb "das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fortbesteht", nämlich vom Standpunkt des Rechts. Folglich könnten bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages beliebige vertragliche Verpflichtungen über die Grenzen des Deutschen Reiches nur provisorisch sein. Somit bleibe die ganze "deutsche Frage" offen.

Wem nützt der Wirrwarr!

In der Tat wurde ein Friedensvertrag mit Deutschland nicht unterzeichnet. Das heißt jedoch nicht, daß eine Friedensregelung mit den Rechtsnachfolgern des Deutschen Reiches noch ausstünde. Einige westliche Politiker bringen vorsätzlich die Begriffe "Friedensregelung" und "Friedensvertrag" durcheinander. Für das Völkerrecht aber besteht da ein grundsätzlicher Unterschied: Friedensregelung bedeutet die Beendigung des Kriegszustandes und die Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten, während der Friedensvertrag nur eine Form der Friedensregelung ist, eine traditionelle, am weitesten verbreitete, aber keineswegs die einzige Form.

Seinerzeit gingen die UdSSR, die USA und Großbritannien davon aus, daß der

zweite Weltkrieg auf die in der internationalen Praxis übliche Art — durch Friedensschluß mit den Besiegten — beendet sein werde. Deshalb wurde schon in den Dokumenten der Jalta-Konferenz der Terminus "Friedenskonferenz" gebraucht, und zwar als Organ, das die Fragen der Friedensregelung mit Deutschland endgültig lösen sollte.

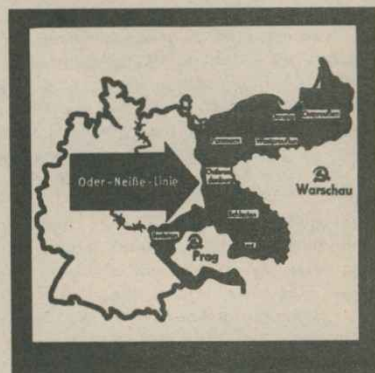
Aber angesichts der schweren internationalen Verbrechen des Faschismus beschlossen die Alliierten, in bezug auf das besiegte Deutschland schon vor einer Friedensregelung gewisse Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehörten: Annullierung der territorialen Eroberungen; Abtrennung einiger Teile des deutschen Territoriums, die als Aufmarschgebiete für die Aggression gedient hatten; militärische Okkupation und die Errichtung der obersten Macht durch die alliierten Mächte; Reparationen, Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher; Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus; demokratische Umgestaltungen. All das sollte garantieren, daß niemals mehr ein Krieg von deutschem Boden ausgehen würde. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages sollte stattfinden, nachdem in den Besatzungszonen vereinbarte Maßnahmen verwirklicht und auf dieser Grundlage eine deutsche Regierung gebildet sein würden.

Der Inhalt des Friedensvertrages wurde durch die Alliierten bereits im Laufe der Kriegshandlungen und gleich danach erörtert. Die Jalta-Konferenz z. B. faßte den grundsätzlichen Beschluß über Reparationen. Die Potsdamer Konferenz legte den genauen geographischen Verlauf der Westgrenze Polens fest (entlang der Oder und der Neiße), ein Teil Ostpreußens ging an die UdSSR. Die Tschechoslowakei wurde in den Grenzen, wie sie vor der Münchener Teilung von 1938 bestanden hatten, wiederhergestellt, der "Anschluß" Österreichs an Deutschland annulliert, Österreich als selbständiger Staat in den

Grenzen vom 1. Januar 1938 wiederhergestellt.

Für die vollständige Friedensregelung, darunter für die Ausarbeitung der Friedensverträge mit Deutschland und seinen Verbündeten, bildete die Potsdamer Konferenz einen Rat der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Chinas. Der Rat leistete eine große Arbeit. Schon 1946 wurde die Pariser Friedenskonferenz einberufen. Dort erörterten die Alliierten die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland. Die Unterzeichnung erfolgte im Februar 1947.

Sehr intensiv wurde der Friedensvertrag mit Deutschland vorbereitet. Der Außenministerrat erörterte die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands, seine wirtschaftliche und politische Organisation und staatliche Einrichtung, seine Grenzen und die Reparationen.



Die westdeutschen Revanchisten suchen das Weiterbestehen eines Deutschland in den Grenzen von 1937 zu beweisen, auch mit Hilfe solcher Karten

Aufgrund dieser gesamten Arbeit konnte auf einer Friedenskonferenz ein Friedensvertrag mit Deutschland in Erwägung gezogen werden. Konsequenz setzte sich die UdSSR dafür ein, Deutschland als einen einheitlichen souveränen Staat wiederherzustellen und ihm eine demokratische Grundlage zu geben. Sie schlug vor, eine gesamtdeutsche Regierung zu bilden und mit ihr den Friedensvertrag zu schließen. Auf der Moskauer Tagung des Außenministerrates 1947 legte der sowjetische Vertreter ein Programm konkreter Vorschläge dar.

Kurs auf Spaltung

Die späteren Jahre bezeugen: Die sowjetischen Initiativen stießen auf Widerstand der Westmächte, die sich für den

kalten Krieg entschlossen hatten. Statt mit einer zentralen deutschen Regierung einen Friedensvertrag zu schließen, trafen die Westmächte eine grundsätzlich andere Entscheidung, indem sie in ihren Besatzungszonen einen westdeutschen Separatstaat gründeten und so Kurs auf Spaltung Deutschlands nahmen. Die Folgen sind bekannt. Im Mai 1949 wurde die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland angenommen und im September die Bundesregierung unter Adenauer gebildet. Faktisch bedeutete das, daß die Westmächte dadurch gemeinsam mit den herrschenden Kreisen der BRD den Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung vereitelt haben.

Aber die UdSSR setzte ihren diplomatischen Kampf für einen Friedensvertrag mit Deutschland fort, und sie trug dabei den neuen Umständen Rechnung, die sich aus der Bildung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ergaben. Im März 1952 richtete die UdSSR ihren Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland an die Westmächte. Später schlug sie vor, eine Viermächtekonferenz über die deutsche Frage abzuhalten und dort die Möglichkeit der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland, der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und der Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen zu besprechen.

Als Antwort unterzeichneten die USA, Großbritannien und Frankreich im Mai 1952 einen Separatvertrag mit der BRD (im Westen als "Deutschlandvertrag" bekannt). Faktisch war das ein Friedensvertrag der drei Westmächte mit der Bundesrepublik. Er bereitete der Okkupation ein Ende, stellte die Souveränität und die friedlichen Beziehungen zur Bundesrepublik wieder her, fixierte ihre politische Ordnung, legte Bündnisbeziehungen zu ihr fest und regelte andere Fragen, die gewöhnlich den Inhalt eines Friedensvertrages ausmachen.

1954 unterzeichneten die Westmächte die Pariser Abkommen, die Westdeutschland den Weg zur Remilitarisierung öffneten, und im Mai 1955 trat die Bundesrepublik der NATO bei. Somit war die Spaltung Deutschlands komplett. Trotzdem finden sich im Westen noch immer Politiker und Propagandisten, die die UdSSR einer "Nichteinhaltung" internationaler Verträge bezichtigen.

Die im Oktober 1949 gegründete Deutsche Demokratische Republik — der erste Staat der Werktätigen in der Geschichte des Landes — ging einen anderen Weg. Die DDR legte die Prinzipien von Jalta und Potsdam ihrer Staatspolitik zugrunde. Die sozialistische DDR

verkündete das Prinzip der friedlichen Koexistenz, darunter mit ihrem westlichen Nachbarn. Nur die aggressiven Schritte des Westens zwangen sie zu Verteidigungsmaßnahmen, die der entstandenen Lage entsprachen. Am 14. Mai 1955 unterzeichneten die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder, darunter die DDR, einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, der später als Warschauer Vertrag bekannt werden sollte. Am 20. September 1955 unterzeichneten die UdSSR und die DDR einen Vertrag über ihre Beziehungen zueinander, der die volle Souveränität der DDR im Bereich der Innen- und Außenpolitik verankerte.

Unter den neuen Bedingungen erfolgte die Friedensregelung auf eine neuartige, nicht traditionelle Art. Am 25. Januar 1955 wurde durch einen Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR bekanntgegeben, daß der Kriegszustand zwischen der UdSSR und Deutschland aufgehoben werde und daß zwischen ihnen normale Beziehungen aufgenommen würden. Die DDR unternahm aktive Schritte, um aufgrund der Beschlüsse von Jalta und Potsdam ihre Beziehungen auch zu anderen Staaten zu normalisieren. So unterzeichnete sie 1950 einen Vertrag mit der VR Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze (Vertrag von Zgorzelec).

Unbestreitbare

Realitäten

In den 70er Jahren bestanden Voraussetzungen dafür, die Friedensregelung mit Deutschland trotz des Bestehens zweier deutscher Staaten zu Ende zu führen.

Erstens waren Fragen, die gewöhnlich den Inhalt eines Friedensvertrages bilden, inzwischen in der Hauptsache gelöst: der Kriegszustand aufgehoben, friedliche Beziehungen wiederaufgenommen, das Okkupationsregime abgeschafft; beide deutsche Staaten in ihren inneren und auswärtigen Angelegenheiten völlig souverän; Fragen der Reparationen, der Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen und die Umsiedlung der Deutschen von ehemaligen deutschen Territorien, die nun zu anderen Staaten gehörten, gelöst.

Zweitens erkannte die DDR als einer der beiden deutschen Staaten völkerrechtlich die durch die Abkommen von Jalta und Potsdam festgelegten Grenzen Deutschlands an und gab bekannt, daß sie keine Gebietsansprüche hat.

Drittens regelte die Bundesrepublik als der andere deutsche Staat ihre Beziehun-

gen zu den Westmächten, darunter zu den westlichen Nachbarstaaten, völkerrechtlich.

Aber nach wie vor wurde der Abschluß der Friedensregelung gestört, weil die Bonner Regierung revanchistische Ansprüche erhob, z. B. die Abkommen von Jalta und Potsdam hinsichtlich der Grenzfrage nicht anerkannte, sowie eine Einverleibung der sozialistischen DDR beabsichtigte.

Einen Wendepunkt bildete der Moskauer Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD vom 12. August 1970. Ihm folgten die Verträge mit Polen, der DDR und der Tschechoslowakei. Der Rechtsstatus Westberlins — des dritten deutschen Territoriums neben der BRD und der DDR — wurde durch ein Abkommen zwischen der UdSSR, den USA, Großbritannien und Frankreich vom 3. September 1971 bestimmt. So fixierte das Abkommen, daß Westberlin keinen Bestandteil der Bundesrepublik bildet und von ihr nicht verwaltet wird.

Das System der Verträge zwischen den vier Mächten, zwischen der DDR und den anderen sozialistischen Ländern, zwischen der BRD und den Westmächten sowie zwischen der BRD und den sozialistischen Ländern hat also all jene Fragen gelöst, die sonst Inhalt eines Friedensvertrages sind. Übrigens sehen die "Ostverträge" keine andere Friedensregelung für die Zukunft vor.

Wie kann nach all dem von einer "Existenz des deutschen Reiches in den Grenzen von 1937" gesprochen werden? Das faschistische "Reich" ist im Feuer des zweiten Weltkrieges verbrannt, auf seinem durch die Konferenzen von Jalta und Potsdam festgelegten Territorium sind 1949 zwei selbständige und gleichberechtigte Staaten entstanden. Die souveräne DDR und die souveräne BRD sind Realitäten des internationalen Lebens und deshalb nicht wegzuleugnen.

Den Schlußpunkt unter die Friedensregelung setzte die Sicherheitskonferenz in Helsinki. Ihre Schlußakte wurde im August 1975 von 33 europäischen Staaten sowie von den USA und Kanada unterzeichnet. Es waren also sowohl die früheren Alliierten und die anderen Teilnehmer der Antihitlerkoalition als auch die beiden deutschen Staaten. Die Schlußakte verankert völkerrechtlich jenen politischen und territorialen Status in Europa, der sich aus dem zweiten Weltkrieg ergeben hat. In dieser völkerrechtlichen Situation entbehren alle Berufungen darauf, daß ein Vertrag nicht geschlossen sei, was zum Zweifel an den politischen und sonstigen Ergebnissen des Krieges berechtige, überhaupt jeder Grundlage.

SHUKOW

MARSCHALL

Prof. Nikolai JAKOWLEW

Der Siegesorden Nr. 1

Vom 18. bis zum 20. Februar 1944 war Shukow in Moskau, um Stalin seine Erwägungen über die Entwicklung der Offensive darzulegen. Man müsse den Feind überrumpeln: Die Faschisten erwarteten in diesem ungewöhnlich zeitigen Frühjahr und bei dem starken Tauwetter keine Aktivitäten von unseren Truppen, geschweige denn eine Offensive. Aber das sei unbegründet, betonte der Marschall.

Als Ergebnis der Beratung im Hauptquartier kam ein grandioser Plan zustande. Die 1. Ukrainische Front sollte durch einen Hunderte Kilometer tiefen Schlag aus dem Raum Tschernowzy bis zu den Vorkarpaten vordringen. Bei einem Erfolg würden alle Feindgruppierungen, die sich weiter südlich, darunter in Rumänien, befanden, die kürzesten Verbindungswege verlieren und ihre Versorgung auf weiten Umwegen, über Ungarn, abwickeln müssen. Die 2. Ukrainische Front sollte südlicher, in Richtung Iasi, vorgehen.

Der Oberste Befehlshaber verfügte, unverzüglich die Offensive zu eröffnen. Shukow fuhr erneut an die Front, um das Vorgehen der 1. und der 2. Ukrainischen Front zu koordinieren.

Bei einer vieltägigen Beratung mit Watutin und anderen Generalen im Stab der 1. Ukrainischen Front wurden alle Einzelheiten besprochen. Watutin erbot sich, die Kampfbereitschaft der Armeen an Ort und Stelle zu überprüfen. Shukow meinte zu Recht, als Oberbefehlshaber der Front solle er lieber seine Stellvertreter in die Armeen entsenden. Watutin

jedoch beharrte auf seinem Standpunkt, und Shukow gab nach, wenn auch ungern.

Unglücklicherweise wurde Watutins Auto unterwegs von Bandera-Leuten beschossen und er selbst dabei schwer verwundet. Einige Wochen später starb General Watutin. Die Rote Armee verlor einen begabten Heerführer.

Am 1. März erhielten die Armeebefehlshaber, die Chefs der Waffengattungen und die Leiter der rückwärtigen Dienste der Front folgenden lakonischen Befehl:

"Im Zusammenhang mit der Verwundung Nikolajews" (Watutins Code-Name) "habe ich aufgrund einer Verfügung des Hauptquartiers ab diesem Tag zeitweilig das Kommando über die 1. Ukrainische Front übernommen. G. Shukow."

Am 4. März entfalteten die Truppen der Front eine Offensive im Rahmen der vom Hauptquartier bestätigten strategischen Operation. Ihnen stand erneut Manstein gegenüber. Er versuchte, seinen Ruf als der beste Stratege der Wehrmacht zu erhärten — vergeblich.

In weniger als einem Monat erreichte die 1. Ukrainische Front die Karpaten, und am 29. März befreiten die sowjetischen Truppen Tschernowzy. Bei dieser Operation wurden bis zu 350 km zurückgelegt, von Tschernowzy bis Ternopol gähnte eine riesige Bresche. Um sie zu schließen, mußte das OKW Truppen von anderen Frontabschnitten, selbst aus Frankreich, Jugoslawien, Norwegen und Dänemark heranschaffen.

Hitler war außer sich: So was durfte es gar nicht geben! Vor seinem inneren Auge passierte die Rote Armee bereits die Karpaten, und so befahl er am 19. März 1944, Ungarn zu okkupieren. Neue ungarische Divisionen wurden an die Front getrieben. Manstein mußte seinen Dienst quittieren.

Shukow zog ein Fazit aus der hervorragenden Offensive und freute sich vor

allem darüber, daß ein riesiges Territorium befreit worden war und daß die Truppen der Nachbarfronten etwas weiter südlich die Staatsgrenze der UdSSR erreicht hatten. Doch verdrängte er den Siegesrausch, er zog es vor, das Erreichte als Berufsmilitär zu beurteilen. Man hatte wohl nichts versäumt, hatte die feindliche Front "aufs Haupt geschlagen". Das war erfreulich.

"Zum Unterschied von der ersten Periode des Krieges", schrieb er später, "war das deutsche Oberkommando irgendwie denkträge geworden. Es mangelte ihm an Initiative, besonders wenn die Lage sich komplizierte. Man merkte seinen Entschlüssen das Fehlen einer richtigen Beurteilung der Möglichkeiten der eigenen und der gegnerischen Truppen an. Das faschistische Oberkommando kam mit der Rückführung seiner Kräfte bei umfassenden Vorstößen und bei drohender Einschließung oft zu spät, wodurch seine Truppen in eine ausweglose Lage gerieten."

Das war ein gutes Omen! Nun galt es, den faschistischen Abschaum endgültig von sowjetischem Boden zu vertreiben.

Gleich nach dem 20. April wurde Shukow nach Moskau gerufen. Erneut war er in Stalins Arbeitszimmer. Der Oberste Befehlshaber fragte Shukow u. a., ob er schon bei Nikolai Schwernik gewesen sei. Da dies nicht der Fall war, meinte er: "Sie sollten zu ihm gehen und den Siegesorden empfangen."

Für seine außerordentlichen Verdienste wurde der Marschall der Sowjetunion Shukow mit dem höchsten Heerführerorden, dem Siegesorden, der übrigens die Nr. 1 trug, ausgezeichnet.

Die Westrichtung

Hauptquartier und Generalstab waren sich einig: Die Zeit war gekommen, den

"NEUE ZEIT" 16.85

Fortsetzung. Siehe "Neue Zeit", Nr. Nr. 7, 9, 10 und 13

Feind in westlicher Richtung zu schlagen und das leidgeprüfte Belorußland zu befreien. Um Minsk bildete die deutsche Front im Sommer 1944 einen gewaltigen Bogen. Ihre Nordseite war der Stadt Welikije Luki zugewandt, die südliche verlief am Pripjat. Diese Frontlinie war das Ergebnis des Winterfeldzuges von 1944. Die 1. Ukrainische Front, die weiter westwärts als die anderen vorgestoßen war, umfaßte den "belorussischen Vorsprung" von Süden her, und im Norden wurde das durch unsere Truppen früher Erreichte durch die Befreiung der Gebiete Smolensk, Pskow und Leningrad verankert.

Als man im Hauptquartier nach dem 20. April den Sommerfeldzug 1944 zu besprechen begann, wandten sich Shukow und der Generalstab gegen Stalins Vorschlag, den Sommerfeldzug mit einer Offensive der 1. Ukrainischen Front zu eröffnen. Stalin fand die Aussicht verlockend, "die belorussische Gruppierung noch tiefer zu umfassen und die Reserven des Gegners aus der zentralen Richtung abzuziehen".

Shukow war eben erst von der 1. Ukrainischen Front gekommen. Er erkannte, daß das OKW den Risikograd für das "Reich" auf die einfachste Art bestimmte: Am gefährlichsten war es dort, wo die Rote Armee Deutschland am nächsten stand. Da die 1. Ukrainische Front am nächsten war, befahl Hitler, dort die bedeutendsten Kräfte zusammenzuballen. Deshalb wäre eine Offensive in einem Raum, der unmittelbar vor der Wisla lag, von Anfang an für die Deutschen günstiger und würde für die Rote Armee schwere Kämpfe bedeuten.

Die Sommeroffensive in Belorußland (Operation "Bagration") wurde im Hauptquartier und im Generalstab ausgearbeitet — von Shukow, aber auch von A. Wassilewski, A. Antonow, A. Nowikow, N. Woronow, A. Chruljow, N. Jakowlew, I. Peressypkin, J. Fedorenko u. a. Der Operationsplan zeigte die unverkennbare

Shukowsche Handschrift. Anders konnte es auch nicht sein, der Marschall war Stellvertreter des Obersten Befehlshabers. Nicht selten waren Dokumente, die den Fronten als Direktiven des Hauptquartiers zugeleitet wurden, von Stalin und seinem Stellvertreter Shukow unterzeichnet.

Generalstabschef Wassilewski schrieb später über die Operation "Bagration": "Ihr Plan war einfach und doch kühn und grandios zugleich." Durch mächtige umfassende Schläge in die Flanken des belorussischen Vorsprungs sollte die feindliche Heeresgruppe Mitte zerschlagen und Belorußland befreit werden. Aus dem Norden sollte von Witebsk über Borissow nach Minsk, aus dem Süden über Bobruisk ebenfalls nach Minsk vorgestoßen werden.

Die angespannten Vorbereitungen auf die Operation "Bagration" im Hauptquartier und parallel dazu in den Frontstäben nahmen über einen Monat in Anspruch.

Am 30. Mai 1944 bestätigte das Hauptquartier den Plan der Operation. Zur Koordinierung des Vorgehens der Truppen wurde Shukow zur 1. und 2. Belorussischen Front (Stoß aus dem Süden) entsandt, während sich Wassilewski zur 1. Baltischen und 3. Belorussischen Front (Stoß aus dem Norden) begab.

Am Vorabend der Operation erörterte das Hauptquartier die Bedeutung der bevorstehenden Offensive im Rahmen des gesamten Koalitionskrieges gegen Deutschland und seine Satelliten in Europa. Am 6. Juni 1944 landeten Truppen der westlichen Alliierten endlich in Frankreich. Von nun an kämpfte Deutschland an zwei Fronten. Und? Stalin bat, ihn über die Geschehnisse in Frankreich zu informieren. Die Teilnehmer der Beratung stellten fest, daß die alliierten Truppen "äußerst langsam"

vorstießen. Und so, schrieb Wassilewski, "gelangten wir bei der Analyse dessen, wie sich die Landung der britisch-amerikanischen Truppen in der Normandie auf die sowjetisch-deutsche Front auswirken könne, zu dem Schluß, daß das OKW, sobald die Rote Armee die belorussische Operation anfängt und die erfolgreiche Offensive gegen Finnland fortsetzt, einen Teil der Truppen von der West- an die Ostfront verlegen wird".

Vorläufig aber mußten wir uns ausschließlich auf unsere eigenen Kräfte verlassen. Zu Beginn der belorussischen Operation zählten die an dieser Operation beteiligten vier Fronten 2,4 Millionen Mann, 36 400 Geschütze und Granatwerfer, 5200 Panzer und Selbstfahrlafetten, 5300 Kampfflugzeuge. Der Feind hatte 1,2 Millionen Mann, 9500 Geschütze und Granatwerfer, 900 Panzer und Selbstfahrlafetten, 1350 Kampfflugzeuge.

Die 1. Belorussische Front sollte die entscheidende Rolle spielen.

Auf Shukows Vorschlag ließ Stalin die 1. und die 2. Belorussische Front die Offensive am 24. Juni beginnen, einen Tag nach der Aufnahme des Kampfes durch die 1. Baltische und die 3. Belorussische Front. Shukow befand sich im Gefechtsstand der 3. Armee General Gorbatsows, die zur 1. Belorussischen Front gehörte.

In der Nacht zum 24. Juni ging Shukow zu einer Beobachtungsstelle; einige hundert Meter vor der vorderen Linie waren unter ausladenden Bäumen getarnte Beobachtungstürme errichtet worden. Um 24.00 Uhr dröhnte es dumpf über den Köpfen: Hunderte Flugzeuge der Fernfliegerkräfte zogen dahin.

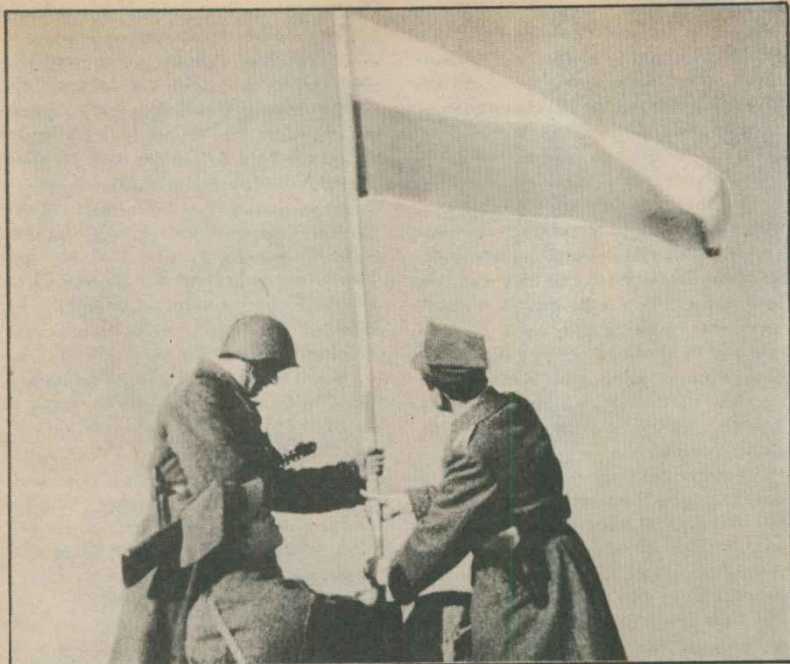
Die Bombardierung der feindlichen vorderen Linie dauerte etwa eine Stunde, mußte aber unterbrochen werden, weil es zu regnen anfang, die Besatzungen sahen weder Erkennungssignale noch Ziele. Eine Pause trat ein. Shukow befahl, die Artillievorbereitung zur festgesetzten Zeit, in der Morgendämmerung, zu beginnen. Als der Himmel sich etwas aufhellte, feuerten Tausende Geschütze; an den Durchbruchsabschnitten waren über 200 Geschütze je Kilometer eingesetzt.

Der Durchbruch bei Bobruisk und die Erfolge der Nachbarfronten bei Witebsk drohten der gesamten deutschen Heeresgruppe Mitte unmittelbar mit der Einschließung. Als Militär von echtem Schrot und Korn verfolgte Shukow aufmerksam das Vorgehen des feindlichen Oberkommandos: Was würde es unternehmen?

Er schlußfolgerte: "Als wir damals die Handlungen der deutschen Truppen und ihrer Führung beobachteten und analysierten, wunderten wir uns ein wenig über die groben Fehler, die einen für die deutschen Truppen katastrophalen Ausgang heraufbeschworen. Statt eines

Partisanen im befreiten Minsk





Ein sowjetischer und ein polnischer Soldat hissen die Siegesfahne über Warschau

schnellen Rückzugs auf rückwärtige Linien und des Einsatzes starker Gruppierungen an den eigenen Flanken, die von den sowjetischen Stoßgruppierungen bedroht waren, ließen sich die deutschen Truppen in langwährende Frontalschlachten ostwärts und nordostwärts von Minsk verwickeln."

Unsere Panzer umgingen die Widerstandsknoten und legten bis zu 50 km am Tag zurück (der Durchschnitt der Armee lag bei 20 km am Tag). Belorussische Partisanen, die die Verbindungswege des Feindes abschnitten und ihm Stöße aus dem Hinterland versetzten, waren eine kolossale Hilfe für unsere Armee. Die Partisanen lieferten auch die Information, daß die Faschisten die in Minsk noch unversehrt gebliebenen großen Gebäude eilig verminten.

Unser Kommando beschleunigte die Offensive, um ein neues Verbrechen der faschistischen Vandalen zu verhüten. Am 3. Juli war die Stadt befreit. Zutiefst betrübt schaute Shukow auf Minsk, wo er seinerzeit sieben Jahre gedient hatte. Ein einziges Trümmerfeld, aus dem gequälte, ausgemergelte Einwohner der belorussischen Hauptstadt, die wie durch ein Wunder die Okkupation überlebt hatten, den Befreiern entgegenkamen.

Inzwischen wurde östlich von Minsk in etwa einer Woche eine beinahe 100 000 Mann starke eingeschlossene Gruppierung liquidiert; 57 000 Faschisten, darunter 12 Generale, ergaben sich.

Ebenso wie überall zeigte der befreite Boden auch hier die fürchtbaren Spuren der faschistischen Greueltaten. In Belorußland haben sie 2,2 Millionen Einwohner und Kriegsgefangene ermordet; 209 Städte und Verwaltungszentren von

Rayons und 9200 Dörfer völlig oder teilweise vernichtet. Auf Schritt und Tritt sahen die sowjetischen Truppen, was die "neue Ordnung" dem Sowjetvolk gebracht hatte. Die Bestialitäten der Okkupanten waren die wirksamste Sichtagitation, neben ihr verblaßten alle Worte. Nunmehr hatte die gerechte Vergeltung die faschistischen Bestien ereilt.

Am 11. Juli traf Shukow bei der 1. Ukrainischen Front ein und entfaltete seinen Befehlsstand im Raum Luzk. Stalin hatte ihm befohlen, die Koordinierung der Handlungen auch dieser Front zu übernehmen. Am 13. Juli ging die Front zur Offensive über und legte in 5 Tagen bis zu 80 km zurück. Am 18. Juli unternahmen die Truppen des linken Flügels der 1. Belorussischen Front einen Angriff in Richtung Lublin. Vor ihnen lag die Wisla.

Die Erfolge unserer Truppen waren atemberaubend. Die Fronten rollten westwärts, immer nur westwärts. Am 18. Juli schrieb Hitlers nächster Gehilfe, Martin Bormann: "Die Russen sind in Augustow dicht an der Grenze Ostpreußens. Wenn ihre Panzerverbände noch ein wenig nachstoßen, haben wir vorläufig nichts, um sie zum Stehen zu bringen. Den neuformierten Divisionen fehlen noch immer die nötigen Panzerabwehrmittel!"

Selbstverständlich konnte Shukow Bormanns Meinung nicht wissen. Aber er sah die Situation. Am 19. Juli schickte er eine überaus eilige Meldung Stalin "zu eigenen Händen". Shukow vertraute dieses Dokument nicht der Telegrafie an, er

schickte es mit einem Offizier. Die Meldung war in der Tat von höchster Wichtigkeit:

"An Genossen Stalin.

Da unsere Truppen bald die Staatsgrenze erreichen werden, lege ich meine Erwägungen zum Aufbau der Operationen der Belorussischen Fronten für die nächste Zeit dar:

1. Das strategische Hauptziel der 1., 2. und 3. Belorussischen Front für die nächste Etappe: Vorstoß zur Wisla bis einschließlich der Danziger Bucht und Besetzung Ostpreußens oder wenigstens, gleichzeitig mit dem Vorstoß zur Wisla, das Absperren Ostpreußens von Mitteldeutschland...

... 4. Zur Erfüllung der oben dargelegten Aufgaben hat die 1. Belorussische Front genügend Truppen. Sie braucht aber zusätzlich 300 Panzer und 100 Selbstfahrlafetten.

Die 2. Belorussische Front benötigt eine Armee von 9 Divisionen, ein Schützenkorps von 3 Divisionen, 2-3 Panzerkorps bzw. eine Panzerarmee, 4 schwere Panzerregimenter, vier Regimenter von 152-mm-SFL und Verstärkung durch die Fliegerkräfte...

... 6. Ich halte es für außerordentlich nützlich, mich über die bevorstehenden Operationen mit Ihnen persönlich zu beratschlagen, es wäre auch sinnvoll, Wassilewski heranzuziehen."

Shukow wurde nach Moskau gerufen, doch Stalin blieb bei seiner Meinung, keine früher vereinbarten Pläne abzuändern.

Am 23. Juli befreite die Stoßgruppierung der 1. Belorussischen Front Lublin, erreichte am Tag darauf die Wisla, forcierte sie am 27. Juli, worauf bei Magnuszew und Pulawy Brückenköpfe gebildet wurden. Inzwischen führte die 1. Ukrainische Front die Operation von Lwow-Sandomierz durch. Am 27. Juli wurde Lwow genommen, am 29. Juli die Wisla forciert und der Brückenkopf von Sandomierz geschaffen.

Die sowjetischen Truppen hatten über 600 km zurückgelegt, erreichten die Wisla und hielten drei Brückenköpfe. Bis nach Berlin blieben ebensoviel Kilometer, wie die 1. Belorussische Front im letzten Monat und ein paar Tagen zurückgelegt hatte. Nunmehr war diese Front die Spitze des Keils der Roten Armee, und diese Spitze war genau westwärts, gegen Berlin, gerichtet.

Am 29. Juli gratulierte Stalin Marschall Shukow zur zweiten Medaille "Goldener Stern" und dem Ehrentitel Held der Sowjetunion.

Der letzte Kriegserbst

Mitte September verfügte Stalin, daß Shukow zur 1. Belorussischen Front zurückkehren sollte.

"Sie kennen sich dort aus", sagte Stalin ihm. "Untersuchen Sie die Situation um

Warschau an Ort und Stelle und treffen Sie die nötigen Maßnahmen."

Im Generalstab erhielt Shukow Informationen darüber, was sich in Warschau im letzten Monat zugetragen hatte. Als die Rote Armee am 21. Juli 1944 in Polen einmarschiert war, wurde das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung geschaffen, das die Macht im Lande ausübte. In London, unter Churchills Fittichen, bestand jedoch eine polnische Exilregierung. Als sich die Rote Armee der Wisla näherte, wurde in Warschau am 1. August auf Weisung der Emigranten ein bewaffneter Aufstand provoziert. Das Ziel der Provokateure war nicht zu verkennen: Warschau in ihre Hände zu nehmen und zu erklären, Polen habe seine eigene Regierung. Weder Moskau noch das Oberkommando der 1. Belorussischen Front waren vom Aufstand in Kenntnis gesetzt worden. Als die ersten Schüsse in Warschau fielen, erhoben sich auch die Einwohner. Hitler befahl, den Aufstand niederzuschlagen und die Stadt dem Erdboden gleichzumachen.

Unser Oberkommando konnte nicht teilnahmslos zusehen, wie die schlecht bewaffneten Aufständischen zugrunde gingen. Zwar waren die Kräfte der 1. Belorussischen Front nach dem 600 km langen Kampfweg erschöpft, aber schon nach dem 10. August unternahm man einen Versuch, bis nach Warschau vorzudringen. Shukow und Rokossowski legten ihren Plan zu einer Einschließung Warschaus aus dem Süden und dem Norden und seiner Befreiung vor, wobei die 1. Armee der Wojsko Polskie in die Stadt einmarschieren sollte. Jetzt, nach seiner Rückkehr zur 1. Belorussischen Front, sah Shukow die Ergebnisse.

Am 14. September nahmen unsere Truppen nach erbitterten Kämpfen Praga, den Warschauer Vorort am Ostufer der Wisla, und in der Nacht zum 16. September forcierte ein polnisches Regiment den Strom. An diesem Tag beschlossen Shukow und Rokossowski, noch mehr polnische Verbände über den Fluß übersetzen zu lassen. Insgesamt 6 verstärkte Bataillone erfüllten diesen Auftrag.

Die Leiter des Aufstands in Warschau halfen ihnen nicht im geringsten, ja sie führten die Kämpfer vom Strom weg. Die Faschisten liquidierten bis zum 24. September den Brückenkopf, für dessen Besetzung die 1. Armee der Wojsko Polskie 3764 Mann an Getöteten und Verwundeten verloren hatte. Von nun an beschränkte sich die unmittelbare Hilfe für die Aufständischen darauf, ihnen von Flugzeugen aus Waffen, Munition und Lebensmittel abzuwerfen sowie sie durch Fliegerkräfte und Artillerie zu unterstützen. Shukow begab sich in den Raum

nördlich von Warschau, wo unsere Truppen im "nassen Dreieck" (beim Zusammenfluß von Wisla, Bug und Narew) den Versuch unternahmen, sich zur polnischen Hauptstadt durchzuschlagen.

Die Lage war deprimierend. Zwei sowjetische Armeen, bis zum äußersten ermüdet und entkräftet, bemühten sich, eine starke deutsche Verteidigung aufzubrechen. Sie erlitten starke Verluste. Am 2. Oktober kapitulierten die Leiter des Warschauer Aufstandes. Inzwischen kamen unsere Soldaten und Kommandeure im "nassen Dreieck" weiter um. "Ich hatte mich nicht an der Organisation dieser Offensive beteiligt", schrieb Shukow, "und mir war das operative Ziel nicht klar.

Handlungen! Doch Shukow beharrte auf seiner Meinung: Der Gegner habe seine Verteidigung gut befestigt, unsere Truppen hätten "durch nichts zu rechtfertigende Verluste". Stalin fragte Rokossowski, ob er Shukows Meinung teile. Das tat er. Beide Marschälle schätzten die Situation auf die gleiche Art ein.

Der heftige Streit hatte seine Fortsetzung. Am nächsten Tag, dem 12. November, fragte Stalin, was Shukow dazu meine, von nun an die Leitung aller Fronten dem Hauptquartier zu übertragen. Es ging darum, die zur Koordinierung der Fronten eingesetzten Vertreter des Hauptquartiers abzurufen. Diese Entscheidung war herangereift. Die Frontlinie



Dieses Foto stammt bereits aus der Nachkriegszeit. Shukow und Rokossowski mit ihren Waffenbrüdern aus der Wojsko Polskie

Unsere Truppen wurden dabei sehr erschöpft."

In den Kämpfen für die Befreiung Polens waren bereits nahezu 100 000 sowjetische Soldaten gefallen und weitere 340 000 verwundet worden. Die Gesamtverluste der polnischen Truppen beliefen sich auf 11 000 Mann.

Shukow ersuchte Stalin, den Angriff in diesem Raum endlich einstellen, zur Verteidigung übergehen, den Truppen eine Pause gönnen und sie auffüllen zu dürfen. Statt einer Antwort wurde er gemeinsam mit dem Oberbefehlshaber der Front Rokossowski ins Hauptquartier zitiert.

Die Marschälle trafen äußerst besorgt bei Stalin ein. Shukow zuhörend, verlor er zusehens die Nerven. Wie? In diesem offensichtlich letzten Kriegsherbst kam man ihm mit einer Einstellung aktiver

hatte sich inzwischen verkürzt. Im September war Finnland aus dem Krieg ausgetreten, wurden Rumänien und Bulgarien befreit, gekämpft wurde jetzt in Polen, Ungarn und Jugoslawien. Mit Ausnahme eines kleineren Areals in Lettland, wo sich 38 deutsche Divisionen mit äußerster Mühe an der Küste hielten, war das sowjetische Territorium befreit.

Noch am Abend desselben Tages rief Stalin Shukow erneut zu sich und sagte ihm, daß er zum Oberbefehlshaber der 1. Belorussischen Front ernannt werde. Von Norden nach Süden standen von nun an drei Fronten — die 2. Belorussische, die 1. Belorussische und die 1. Ukrainische — in der Berliner Richtung.

Am 16. November ging ein Telegramm nach Moskau:

"An den Obersten Befehlshaber, Marschall der Sowjetunion Gen. Stalin. Am heutigen Tag habe ich das Kommando über die 1. Belorussische Front übernommen. Shukow."

(Schluß folgt)

Mitte der 50er Jahre erklärte die KPdSU: Es gibt keine fatale Unvermeidlichkeit des Krieges. Seitdem sind 30 Jahre vergangen und eine nicht geringere Anzahl sogenannter lokaler Kriege. Heute hat, wie Sie selbst behaupten, die Kriegsgefahr auch auf den Weltraum übergriffen. Es scheint, daß damals die sowjetischen Kommunisten voreilig Schlußfolgerungen gezogen haben...

Lary KREBS
Luxemburg



Es diskutiert
das Mitglied des
NZ-Redaktionskol-
legiums
Viktor
GUSTSCHIN

Nein, verehrter Herr Krebs, das war nicht voreilig. Die Schlußfolgerung, über die Sie schreiben, war rechtzeitig und allseitig begründet gezogen worden. Erinnern Sie sich, was das für Jahre waren: Krieg in Korea; in den USA wurde die H-Bombe getestet und mit ihrer Produktion begonnen; das Pentagon hatte, wie wir jetzt wissen, detaillierte Pläne eines atomaren Überfalls auf die UdSSR parat; die äußere und innere Konterrevolution ging wutentbrannt gegen die Positionen des Sozialismus in der DDR, in Polen und Ungarn vor; intensiv wurde die Remilitarisierung Westdeutschlands betrieben. Das Weltklima wurde durch die im Westen entfachten Eiswinde des kalten Krieges bestimmt. Vielen schien es, daß bald der "heiße" beginnt. Und in diesem spannungsgeladenen, scheinbar unpassenden Moment erklärten die sowjetischen Kommunisten auf ihrem XX. Parteitag: Eine fatale Unvermeidlichkeit des Krieges gibt es nicht.

Was war die Grundlage für eine derartige Schlußfolgerung? Vor allem das Streben, den friedliebenden Kräften bei der Einschätzung der objektiven Möglichkeiten einer Verhinderung des Krieges zu helfen, welche unter den neuen historischen Bedingungen entstanden waren. Es ging natürlich nicht darum, formal offensichtliche Fakten zu konstatieren — bis dahin ist es auch heute noch weit —, sondern um einen Aufruf zum Kampf für die Erreichung eines Zieles, welches vor nicht allzulanger Zeit selbst die Kommunisten theoretisch wie auch praktisch für unreal hielten.

Die Geschichte aber geht weiter. Schritt mit ihr hält die Entwicklung prinzipieller Einschätzungen der Kommunisten zu den wichtigsten Gegenwartsproblemen. Die Kommunisten tun das nicht etwa aus

"theoretischem Übermut", wie Lenin sagte, sondern aufgrund dringender politischer Erfordernisse und Notwendigkeiten. Gerade die grundlegenden Veränderungen, die sich nach der Zerschlagung Nazideutschlands in der Welt vollzogen haben, lagen der Schlußfolgerung über die Möglichkeit der Verhinderung von Kriegen zugrunde. Die frühere Feststellung der Marxisten über die Unvermeidlichkeit von Kriegen bezog sich auf die Zeit, als, so der XX. Parteitag der KPdSU, "1. Der Imperialismus ein allumfassendes Weltsystem war und 2. die gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die nicht am Krieg interessiert waren, noch schwach, ungenügend organisiert waren und deshalb die Imperialisten nicht zwingen konnten, auf Kriege zu verzichten". Unterdessen wurde schon in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg klar, daß eine andere Situation entstanden war, die folgerichtig auch eine andere politische Einschätzung erforderte.

Lassen Sie uns, Herr Krebs, das von Ihnen aufgeworfene Problem unter diesem Gesichtspunkt gemeinsam betrachten. Der Imperialismus ist kein weltumspannendes System mehr. Wie hat sich diese Tatsache auf die Frage Krieg oder Frieden ausgewirkt?

Erstens: Nachdem er im Kampf gegen die faschistische Aggression sein Verteidigungspotential demonstriert und nach dem Sieg seine Positionen in der Welt gefestigt hatte, bewies der Sozialismus, daß jeglicher Versuch der imperialistischen Mächte, den historischen Streit zwischen den beiden Systemen mit Waffengewalt zu lösen, zum Scheitern verurteilt ist.

Zweitens: Alle Länder, unabhängig von ihrer sozialpolitischen Ordnung, konnten, falls sie wirklich die Sicherung des Friedens und die Verhinderung von Kriegen anstrebten, auf die Unterstützung des Sozialismus rechnen.

Und drittens: Angesichts des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt sind die kapitalistischen Länder gezwungen, eine Lösung der zwischen ihnen existierenden scharfen Widersprüche vornehmlich mit friedlichen Mitteln zu suchen.

Und jetzt zu den gesellschaftlichen und politischen Kräften, die sich gegen den Militarismus stellen. Der Krieg gegen den Faschismus wurde zu einer ersten Lehre

für Millionen Menschen. Sie begriffen: Falls der Imperialismus einen neuen Weltkrieg entfacht, wird dies ein derart vernichtender Krieg, daß die Existenz der Menschheit selbst in Gefahr ist. Und weiter begriffen sie: Der Imperialismus ist nicht allmächtig, er kann gebändigt werden. Die Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes im Rahmen der Antihitlerkoalition und in den Reihen der Widerstandsbewegung hat deutlich gezeigt, daß die Schaffung einer starken und breiten Front gegen den Krieg durchaus möglich ist. Kurz gesagt zeugte alles davon, daß sich nicht nur die geographischen Grenzen der "Friedenszonen" ausgedehnt und gefestigt hatten, sondern daß das sozialpolitische Potential der Kräfte, die an der Verhinderung eines Krieges interessiert sind, bedeutend angewachsen war.

Nun, Herr Krebs, zu den Kriegen, die trotz allem ausbrachen, und zu der Kriegsgefahr, die heute wahrhaftig kosmische Dimensionen erreicht hat. Widerlegen diese Tatsachen die von der KPdSU getroffene Schlußfolgerung? Durchaus nicht. Die Überzeugung, daß der Krieg verhindert werden kann, ist nicht der Behauptung gleichzusetzen, der Frieden werde automatisch gesichert. Solange der Imperialismus existiert, bleibt sein aggressives Wesen unverändert. Und dieses Gesetz, ebenfalls von den Kommunisten formuliert und durch die Geschichte bestätigt, kann niemand aufheben. Es ist eine andere Sache, daß man gegen die aggressiven Bestrebungen einen unüberwindbaren Antikriegswall errichten kann und muß.

Die Schlußfolgerung über das Fehlen einer fatalen Unvermeidlichkeit des Krieges war, wie Sie, Herr Krebs, vollkommen richtig schreiben, vor 3 Jahrzehnten gezogen worden. In dieser Zeit hat sie sich jedoch nicht mit Archivstaub bedeckt. Diese Schlußfolgerung hat aktiv gewirkt, hat sich mit neuen Argumenten und neuen Erfahrungen des Kampfes um die Verhinderung eines Krieges bereichert. Sie ist ein zuverlässiger Orientierungspunkt im Kampf gegen den kalten Krieg, für die internationale Entspannung. Das "Friedensprogramm" für die 70er und 80er Jahre, welches von unserer Partei ausgearbeitet wurde, stützt sich ebenfalls auf die Gewißheit, daß die Kriegsgefahr von den Ländern und Völkern abgewandt werden kann.

Heute, wo der US-amerikanische Imperialismus versucht, das Weltrüsten in den Kosmos zu tragen, um von dort der Menschheit mit einem Inferno zu drohen, erklären die KPdSU und alle sowjetischen Menschen: Kriege, darunter auch "Sternenkriege", sind nicht unvermeidlich. Die Völker besitzen genügend Kraft, um die Kriegsgefahr abzuwenden.

Stimmenkauf

Laut AP haben sich während der Präsidentschaft Reagans die Finanzspitzen von 20 großen Rüstungsmonopolen für Wahlkampf des Präsidenten selbst sowie anderer Vertreter der Macht verdoppelt. 1984 erreichten sie die nie dagewesene Höhe von 3,6 Mio Dollar. Das Geld ist jedoch nicht umsonst ausgegeben. Seine Empfänger sorgen jetzt dafür, daß der Kongreß Beschlüsse faßt, die den Monopolen recht sind. 13 von 14 Senatoren, die jeder mehr als 30 000 Dollar erhielten, stimmten für die Finanzierung der MX-Raketen. Im Repräsentantenhaus gaben 17 von 20 Abgeordneten ihre Stimmen für den Bau dieser Raketen. Jeder von ihnen hatte mindestens 15 000 Dollar erhalten.

Milchlizenzen



Über eine neue Ware, die sich unter reichen britischen Farmern einer großen Nachfrage erfreut, berichtete die Londoner "Sunday Times". Es handelt sich um eine Lizenz, die den Verkauf einer bestimmten Menge Milch — in Übereinstimmung mit den Beschränkungen der EG für die Milchproduzenten — gestattet. In Großbritannien gibt es bereits Vermittlerfirmen, die derartige Lizenzen von armen Farmern aufkaufen, welche die Quoten nicht einlösen können. Anschließend verkaufen sie

diese an die Milchgewaltigen weiter. Mit Profit, versteht sich.

"Unkundiges Amerika"



So nannte der bekannte Spezialist für Bildungsfragen Jonathan Kosol in den USA erschienenen Buch. Und er übertreibt nicht. Nicht weniger als 60 Millionen US-Amerikaner können weder vernünftig lesen noch schreiben, stellt Kosol fest. Die industrielle und technologische Entwicklung der USA, so unterstreicht er, wurde durchaus nicht von einer Vertiefung des Grundwissens der einfachen Amerikaner begleitet. Nach dem Stand der Alphabetisierung der Bevölkerung nehmen die USA den 49. Platz in der Welt ein.

Rückläufiger Boom

Nach jüngster demographischer Untersuchung werden die Einwohner der französischen Hauptstadt älter, nimmt ihre Zahl ab. Unter den Parisern gibt es immer mehr einsame Leute und Ausländer, schreibt die Londoner "Times". Die Hälfte der "Familien" besteht lediglich aus einem Erwachsenen, meistens ist das eine geschiedene, verwitwete oder unverheiratete Frau. Der Prozentsatz der Einwohner über 75 Jahre ist in den letzten 20 Jahren um mehr als ein Drittel gestiegen. Die Zahl der Jugendlichen unter

20 Jahren ist stark zurückgegangen. Insgesamt hat sich die Einwohnerzahl von Paris um 600 000 verringert und beträgt 2,2 Millionen.

Sekundenschnelle Erziehung

Die Zahl der Selbstmorde unter amerikanischen Jugendlichen von 15 bis zu 24 Jahren hat sich in den letzten drei Jahren verdreifacht, schreibt die spanische Zeitschrift "Cambio-16". Auf einem Psychiaterkongreß in Dallas (USA) wurde der wachsende Rauschgift- und Alkoholkonsum als Ursachen genannt. Die Mediziner unterstreichen, daß die Eltern und Lehrer nicht in der Lage sind, die beunruhigenden Symptome bei den Jungen und Mädchen zu bemerken, bevor diese die tragische Entscheidung treffen. Und das ist nicht verwunderlich. Wie die Ärztin Pamela Cantor hervorhob, "verbringen die amerikanischen Väter mit ihren Kindern durchschnittlich 37 Sekunden pro Tag — das ist weniger als in einem anderen Land der Erde".

Kipperdiebe



Eine Föderation von 540 britischen Baufirmen wandte sich an den Innenminister mit der Bitte, Sofortmaßnahmen zum Schutz ihrer Mitglieder vor Diebesbanden zu treffen. Nach Angaben des "Guardian" verschwinden von den Baustellen Kompressoren, Generatoren und sogar Kipper. Der Generaldirektor der Föderation, D. Coulton, ist der Ansicht, daß die Diebstähle, deren Schaden in den letzten Jahren 400 Mio Pfund Sterling erreicht hat, von Verbrechersyndikaten ausgeführt werden.

Nicht selten verschwindet das Diebesgut im Ausland — in der RSA und in anderen Ländern.

Rekorde, Rekorde...



Francisco Javier Jimenez Rapallo aus der spanischen Stadt Sevilla wurde vollkommen erschöpft und mit Herzschwäche ins Krankenhaus eingeliefert, nachdem er 130 Stunden bei einem Dauertanzwettbewerb getanzt hatte. Lediglich eine Stunde fehlte ihm zum "Weltrekord". Die letzten 30 Stunden war Jimenez der Einzige auf der Tanzfläche gewesen.

Palastrekord

Bis vor kurzem hielt der Vatikan den Weltrekord, was die Ausmaße des Palastes anging: 1400 Säle und Zimmer. Der Westberliner "Tagesspiegel" berichtet, daß dieser Rekord kürzlich von einem Erdölsultan Bruneis übertroffen wurde. Im neuen Palast von Brunei sind 388 Säle und Zimmer mehr.

Schuldfrage

Der Verkehrsminister Spaniens, Enrique Baron, kam in Rom verspätet zu Verhandlungen mit seinem Amtskollegen Claudio Signorile. Schuld war die spanische Luftfahrtgesellschaft "Iberia", deren Maschine zu spät abgefliegen war. Der italienische Minister brauchte offensichtlich keine weiteren Erläuterungen "über den Zustand unseres Verkehrswesens", schrieb die Madrider Zeitung "Pais" boshaft.

Zeichnungen: V. Rosanzew

A P P E L L

DER INTERNATIONALEN KOMMISSION ZUR UNTERSUCHUNG DER VERBRECHEN ISRAELS AM LIBANESISCHEN UND PALÄSTINENSISCHEN VOLK

Die Kommission bekundet ihre Besorgnis über die Situation und die mögliche weitere Entwicklung in Libanon und in den okkupierten Gebieten. Sie appelliert an alle Regierungen und die UNO, durchzusetzen:

— daß alle Länder und die UNO Israel veranlassen, die territoriale Integrität Libanons als eines souveränen Staates zu achten, unverzüglich seine Truppen aus den okkupierten Gebieten abzuziehen und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Libanons zu beenden;

— daß alle Länder und die UNO endlich eine Lösung des Palästina-Problems auf der Grundlage des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates finden;

— daß alle Länder und die UNO Druck auf Israel ausüben und es veranlassen, die Allgemeine Deklaration der Menschenrechte in der Praxis zu achten und einzuhalten;

— daß alle Länder und die UNO Israel veranlassen, die Genfer Konventionen, darunter die Konventionen 3 und 4, einzuhalten;

— daß die UNO Sanktionen gegen die Nichtrespektierung vieler ihrer Resolutionen durch Israel ergreift;

— daß die internationalen juristischen Organisationen und die UNO ein wirksames Organ schaffen, das damit beauftragt wäre, die Opfer der israelischen Aggression zu schützen, die israelischen Kriegsverbrecher zu verurteilen und die Verantwortung für den der Wirtschaft und Zivilpersonen durch die israelische Aggression gegen die arabischen Völker zugefügten Schaden zu definieren.

Die Weltöffentlichkeit begeht 1985 den 40. Jahrestag der Beendigung des zweiten Weltkriegs, in dem Millionen Menschen, darunter Juden, umkamen und der mit dem Nürnberger Prozeß endete.

40 Jahre später sind wir Zeugen, daß einige ehemalige Häftlinge der Todeslager zu Kriegsverbrechern geworden sind, die die Menschenrechte und die Resolutionen internationaler Organisationen mißachten.

Die Untersuchungskommission ist der Ansicht, daß es Zeit sei, ein ständiges Organ zur Untersuchung der von Israel verübten Verbrechen zu bilden und deren Ergebnisse der Weltöffentlichkeit vorzulegen. Die unzähligen Opfer müssen eine Wiedergutmachung für die Erniedrigungen, Folterungen und Massaker des zionistischen Staates und jener, die diesen Krieg finanzieren, erhalten.

Bonn, 31. März 1985

SCHLUSSFOLGERUNGEN DER 3. TAGUNG DER INTERNATIONALEN KOMMISSION ZUR UNTERSUCHUNG DER VERBRECHEN ISRAELS AM LIBANESISCHEN UND PALÄSTINENSISCHEN VOLK

Vom 29.—31. März 1985 fand in Bonn (Bundesrepublik Deutschland) die Dritte Tagung der "Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen Israels am libanesischen und am palästinensischen Volk" statt. Die Kommission tagte zu einem Zeitpunkt, da die politische Lage im Libanon sich weiter verschlechtert und höchste Besorgnis in der ganzen Welt hervorruft.

Fast drei Jahre nach seiner Invasion im Libanon setzt Israel seine Aggression und unter Verletzung der Resolution des Sicherheitsrates, in der der sofortige und bedingungslose Abzug der Streitkräfte Israels aus dem Territorium dieses Staates gefordert wird (Res. 509, 6. Juni 1982), fort. Am 14. Januar 1985 hat Israel seinen Beschluß angekündigt, seine Truppen aus Libanon in einem Drei-Stufen-Plan "zurückzuziehen". Zugleich verstärkte es die gegen Zivilbevölkerung gerichteten Strafoperationen und praktiziert die Taktik der verbrannten Erde.

Nachstehend die Schlußfolgerungen und die Beschlüsse der Internationalen Kommission.

1. Die Invasion und andauernde Besetzung eines Teiles des libanesischen Territoriums durch Israel stellen eine Verletzung der grundlegendsten Normen des Völkerrechts in bezug auf die unerlaubte Anwendung von Gewalt und in bezug auf die Erhaltung des Friedens dar.

Diese militärische Besetzung ist eine Aggression im Sinne der Definition der UNO-Vollversammlung vom 14. Dezember 1974 (Resolution 3314 (XXIX)).

Keinerlei Beweggrund — sei er auch politischer, ökonomischer, militärischer oder anderer Art — kann die Verlängerung dieser Besetzung rechtfertigen.

Ein Aggressionskrieg ist ein Verbrechen gegen den Frieden. Israel macht sich im Libanon eines solchen Verbrechens schuldig und wird sich international dafür verantworten müssen.

2. Seit der Invasion vom Juni 1982 unterstützt Israel gegen jede Offensichtlichkeit die juristische Fiktion, daß es sich nicht

"NEUE ZEIT" 16.85

im Krieg mit dem libanesischen Staat befindet und daß seine militärische Präsenz in diesem Land keine Kriegsbesetzung sei.

Die Realität ist ganz anders — Israel hat den souveränen Staat Libanon überfallen und hält einen großen Teil von dessen Territorium seit Juli 1982 besetzt.

Auf eine solche Lage wird das Kriegsrecht angewendet. Israel ist verpflichtet, dieses Recht zu respektieren — sei es, daß es sich um das Recht in bezug auf Kriegführung bzw. die Haager Landkriegsordnung, oder sei es, daß es sich um die Normen des Völkerrechts handelt, die auf die Lage der sich in der Macht der Besatzungstreitkräfte befindlichen Personen anwendbar sind, d. h. das Genfer Recht, insbesondere die 4. Konvention über den Schutz von Zivilpersonen zu Kriegszeiten vom 12. August 1949.

3. Israel ist folglich direkt verantwortlich für die vielfachen Kriegsverbrechen, die im Libanon von diesen bewaffneten Streitkräften und den von ihnen eingesetzten Hilfstruppen begangen wurden.

Die Tatsachen, die zusammengetragen, und die zahlreichen Zeugenaussagen, die angehört wurden, beweisen, daß die anhaltende Besetzung eines Teiles des libanesischen Territoriums die Quelle zahlreicher Verbrechen und Willkürakte der Besatzungstreitkräfte und ihrer Handlanger gegen Zivilbevölkerung ist und daß diese Besetzung zu massenhaften und wiederholten Verletzungen dieser internationalen humanitären Verpflichtungen bezüglich dieser Bevölkerung durch die israelische Armee geführt hat.

Die aufgezwungene Spaltung des libanesischen Staates, die ein Ergebnis dieser anhaltenden Besetzung ist, verletzt die Souveränität und territoriale Integrität dieses Staates und beeinträchtigt ernsthaft das normale Funktionieren des libanesischen Staates. Diese Besetzung hat ebenfalls verheerende ökonomische, soziale und menschliche Folgen für Südlibanon und den libanesischen Staat insgesamt.

Israel verfolgt in der Tat eine Politik der militärischen Besetzung, der Einschüchterung und Repression, die

- jegliches normales Leben verhindert,
- die Bevölkerung Südlibanons, von Ost-Bekaa und Rashaya, von den anderen Teilen des libanesischen Staates isoliert,
- den freien Personen- und Warenverkehr zwischen den besetzten Gebieten und dem Libanon insgesamt sowie innerhalb dieser Gebiete behindert und einen großen Teil der wirtschaftlichen Aktivität lähmt,
- das normale Funktionieren der Verwaltung, der sozialen Dienste sowie der Volksbildung in den besetzten Gebieten verhindert oder beeinträchtigt,
- die Bevölkerung demütigt und einen Anschlag auf das Gefühl nationaler Würde darstellt,
- einen vorsätzlichen Anschlag auf das kulturelle Erbe und die kulturellen Werte des libanesischen Volkes darstellt,
- weder die heiligen Stätten noch die religiösen Würdenträger noch Krankenhäuser, Gesundheitseinrichtungen oder das Personal des Gesundheitswesens respektiert,
- die Versorgung der besetzten Gebiete mit Medikamenten behindert und den Zugang der Opfer der bewaffneten Operationen zur medizinischen Hilfe blockiert,
- die Libanesen zu spalten und sie gegeneinander auszuspielen versucht,
- zur Kollaboration und zur Anwerbung bei den Hilfsmilitären ermuntert,
- zur gewaltsamen Vertreibung zahlreicher libanesischer Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten führt,
- Tausende von Arbeitslosen und jungen Menschen, die durch die Repressionspolitik bedroht sind, zur Flucht aus diesen Gebieten zwingt,
- zur willkürlichen Verhaftung ohne Rücksichtnahme auf Alter und Geschlecht und zur illegalen Inhaftierung von Tausenden Libanesen und Palästinensern unter unmenschlichen Bedingungen im Konzentrationslager ANSAR führt, nachdem diese in Zentren verhört worden sind, in denen ständig gefoltert wird und erniedrigende Haftbedingungen herrschen,

"NEUE ZEIT" 16.85

die an sich schon eine Art ständige Folterung darstellen,

— Südlibanon in ein riesiges Gefängnis für die gesamte Zivilbevölkerung verwandelt, die sich in der Macht der Okkupationsstreitkräfte und ihrer Handlanger befindet.

Angesichts des wachsenden legitimen Widerstandskampfes eines ganzen Volkes gegen die Besatzer, der sowohl zivile als auch bewaffnete Aktionen umfaßt, hat Israel in der letzten Zeit die kollektiven Vergeltungsaktionen gegen die Zivilbevölkerung verstärkt und die Aggression eskaliert.

Die Internationale Untersuchungskommission ist besonders besorgt über folgende verbrecherische Praktiken, die an die von der faschistischen Armee angewendeten Methoden erinnern:

- Absperrung von Dörfern,
- Sperrung der Lebensmittelversorgung dieser Dörfer,
- Razzien, Durchsuchungen von Gebieten und Häusern, bei denen weder Schulen noch heilige Stätten oder Krankenhäuser verschont werden,
- Massenverhaftungen, von denen auch Kinder, ältere Personen und schwangere Frauen betroffen werden,
- Sprengung oder Zerstörung mittels Bulldozer von Häusern unschuldiger Zivilisten,
- Beschuß der Zivilbevölkerung sowie von ausländischen Augenzeugen und Journalisten und Mitgliedern der UNIFIL durch die Okkupationsarmee,
- Folterung und standrechtliche Erschießung von Zivilisten,
- standrechtliche Erschießung von verwundeten Widerstandskämpfern.

Die Internationale Untersuchungskommission unterstreicht auf der Grundlage der Feststellungen ihrer nach Libanon entsandten Delegation sowie der zahlreichen vorgelegten Augenzeugenberichte, daß im Gegensatz zu den israelischen Propagandabehauptungen:

- der Widerstandskampf eine nationale Erscheinung im Libanon ist und nicht Angelegenheit einer kleinen Gruppe der libanesischen Bevölkerung;
- dieser Widerstand von der Regierung der Nationalen Einheit des Libanon unterstützt wird und es sich folglich um den Widerstand eines ganzen Volkes und Staates handelt, der über konfessionelle und politische Grenzen hinweg von der Bevölkerung der besetzten Gebiete und des ganzen Libanon getragen wird;
- dieses Volk auch unter großen Opfern entschlossen ist, den Kampf gegen die ausländischen Besatzer zu führen, bis diese vom letzten Stück des nationalen Territoriums vertrieben sind;
- dieser Widerstand gegen die Aggression völkerrechtlich legitim ist und daß die gefangenen bewaffneten libanesischen Widerstandskämpfer nicht als Terroristen bezeichnet oder behandelt werden dürfen, sondern daß diese als Teilnehmer eines legitimen Kampfes Anrecht auf die gleiche Behandlung wie Kriegsgefangene haben.

1. Israel ist als Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten verpflichtet, die Normen des internationalen Rechts einzuhalten, die für die Besetzung fremden Territoriums gelten. Diese sind in erster Linie die 4. Konvention von Genf von 1949 und die Prinzipien der Haager Landkriegsordnung vom 18. 10. 1907. Die Gegenargumente Israels können nicht akzeptiert werden. Zahlreiche Erklärungen der UNO, aber auch der überwiegenden Mehrheit der Staaten, darunter auch die USA und die Bundesrepublik Deutschland, haben dies festgestellt.

2. Entgegen allen Meldungen in manchen Massenmedien geht das israelische Siedlungsprogramm in der Westbank, im Gaza-Streifen und auf den Golan-Höhen unvermindert weiter. Besonders gravierend sind die Siedlungsmaßnahmen im Zentrum alter arabischer Städte, z.B. in Hebron und Nablus.

Den illegalen Siedlungen wird durch ein umfassendes und undurchschaubares System von Militärordern der Anschein von Legalität gegeben. Die israelische Besatzungsmacht schützt mit dem falschen "Argument" der Neutralität zwischen Siedlern und arabischer Bevölkerung den eingetretenen Status quo. Unter dem Deckmantel scheinjuristischer Argumentation (militärische Sicherheit, Erklärung zu öffentlichem Land,

angeblich verlassenes Land etc.) ist es inzwischen gelungen, fast 40% ehemals arabischen Bodens in israelisches Eigentum zu überführen. Infrastrukturelle Maßnahmen, insbesondere die Anlegung eines Straßennetzes, integrieren die besetzten Gebiete zunehmend wirtschaftlich und demographisch in Israel.

3. Die Politik Israels in den besetzten Gebieten läuft darauf hinaus, bestehende Ansätze einer unabhängigen Wirtschaftsstruktur zu zerstören und im Zusammenhang mit dem Ausbau der Siedlungen eine völlig von Israel abhängige Wirtschaft aufzubauen. Alle Investitionen von palästinensischer Seite im landwirtschaftlichen und industriellen Produktionssektor werden unterbunden, ebenso die Erhaltung bzw. der Aufbau eines unabhängigen Bankensystems. Kommunale Aktivitäten, z. B. Erhaltung des Elektrizitätssystems, die Erhaltung eines selbständigen Gesundheitssektors etc., werden unmöglich gemacht. Selbst der private Wohnungssektor unterliegt zahlreichen Restriktionen.

Ein besonderes Problem stellt die Behandlung der "Gastarbeiter" aus den besetzten Gebieten dar. Ohne jeglichen Schutz gewerkschaftlicher und sozialrechtlicher Art (die abgezogenen Sozialabgaben hält der israelische Staat zurück) werden sie weit unter dem Niveau israelischer Arbeitnehmer rücksichtslos ausgebeutet.

4. Die Situation der Flüchtlinge, insbesondere in den von der UNWRA betreuten Lagern, spricht selbst den primitivsten Menschenrechten Hohn. Anstatt eine politische Lösung dieses seit Jahrzehnten schwärenden Problems zu erleichtern, verschärft Israel die Lage durch solche Maßnahmen, wie Verbarrikadierung aller Eingänge, Sprengung von Häusern, Verbot des Wiederaufbaus, provokative Razzien von Militär und bewaffneten Siedlern etc. in unerträglicher Weise. Verzweifelte Gegenreaktionen (z. B. Steinewerfen von Jugendlichen etc.) werden mit drakonischen Strafen verfolgt.

5. Nicht nur jede politische, sondern jede gewerkschaftliche Aktivität ist unterdrückt. Freie Wahl der Funktionäre ist nicht möglich. 1980 fällige Gemeindewahlen haben nicht stattgefunden. Die meisten 1976 gewählten Gemeindevertreter sind abgesetzt. Oft stehen sie ebenso wie Gewerkschaftsfunktionäre unter Stadt- oder sogar Hausarrest.

6. Besonders schwerwiegend sind die ständigen Eingriffe in das Leben der Universitäten, die eine entscheidende Bedeutung für die Erhaltung der kulturellen Identität des palästinensischen Volkes und seiner wissenschaftlichen Arbeitsqualität sind. Razzien, Verhaftungen von Lehrpersonal und Studenten, Schließung über Monate, rigide Zensur der wissenschaftlichen Literatur etc. lassen eine normale Lehr- und Forschungstätigkeit kaum zu. An diesen Maßnahmen zeigt sich sehr deutlich, daß es um die langfristige Zerstörung des Überlebenswillens und der Überlebensmöglichkeit des palästinensischen Volkes geht.

7. Dies wird auch durch die Erzeugung eines ständigen Klimas der Unsicherheit und Einschüchterung bezweckt, das ein von der israelischen Armee flexibel gehandhabtes Unterdrückungsinstrumentarium erreichen soll: andauernde willkürliche Verhaftungen, Razzien in einzelnen Häusern oder ganzen Ortschaften, kollektive Ausgehverbote, Unterbinden des Verkehrs in ganzen Zonen, ständige Straßenkontrollen etc.

8. In 20 Gefängnissen werden von den israelischen Behörden in den besetzten Gebieten selbst, aber auch in Israel über 4000 palästinensische und libanesische politische Gefangene festgehalten, meist ohne jegliche Gerichtsverfahren. Die Gefängnisse sind überfüllt, nicht mehr als höchstens 1,5 Quadratmeter pro Gefangenen, die hygienischen Verhältnisse katastrophal. Eine medizinische Betreuung besteht kaum. Behandlungen, die als Folter zu bezeichnen sind, Erniedrigungen raffiniertester Art, die darauf ausgerichtet sind, die Persönlichkeit des Gefangenen zu brechen, sind an der Tagesordnung: ständiges Gefesseltsein, über Tage die Augen verbunden, über Stunden stehen, an den Händen aufhängen, Isolation, ständiges Schlagen auf empfindliche Körperstellen, Strafe durch Hunger und Durst etc.

Die Mitglieder der Internationalen Kommission stellen fest:

1. Israel bleibt nach wie vor verpflichtet, entsprechend den

zahlreichen Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates, sich sowohl aus dem Libanon als auch aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzuziehen. Die fortdauernde Besetzung und die formalen und praktischen Annexionsakte in den besetzten Gebieten stellen eine schwere Verletzung der UNO-Charta dar, insbesondere des Artikels 2, Ziffer 4.

II. Als besetzende Macht ist Israel voll verantwortlich für alle kriminellen Akte seiner Streitkräfte und ihrer Angehörigen. Die Kommission wiederholt die Feststellungen der zuständigen UNO-Gremien, zahlreicher Staaten und Organisationen, daß Israel schuldig ist einer permanenten Verletzung des humanitären Völkerrechts, insbesondere der 4. Genfer Konvention von 1949.

III. Die Kommission wiederholt ihren schon auf ihrer Sitzung in Genf gefaßten Beschluß: "Sie erinnert an die Praxis des Nürnberger Tribunals, das die Kriegsverbrecher des zweiten Weltkrieges verurteilt hat. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit des Artikels 90 des Zusatzprotokolls zur Genfer Konvention von 1949, eine zwischenstaatliche Untersuchungskommission zu schaffen, die auf dem Territorium Libanons begangenen Verbrechen zu untersuchen." Die Aufgabe dieser Kommission soll auf die besetzten Gebiete ausgedehnt werden.

IV. Die Kommission wird die Namen der von den Zeugen genannten israelischen Militärangehörigen registrieren, die gegenüber libanesischen und palästinensischen Bürgern gegen nationales und internationales Recht verstoßen haben. Die Kommission ruft dazu auf, ihr weitere Namen oder Personenbeschreibungen israelischer Militärs mitzuteilen, die sich oben genannter Rechtsverstöße schuldig machen bzw. gemacht haben, um diese in geeigneter Weise bekannt zu machen.

V. Die Kommission bekräftigt ihre Feststellungen über die Verantwortlichkeit der USA hinsichtlich der von Israel im Libanon begangenen Verbrechen. Diese Verantwortlichkeit gilt auch für die Vorgänge in den 1967 besetzten Gebieten.

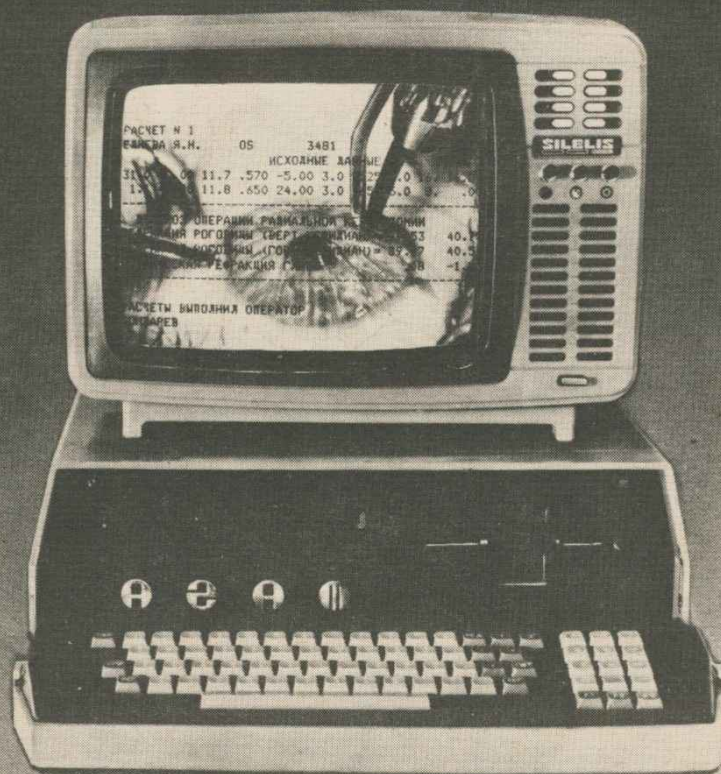
Die Kommission erinnert die westeuropäischen Staaten, insbesondere die Mitglieder der EG, an die von ihnen im Rahmen der UNO und der EG erklärten Verpflichtungen und fordert sie auf, nachdrücklich auf Israel einzuwirken, sein völkerrechtswidriges Verhalten aufzugeben.

VI. Die ständigen Verletzungen des internationalen Rechtes durch Israel hindern eine gerechte und globale Lösung des Konfliktes im Nahen Osten, der die legitimen Interessen aller Staaten und Völker der Region berücksichtigt, besonders aber das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung einschließlich seines Rechtes, einen eigenen Staat zu gründen und völlig unabhängig über seine Beziehungen zu anderen Staaten zu bestimmen.

Die Kommission ist überzeugt, daß Israel verpflichtet ist, alle Probleme mit den arabischen Staaten nur mit friedlichen Mitteln auf der Basis des Völkerrechts zu lösen, insbesondere durch Verhandlungen im Rahmen einer schon von der UNO-Vollversammlung und zahlreichen Staaten vorgeschlagenen internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten, an der alle betroffenen Parteien teilnehmen werden.

VII. Die fortdauernde Okkupation und Aggression Israels und die hieraus resultierenden Verbrechen stellen ebenfalls eine Gefahr für den Weltfrieden dar. Die Kommission wendet sich an die öffentliche Meinung, die politischen Parteien, die sozialen und religiösen Bewegungen, insbesondere an die Kirchen und die Friedensbewegung in Westeuropa, die Regierungen und Parlamente, internationale und nichtstaatliche Organisationen, ihre Stimme zu erheben und alle ihre Mittel einzusetzen, um Israel zur Einhaltung der internationalen Normen zu bewegen, sich aus dem Libanon und den 1967 besetzten Gebieten zurückzuziehen. Alle Akte, die eine faktische Annexion darstellen, sind sofort einzustellen.

VIII. Die Kommission begrüßt das Verhalten solcher israelischer Soldaten und Offiziere, die sich weigern, im Libanon oder in den 1967 besetzten Gebieten Dienst zu tun. Sie hofft weiterhin auf die Entwicklung demokratischer Gegenkräfte in Israel, die sich der offiziellen Politik der Regierung widersetzen.



V/O „ELEKTRONORGTECHNIKA“ OFFERiert

DAS COMPUTERSYSTEM

„KERATOTOMIA“

Das Paket angewandter Programme wurde in dem von Prof. S. Fjodorow geleiteten Moskauer Forschungsinstitut für Augenmikrochirurgie entwickelt.

„KERATOTOMIA“ ist für die Voroperationsuntersuchung bei Verletzungen der Netzhaut und zur Diagnostik eventueller Folgen chirurgischer Eingriffe unter Berücksichtigung der individuellen Parameter des jeweiligen Auges bestimmt.

„KERATOTOMIA“ ist eine unersetzliche Hilfe für den Augenchirurgen bei der Korrektur von Kurzsichtigkeit und Astigmatismus.



V/O „ELEKTRONORGTECHNIKA“
 UdSSR, 121200, Moskau,
 Smolenskaja-Sennaja, 32/34
 Telefon: 205-00-33
 Telex: 411386

So hieß eine Fachausstellung auf dem Moskauer Ausstellungsgelände Krasnaja Presnja. An 14 Ständen zeigten 224 italienische Firmen, 40 davon zum ersten Mal, ihre Erzeugnisse. Darunter Technologie und Technik für die Bodenbearbeitung, die Verarbeitung und Verpackung von Nahrungsmitteln.

Agroitalia 85 ist die dritte derartiger Ausstellungen in Moskau, veranstaltet von der italienischen Firma „Interexpo“ unter Mitwirkung der V O „Expozentr“ der Handels- und Industriekammer der UdSSR. Mit jedem Mal nimmt die Anzahl der Ausstellungsteilnehmer zu und wird das Warensortiment umfangreicher. Die meisten Firmen arbeiten seit langem erfolgreich mit den sowjetischen Organisationen zusammen. Die italienischen Aussteller konstatierten befriedigt zunehmende Lieferungen an Maschinen, Ausrüstungen und anderen Gütern in die UdSSR. Seit der ersten Agroitalia im Jahre 1981 hat sich die Liefersumme bis 1984 verdoppelt.

AGROI

14159 16 151 394 347
ZOLLVERW=BI
1500 9003 1529 PLES



Im Ausstellungspavillon



Fotos:
W. Panow

Montageband
der Firma Convest



Bei der Eröffnung
der Agroitalia 85

Rasenmäher der Firma Goldoni

Blick
auf einen Stand

